

**Beginn: 10:03 Uhr**

**Präsidentin Birgit Hesse:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Platz zu nehmen, damit wir mit der 130. Sitzung beginnen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 130. Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 130., 131. und 132. Sitzung liegt Ihnen vor. Im Ältestenrat bestand Einvernehmen, die Tagesordnungspunkte 42 und 45 zu tauschen. Wird der so geänderten vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung der 130., 131., 132. Sitzung gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung festgestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen. Ich möchte zwei Mitglieder dieses Landtages beziehungsweise ein Mitglied auf der Regierungsbank ganz besonders begrüßen.

Zum einen freue ich mich, den Wirtschaftsminister Herrn Dr. Blank zu begrüßen.

Lieber Wolfgang, du hast uns, und mit deinem Fahrer zusammen, einen sehr großen Schrecken eingejagt. Die Bilder waren furchtbar, und insofern freut es uns sehr, dass du heute hier bei uns im Landtag bist. Alles Gute für dich und deinen Fahrer!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD,  
CDU, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der Gruppe der FDP, Sandy van Baal, fraktionslos,  
Hannes Damm, fraktionslos, und  
auf der Regierungsbank)

Und ein zweites Mitglied des Landtages möchte ich besonders hervorheben. Am 26. April 2026 wurde unser Kollege und Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion der CDU Sebastian Ehlers zum Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Schwerin gewählt. Im Sommer dieses Jahres wird er sein Amt antreten.

Lieber Sebastian, ich gratuliere dir ganz herzlich und wünsche dir im Namen des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern viel Erfolg und Glück bei der neuen Aufgabe.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD,  
CDU, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der Gruppe der FDP, Sandy van Baal, fraktionslos,  
Hannes Damm, fraktionslos, und  
auf der Regierungsbank –  
Sebastian Ehlers, CDU: Danke schön! Danke!)

Und wir kommen an dieser Stelle noch auf die zurückliegenden Geburtstage. Ich gratuliere ganz herzlich im März Simone Oldenburg zu ihrem Geburtstag nachträglich.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD,  
CDU, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der Gruppe der FDP, Sandy van Baal, fraktionslos,  
Hannes Damm, fraktionslos, und  
auf der Regierungsbank)

Und im April gratuliere ich recht herzlich nachträglich zum Geburtstag Jan-Phillip Tadsen, Nils Saemann, Katy Hoffmeister, Enrico Schult, Martina Tegtmeier, Jens-Holger Schneider, Horst Förster und Rainer Albrecht. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD,  
CDU, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der Gruppe der FDP, Sandy van Baal, fraktionslos,  
Hannes Damm, fraktionslos, und  
auf der Regierungsbank)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1**: Aktuelle Stunde. Die Fraktion der CDU hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Gegen das

Kitasterben und für mehr Qualität und sichere Jobs – Volksbegehren begrüßen“ beantragt.

**Aktuelle Stunde**  
**Gegen das Kitasterben und**  
**für mehr Qualität und sichere Jobs –**  
**Volksbegehren begrüßen**

Gemäß Paragraf 66 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung beträgt die Aussprachezeit für die Aktuelle Stunde 56 Minuten. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zusätzliche Redezeit gemäß Paragraf 84 Absatz 1a unserer Geschäftsordnung angemeldet. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende Herr Peters.

**Daniel Peters**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben in diesen Tagen eine seltene, aber umso intensivere Mobilisierung gegen die derzeitige Kita- und Hortpolitik, die – das will ich gleich vorwegnehmen – ohne sofortiges Handeln massiven Schaden verursachen würde.

Ich habe mir das heute Morgen noch mal herausgeschaut beziehungsweise mir angeschaut. Es sind dann mittlerweile – wahrscheinlich werden es schon mehr sein – 32.416 Menschen, die dieses Volksbegehren unterschrieben haben. Und ich prognostiziere einfach mal, sie werden die 100.000 Unterschriften erreichen, weil schon in den letzten Tagen, in wenigen Tagen diese Menge an Unterschriften zusammengekommen ist. Und ich will all denjenigen auch ganz herzlich danken, dass sie dort unterschreiben.

Und ich will auch begrüßen, diese Volksinitiative, dieses Volksbegehren begrüßen, denn es ist richtig so, dass hier etwas, nicht etwas, dass hier massiv Druck gemacht wird, denn es droht eine Situation, die wir eigentlich alle miteinander nicht wünschen können und wollen. Denn Fakt ist, wenn sich so viele Erzieherinnen und Erzieher, Eltern, Großeltern, Familien, Gewerkschaften auf den Weg machen, diese

Unterschriften zu sammeln, dann hat das einen guten Grund. Und der Grund ist, wenn jetzt nichts passiert, dann werden hoch qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher entlassen, Kitas geschlossen, Eltern ins Ungewisse geschickt und Kinder aus ihrem gewohnten sozialen Umfeld gerissen.

Meine Damen und Herren, das dürfen wir nicht zulassen, und deswegen begrüßen wir als CDU-Fraktion diese Initiative ausdrücklich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU  
und der Gruppe der FDP)

Und noch mal, auch wenn es immer wieder falsch dargestellt wird, auch vor allem von der Regierungsseite: Wir stehen zur beitragsfreien Kita, auch wenn, wie ich schon sagte, immer wieder das Gegenteil in den,

(Patrick Dahlemann, SPD: Auch wenn  
das im letzten Jahr noch anders klang. –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

in den Medien behauptet wird. Aber ich erinnere daran, es ist zu einer Zeit entstanden, als wir mitregiert haben,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

als wir das mit auf den Weg gebracht haben. Es gibt bis heute nicht eine einzige Äußerung von uns, die das infrage stellen würde. Das Einzige, was wir immer wieder angemerkt haben: Die Verantwortung gegenüber unseren Kommunen ist, dass wir uns darüber Gedanken machen müssen, dass es eine finanzielle Stabilität für dieses Thema gibt und dass unsere Kommunen weiterhin auch Luft zum Atmen haben. Dazu führen wir nicht nur hier und jetzt aus in dieser Aktuellen Stunde, sondern auch morgen in einem Antrag.

Und ja, wir wollen uns heute und morgen mit dem Thema Kita beschäftigen – nicht nur aufgrund der Volksinitiative, nicht nur, weil im Moment erheblicher politischer Druck

erzeugt wird, zu Recht, sondern weil es ein großes Erfordernis gibt. Doch was nützt diese beitragsfreie Kita, wenn das Kitasystem ins Wanken geraten könnte, meine Damen und Herren? Wir haben viele Erzieher, die eine intensive Ausbildung hinter sich gebracht haben, im Vertrauen darauf, dass sie gebraucht werden, dass sie mit diesem Beruf – für die allermeisten würde ich sogar sagen, es ist eine Berufung und nicht nur ein Beruf –, dass sie in diesem Land auch eine Perspektive bekommen. Und ich will an dieser Stelle mich für diese Arbeit, diese ganz wichtige Arbeit auch, entsprechend bedanken. Aber Arbeitskreise, endlose Gesprächsrunden und die bekannte Taktik der Zermürbung werden ihnen nichts nützen, wenn nicht jetzt tatsächlich etwas passiert, wenn nicht in dieser Legislaturperiode angepackt wird und eine Lösung herbeigeführt wird. Ein Gesetzentwurf erst 2027, das will ich in aller Deutlichkeit sagen, reicht vom Zeitablauf nicht. Wenn wir dann erst eine Lösung herbeiführen, erst nach den Landtagswahlen, werden Menschen schon in die Arbeitslosigkeit geschickt

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

und es werden auch Kitastandorte geschlossen werden müssen. Das ist die blanke Wahrheit.

Und wer die Dramatik nicht erkennen will, der braucht sich ja nur mit der GEW auseinanderzusetzen oder mal die Stellungnahmen der GEW zu lesen: 3.000 Menschen, sagt die GEW ... Ich glaube, die GEW steht nicht im Verdacht, der CDU-Fraktion in einer besonderen Nähe gegenüberzustehen. Wir arbeiten sehr gut miteinander zusammen, aber ich glaube, dass die GEW irgendeine Kampagne der CDU-Fraktion unterstützt, das wird es wohl auch in Zukunft nicht geben. Aber das, was sie hier niedergeschrieben haben, ist, 3.000 Erzieherinnen und Erzieher könnten, wenn nichts passiert, ihren Job verlieren.

Und besonders hart trifft es ja dann diejenigen, die die sogenannte ENZ-Ausbildung absolviert haben, also diese Ausbildung der Erzieher/-innen für 0- bis 10-Jährige. Die würde es besonders hart treffen, denn diese Ausbildung hat eine Anerkennung nur in Mecklenburg-Vorpommern. Man stelle sich vor, sie verlieren ihren Job, müssten

Mecklenburg-Vorpommern verlassen, hätten sie selbst in anderen Bundesländern mit dieser jahrelangen Ausbildung ...

(Heiterkeit und Unruhe  
bei Christine Klingohr, SPD)

Frau Klingohr, Sie lachen.

... keine Chance auf dem Arbeitsmarkt in anderen Ländern.

Ich finde das nicht lustig, muss ich ehrlicherweise sagen.

(Christine Klingohr, SPD: Nee!)

Und ich schaue mir auf die,

(Zuruf von Christine Klingohr, SPD)

schaue mir die Internetseite des Bildungsministeriums an,

(Zuruf von Christine Klingohr, SPD)

da steht: „Wer gerne mit Kindern arbeiten möchte, hat in Mecklenburg-Vorpommern gute Berufschancen. Überall im Land werden gut ausgebildete Fachkräfte benötigt, um den Personalbedarf in der Kindertagesförderung zu decken. Das Land hat deshalb zum Schuljahr 2017/2018 die Ausbildung ‚Staatlich anerkannte Erzieherin für 0 bis 10-Jährige‘ oder ‚Staatlich anerkannter Erzieher für 0- bis 10-Jährige‘ (kurz ENZ) aufgelegt.“

So, was erklären wir denjenigen Menschen dann jetzt? Das ist doch die große Frage. Und deswegen schlagen wir Ihnen morgen und heute auch schon im Vorgriff vor, ein klares Konzept miteinander auf den Weg zu bringen, um das drohende Kitasterben und die Arbeitslosigkeit von Erzieherinnen und Erziehern zu verhindern. Wir wollen die

Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation auf 1 : 5 absenken in der Krippe und im Hort von 1 : 20 als ersten Schritt.

Weiterhin brauchen wir dann einen verbindlichen Stufenplan, weil wir eine Qualitätsverbesserung wollen. Wir wollen einen Runden Tisch mit allen gesellschaftlichen Akteuren. Und an anderer Stelle wird das ja immer gegenüber dem Bund, gegenüber dem Bundeskanzler eingefordert: ein Runder Tisch, wo dann auch die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten zu Wort kommen. Mag ja alles gut und richtig sein, aber das verlange ich auch in Eigenverantwortung hier im Land Mecklenburg-Vorpommern zu Themen, zu denen man originär auch zuständig ist, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU  
und der Gruppe der FDP)

Und wenn wir uns diesen Personalschlüssel oder die Personalschlüssel genau angucken und uns mit – das, hoffe ich, tun Sie auch –, mit Erzieherinnen und Erziehern sprechen, dann wissen Sie auch, das eine ist das Papier und das andere die Realität. Und wenn mir eine Erzieherin von der Insel Rügen berichtet, dass sie selbst schon betroffen war – also das eine ist das Papier, die da niedergeschriebenen Personalschlüssel, das andere die Realität –, alleine mit neun Kindern in der Krippe 1- bis 3-Jährige, da kann ich nur den Hut ziehen vor so einer wahnsinnigen Leistung. Aber das sind eben auch Realitäten. Oder eine Realität im Hort von 1 : 27, warum? Natürlich durch Krankheitsfälle auch, die im Moment noch gar nicht berücksichtigt sind in diesen Personalschlüsseln.

(Beifall vonseiten der Gruppe der FDP)

Und deswegen ist auch die Forderung richtig, dass wir hier zu einem Mindestpersonalansatz kommen müssen, um solche Situationen eigentlich zu unterbinden. Und deswegen sage ich ganz klar: Diese Situation, die zurückgehenden Kinderzahlen sind ja eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft, sie sind aber auch eine wahnsinnig große Chance. Sie sind eine Chance, über einen besseren

Betreuungsschlüssel zu einer anderen Qualität zu kommen, zu einer individuelleren Betreuung.

Und wir alle wissen, dass diese individuelle Betreuung erforderlich ist. Wir haben es mit heterogeneren Gruppen zu tun, mit einer anderen Herausforderung als noch vor vielen, vielen Jahren. Ich will als ein Beispiel das Thema der Sprache herausstellen. Wir diskutieren ja alle miteinander, ob es nicht wichtig und richtig ist, verbindliche Sprachstandsfeststellungen einzuführen. Wir fordern das zwischen dem vierten und fünften Lebensjahr. Und auch dazu wird Personal benötigt. Insgesamt für die individuellere Betreuung braucht es Personal. Also ist auch in der Situation eine große Chance enthalten, sich hier eben dann mit einer Situation auseinanderzusetzen, die da heißt, wir brauchen dieses Personal, wir brauchen es für die individuellere Förderung.

Und ich sage auch, allein beim Thema Sprache wissen wir, wer nicht mit oder wer mit großen Defiziten in der deutschen Sprache den schulischen Alltag beginnt in der 1. Klasse, der hat es dann schwerer im Leben, im weiteren Bildungsweg. Das ist alles mittlerweile wissenschaftlich fundiert nachgewiesen. Deswegen müssen wir genau an der Stelle ansetzen. Und wir sagen auch ganz deutlich, erst die deutsche Sprache, dann die 1. Klasse. Denn nur so können wir individuelle Förderungen für Kinder auch entsprechend garantieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Also wir können die Forderungen des Volksbegehrens nicht eins zu eins umsetzen. Das habe ich auch klar gesagt. Die Forderungen sind sehr weitreichend und mit einem hohen finanziellen Aufkommen verbunden. Aber wir müssen das als Auftrag verstehen, jetzt zu handeln.

Und ich will auch deutlich sagen, wenn wir jetzt handeln, müssen wir auch die Kommunen dabei im Blick haben. Deswegen plädieren wir in unserem Antrag, den wir morgen Ihnen hier vorlegen werden, auch für eine bessere finanzielle Ausgestaltung in der Gesamtsituation für die Kommunen: Zwei Prozent mehr in der Kostenaufspaltung zwischen Land und Kommunen. Das ist sehr wichtig, denn der

Mehraufwand, der finanziell entsteht, darf nicht zulasten der Kommunen erfolgen. Das ist eine weitere wichtige Forderung, die wir hiermit entsprechend aufmachen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU,  
Barbara Becker-Hornickel, FDP, und  
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos)

Ich freue mich auf eine gute Debatte, auf eine Debatte. Im Sinne dieser Volksinitiative, des Volksbegehrens unterstützen wir das Ansinnen und bieten wir Ihnen heute eine faire und gute parlamentarische Debatte zu diesem Thema. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU  
und der Gruppe der FDP)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Fraktionsvorsitzende Herr Barlen.

**Julian Barlen, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gleich zu Beginn will ich namens der SPD-Fraktion sagen, es ist gut so, dass wir heute in der Aktuellen Stunde über die Kita in Mecklenburg-Vorpommern sprechen, weil gute Kitas, gute Bildung und Betreuung der Kleinsten von Anfang an, das sind mit die wichtigsten gesellschaftlichen Ziele, die wir gemeinsam in Mecklenburg-Vorpommern verfolgen, Ziele für die Kleinsten selber, für ihre Eltern und Familien, für die engagierten Beschäftigten in den Einrichtungen, aber vor allem auch in letzter Schlussfolgerung für den gesamten Bildungserfolg unseres Landes, für die Zukunft von Mecklenburg-Vorpommern.

Beim Stichwort „Kita“, da geht es in der Debatte natürlich oft unmittelbar um Schlüssel, um Quoten, um viel Geld. Und das ist ja auch wichtig und richtig, am Ende ist natürlich immer nur ein realistisch finanziertes Vorhaben auch etwas, was dann in der Praxis richtig funktioniert. Aber in Wirklichkeit, meine Damen und Herren, geht es natürlich bei der Kita um viel mehr als Schlüssel, Quoten und Geldbeträge. Es geht um die

Chancen von Kindern auf ein gutes Aufwachsen, auf ein Entdecken, auf ein Erlernen dieser bunten, dieser – wenn die Erwachsenen das endlich mal wollten – auch wirklich sehr schönen Welt. Es geht bei der Kita um nichts Geringeres als das Vertrauen der Eltern, die morgens ihre Kinder in gute Hände geben, die dadurch Familie und Berufsleben vereinbaren können und die übrigens auch wissen in Mecklenburg-Vorpommern, dass eine beitragsfreie Bildung von der Krippe bis zum Berufsabschluss, bis zum Studienabschluss in Mecklenburg-Vorpommern große Chancen bietet – nicht nur für die Kinder, sondern eben auch die Spielräume in der Familienkasse.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Und, meine Damen und Herren, und, meine Damen und Herren, neben den Chancen für die Kinder, neben dem Vertrauen von den Eltern geht es bei der Kita eben auch um Tausende engagierte Menschen, Frauen und Männer, die mit großem Herzen, aber die mit noch mehr pädagogischem Fachverstand als Erzieherinnen, Erzieher, als Beschäftigte in den Kitas – egal ob Krippe, Kindergarten, Hort – wirklich jeden Tag Großartiges leisten. Sie alle machen unser Bundesland, machen Mecklenburg-Vorpommern unter dem Strich zu dem Kitaland in ganz Deutschland mit der höchsten Quote an Fachpersonal, mit dem höchsten Betreuungsumfang für die Kinder und dementsprechend auch für die Familien.

Wir wissen, das ist definitiv nicht alles, aber das ist viel, auf das wir auch stolz sein können in Mecklenburg-Vorpommern, auf diese Leistung, und was wir uns auch klar vor Augen halten müssen, weil in Mecklenburg-Vorpommern bekommen Eltern eben nicht gesagt, dass es keinen Platz für ihr Kind gibt im Augenblick und sie übergangsweise mal schauen sollen, wie sie klarkommen. In Mecklenburg-Vorpommern bekommen die Eltern eben nicht gesagt, dass sie, ja, einen Platz haben, aber bitte das Kind gleich am Mittag wieder abholen sollen. Und vor allem bekommen die Eltern in Mecklenburg-Vorpommern das alles von so viel Fachkunde, von so vielen Fachkräften in den Kitas gesagt, wie es sie in keinem anderen Bundesland gibt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Und dafür der große Dank, meine Damen und Herren, auch im Namen der SPD-Fraktion, für diese Leistung, die dort in den Kitas vollbracht wird!

Meine Damen und Herren, gerade weil das so ist, sage ich gleich zu Beginn dieser Aktuellen Stunde ganz klar: Die Sorgen, die aktuell zum Ausdruck kommen rund um die Folgen der demografischen Entwicklung, rund um die sinkenden Kinderzahlen, rund um die Risiken, die dafür, auch für die Struktur und auch für das Personal, bestehen, meine Damen und Herren, das sind auch unsere Sorgen. Wir nehmen diese Sorgen ernst, wir nehmen sie sehr ernst, meine Damen und Herren. Und mehr noch, ich kann für uns als SPD hier im Landtag festhalten, wir verfolgen angesichts dieser Entwicklung dieselben Absichten und wollen dasselbe erreichen: erstens Sicherheit für die Beschäftigten und zweitens wie schon in der Vergangenheit – in den vielen Jahrzehnten, die wir gemeinsam am Thema Kita in wechselnden politischen Konstellationen in SPD-geführten Landesregierungen arbeiten –, wie schon in der Vergangenheit weitere Schritte für kleinere Gruppen, für gute Arbeitsbedingungen und eben eine verbesserte Betreuungssituation in den Kitas, meine Damen und Herren. Darüber gibt es keinen Streit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Darüber gibt es keinen Streit, das ist wirklich unser gemeinsamer Anspruch: Sicherheit für die Beschäftigten, weitere Schritte für mehr Qualität.

Und das diesbezügliche Engagement, was Sie auch angesprochen haben, von den Eltern, von den Gewerkschaften, von den Trägern, das verdient Respekt. Sie setzen ein wichtiges Thema für uns alle, und jetzt muss es darum gehen, Lösungen zu produzieren und gemeinsam den wirklich machbaren, den wirklich gangbaren Weg auszuloten.

Und, meine Damen und Herren, die gute Nachricht in dieser Situation ist ja, dass wir es in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahrzehnten, man muss wirklich sagen, mit politischem Mut, aber vor allem auch mit Entschlossenheit, an dem Thema

dranzubleiben, aber eben auch mit dem Augenmaß für das mit vereinten Kräften wirklich Leisbare ja immer und immer und immer wieder geschafft haben, genau diese Wege zu Veränderungen und zu Verbesserungen auszuloten, und dass wir es auch immer wieder geschafft haben, diese gemeinsamen Schritte auch zu gehen und die Kita unter dem Strich zu verbessern. Das ist Schritt für Schritt gegangen, das ist Maßnahme für Maßnahme gegangen, aber vor allem – und darauf will ich an dieser Stelle einmal ausdrücklich Wert legen –, das ist auch immer gemeinsam mit der kommunalen Familie gegangen, die immer mitgezogen hat, für die das auch ein wichtiges Anliegen war, für gute Bedingungen für die Kinder und für die Familien vor Ort zu sorgen, und für die das ebenfalls ein absoluter finanzieller Schwerpunkt und aus der Perspektive der kommunalen Haushalte auch immer ein absoluter finanzieller Kraftakt war und ist und bleibt.

Und deshalb will ich an dieser Stelle auch einmal Dankeschön sagen für dieses Miteinander zwischen Land und Kommunen bei diesem uns verbindenden Thema „Gute Kitas in Mecklenburg-Vorpommern“, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Und ich habe es gesagt, es gibt die aktuelle Entwicklung der Demografie, es gibt die damit verbundenen berechtigten Sorgen, die uns alle beschäftigen. Aber es gibt eben auch eine Tradition in Mecklenburg-Vorpommern, dass man miteinander spricht und das im Ergebnis verlässliche, kontinuierliche, gemeinsame Koordinaten eines Kurses für gute Kitas stehen, die sich dann auch als wirkungsvoll erweisen, die nicht einfach gesagt werden, sondern die auch gemacht werden. Und da ist unser Landeshaushalt im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung in den letzten 15 Jahren wirklich zu einem richtigen Schwerpunkt geworden.

Und wenn wir heute und jetzt hier im Landtag also über weitere Verbesserungen der Kitas bei uns in Mecklenburg-Vorpommern sprechen, dann machen wir das nicht mit einem weißen Blatt vor uns und der Überlegung, ob vielleicht in Mecklenburg-Vorpommern mal etwas passieren könnte in Richtung bessere Qualität und auch gute Situation für die Kinder und ihre Familien, sondern wenn wir heute hier über

Verbesserungen in der Kita sprechen, die wir uns alle wünschen, dann starten wir weder aus der Perspektive der Kinder noch aus der Perspektive der Erzieherinnen und Erzieher noch aus der Perspektive der Eltern bei null. Ganz im Gegenteil, wir haben gemeinsam in den letzten Jahren viel bewegt, als Land mit den Kommunen gemeinsam, mit den Gewerkschaften, mit den Trägern und auch mit den Eltern. Vieles davon ist, ich habe es erwähnt, eng verbunden mit politischem Mut und auch politischem Willen an der Regierungsspitze, dafür einzutreten und dafür zu kämpfen. Und deshalb haben wir in Mecklenburg-Vorpommern jede sich ergebende Möglichkeit in den letzten Legislaturen, muss man ja sagen, wirklich immer genutzt, um für die Kinder und die Beschäftigten, aber eben auch die Eltern und Familien Verbesserungen hinzubekommen.

Die Gruppengröße hat sich Schritt für Schritt verbessert. Da sind wir noch nicht am Ziel, aber es waren auch in Kita, im Kindergarten – Verzeihung! – 1 : 18 in der Vergangenheit, inzwischen sind wir schrittweise bei 1 : 14 gelandet. Der Mindestpersonalschlüssel,

(Torsten Renz, CDU: Krippe, Hort  
lassen wir jetzt mal geflissentlich weg.)

also die Anzahl der Köpfe pro Stelle, hat sich in allen Landkreisen zwischenzeitlich verbessert. Und es gibt einen Landesrahmenvertrag, der gemeinsame Ziele zur Qualitätsentwicklung beinhaltet. Die beitragsfreie Kita, viel diskutiert, ist vollständig umgesetzt worden, eine wirklich große Entlastung von über 18.000 Euro im Betreuungszeitraum für Familien pro Kind. Und generell und gerade jetzt, wo es um die Bezahlbarkeit des Lebens geht, ist das ein hohes Gut. Die Vor- und Nachbereitungszeiten, also die sogenannte mittelbare pädagogische Arbeit für die Erzieherinnen und Erzieher hat sich schrittweise ausgeweitet. Es gibt ein neues Finanzierungssystem der Kita insgesamt zwischen Land und Kommunen, das dazu geführt hat, dass endlich die Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher steigen konnte – ein wichtiger Faktor, wenn es um die Frage „gute Arbeit“ geht. Es ist DESK als Instrument für die besondere ...

(Am Rednerpult leuchtet die rote Lampe.)

Herr PGF, wir hatten ein bisschen mehr Redezeit ...

(Der Abgeordnete Julian Barlen spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. – Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Das müssen Sie mit der Präsidentin klären. – Unruhe vonseiten der Fraktionen der AfD und CDU)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Ich habe keine zusätzliche Redezeit.

(Schriftführer Henning Foerster: Es sind elf Minuten angemeldet. – Zuruf von Enrico Schult, AfD – Der Abgeordnete Philipp da Cunha tritt an das Präsidium heran. – Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

**Julian Barlen, SPD:** Okay, also, meine Damen und Herren, wir haben für zusätzliches Personal in Schwerpunktkitas während DESK gesorgt, vieles, vieles mehr. In der Summe ...

**Präsidentin Birgit Hesse:** Herr Fraktionsvorsitzender, ich weise darauf hin, dass die Redezeit jetzt abgelaufen ist und mir keine zusätzliche Redezeit vorliegt.

**Julian Barlen, SPD:** Dann beende ich an dieser Stelle meine Rede und werde nachher noch genug Gelegenheit haben zu sagen, wie wir diesen gemeinsamen Weg verlässlich und mit ausfinanzierten Vorschlägen

(Unruhe im Präsidium)

gemeinsam gehen werden.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke –  
Unruhe im Präsidium)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Sorry, das geht gar nicht!

(Minister Dr. Till Backhaus: Mikrofon ist an!)

Herr Fraktionsvorsitzender, es tut mir sehr leid, es ist ein Büroversehen unsererseits gewesen. Es waren tatsächlich weitere elf Minuten angemeldet, die jetzt hier nicht notiert waren.

(Julian Barlen, SPD: Kein Problem!)

Das werden wir selbstverständlich im Nachgang noch mal aufbereiten. Insofern haben Sie jetzt noch zusätzliche Redezeit.

**Julian Barlen, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich will ganz ehrlich sagen, das ist überhaupt kein Problem. Wir arbeiten hier immer unter Hochdruck zusammen, Tausende Prozesse, also ein Riesendank an die Landtagsverwaltung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und Die Linke)

Dass so was, dass so was mal passieren kann, ist doch das Normalste von der Welt. Ich habe es auch nicht immer, dass in der Mitte meiner Rede die Aufmerksamkeit auf dem Maximum ist im Auditorium.

(allgemeine Heiterkeit)

Also insofern kann ich dem auch was Positives abgewinnen.

Also ich war dabei, das zu sagen, wir haben Schritte gehabt für kleinere Gruppen, das Thema Mindestpersonalschlüssel, das Thema beitragsfreie Kita, das Thema mittelbare pädagogische Arbeit,

(allgemeine Unruhe)

das Thema zusätzliches Personal in Schwerpunktkitas per DESK, Fortführung des Sprachprogramms der Sprach-Kitas – da hatten wir die ganze Diskussion, Frau Oehrich, Sie erinnern sich, wo der Bund plötzlich die Sprach-Kitas weggekürzt hat, haben wir weitergemacht –, das Thema Ausbildung, Bezahlung, Nichtanrechnung auf den Personalschlüssel, jetzt also zum Schuljahr 26/27 das ganze Thema Ganztags und, und, und, und, und.

Ich will doch vor allem nur eines sagen: Lassen Sie uns auf unsere gemeinsame Stärke in Mecklenburg-Vorpommern vertrauen in der Gemeinschaft aller, die zu diesem Ziel, gute Kita für die Kinder, für die Eltern, aber vor allem auch für die Beschäftigten, bauen und das immer wieder geleistet haben in den letzten Jahrzehnten und auch in den letzten Legislaturperioden. Lassen Sie uns diesem gemeinsamen Weg vertrauen und anerkennen, dass wir genau in diesem Miteinander in den letzten Jahren erreicht haben, dass die gute Kita ein absoluter Schwerpunkt in den Haushalten von Land und Kommunen ist. Zusammen werden inzwischen über 1 Milliarde Euro jährlich investiert in das System der Bildung und Betreuung. Das ist keine Theorie, das ist nicht eine politische Forderung, die ich heute mal aufstelle und übermorgen vielleicht eine andere, sondern dass ist konkrete, ausfinanzierte, dauerhaft gewährleistete Kraftanstrengung zum Wohle der Kinder, der Eltern und der Erzieherinnen und Erzieher in Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Und vor allem ist es aber der Beleg dafür, dass wir uns in Kitas eben nie damit zufriedengegeben haben, was wir erreicht haben, sondern dass wir gemeinsam als

Landespolitik mit den Kommunen, mit den Gewerkschaften, mit den Trägern, mit den Eltern immer auch gesagt haben, wir kämpfen verlässlich weiter dafür, dass es noch besser wird. Ich wollte das einmal aufzählen, um zu zeigen, dass wir uns da einander vertrauen können bei einem solchen Weg und dass wir das auch genau jetzt in dieser Situation weiterhin tun sollen und auch werden.

Darum geht es jetzt gerade im Kitabündnis, wo die Kommunen, wo die Träger, wo die Eltern, wo die Gewerkschaften, wo das Land zusammensitzen, daran arbeiten, einen belastbaren, im Sinne von ausfinanzierten finanziellen Fahrplan zu verabreden, vorzulegen. Dieser Fahrplan, der zielt doch genau darauf ab, Beschäftigung zu sichern und weitere Schritte auch für die Qualität zu machen, im Sinne von Gruppen zu verkleinern.

Meine Damen und Herren, zu dem ganzen Thema schwirren ja immer etliche Zahlen umher, was alles denkbar ist, was auch wünschenswert sein könnte. Auch Herr Peters von der CDU hat da gerade ein paar Takte dazu gesagt. Da will ich zum jetzigen Zeitpunkt, also hier und heute am Rednerpult aber natürlich einmal auf den fundamentalsten Unterschied hinweisen zwischen Regierung und Opposition. Das ist nämlich folgender: dass von Regierung und von uns als SPD in der Regierungsverantwortung, aber auch hier im Parlament natürlich seit Jahrzehnten völlig zu Recht verlangt und erwartet wird, dass wir nicht einfach nur einen Vorschlag machen, sondern dass wir auch eine Finanzierung dazu präsentieren und eine Finanzierung nicht nur als Geldbetrag, sondern auch eine Finanzierungsquelle vorlegen, woher kommt das Geld, dass wir das rechnen, dass das plausibel ist, dass wir das abliefern.

Und dazu, meine Damen und Herren, habe ich von der Union, Stand jetzt, nichts gehört, im Gegenteil, das war einigermaßen verwirrend. Im letzten Jahr haben Sie bezüglich der Gesamtausgaben des Landes und der Kommunen noch gesagt, das ist alles viel zu teuer, und auch die Beitragsfreiheit ist ein Kostenfaktor,

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD,  
und Torsten Renz, CDU)

der die Kommunen vor eine unlösbare Aufgabe stellt. Das war übrigens damals die Begleitmusik der CDU dazu, dass beispielsweise die Kommunale Vereinigung der CDU, das beispielsweise der CDU-Beigeordnete Dietger Wille in Vorpommern-Greifswald ja einer der Ersten war,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

der die Klage gegen die Elternbeitragsfreiheit vorbereitet und dann im Übrigen verloren hat. Das zeigt schon, meine Damen und Herren,

(Beate Schlupp, CDU: Das war  
der Beschluss des Kreistages.)

es geht beim Thema Politik also immer um gute Vorschläge,

(Zurufe von Beate Schlupp, CDU,  
und David Wulff, FDP)

aber es geht vor allem auch darum, diese Vorschläge dann umzusetzen und nicht heute das eine und morgen das andere zu sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Jetzt, jetzt, ein Jahr später, höre ich von der CDU, dass offensichtlich Geld in rauen Mengen da ist. Das soll ja zusätzlich aus dem Landeshaushalt genommen werden. Wie gesagt, wir sind gespannt,

(allgemeine Unruhe)

an welcher Stelle die Einsparung dann erfolgen muss. Den Vorschlag muss man auch machen. So einfach funktioniert das nicht. Jeder Vorschlag, der ohne konkrete Berechnung, der ohne belastbare Finanzierung daherkommt, der ist einfach nicht

seriös, meine Damen und Herren, der beinhaltet in allerhöchstem Maße das Risiko, dass durch die Hintertür erhebliche Elternbeiträge wieder eingeführt werden müssen. Und ich sage ganz klar, das wäre in der jetzigen Situation, das wäre generell, aber besonders in der jetzigen Situation überall gestiegener Preise, gestiegener Belastungen für die Familien ein richtiges Problem. Und das wird es mit uns nicht geben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Wir stehen für Bildung und Betreuung, wir stehen für sichere Arbeitsplätze, wir stehen für eine anständige Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher, aber auch eine Entlastung der Eltern, und das gleichzeitig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Harry Glawe, CDU: Den Fahrplan,  
dazu haben wir noch nicht ein Wort gehört.)

Und vor allem, damit will ich schließen, geht eines, geht eines ganz und gar nicht, meine Damen und Herren, jeder Versuch einer parteipolitischen Vereinnahmung dieses Themas verbietet sich. Und da will ich ganz klar sagen, auch im Blick,

(Harry Glawe, CDU:  
Herr Barlen, wo ist der Fahrplan?)

auch mit Blick auf das Bündnis, Hut ab in Richtung GEW und Bündnis, die gegenüber auch der AfD ganz klar unterwegs sind und knallhart auch in der Öffentlichkeit sich verbitten, dass da Fake News gestreut werden, die das entsprechend ganz klar zurückgewiesen haben – das finde ich genau richtig für diesen Gesprächsprozess –, unter anderem nämlich mit der Feststellung, dass in Mecklenburg-Vorpommern erstens anhand klar belegbarer Zahlen so viel in Kita investiert wird wie nie zuvor und zweitens, dass es jetzt gilt, dieses Niveau zu sichern, dass eine Finanzierung langfristig stabil sein muss und stabil gehalten werden muss, und drittens es eben jetzt um diese konstruktive politische Auseinandersetzung geht, dass es jetzt um gemeinsame Lösungen geht.

So sieht es aus, meine Damen und Herren, deshalb sind die Gespräche im Bündnis, im Forum so wichtig mit einem klaren Ziel: mehr Qualität, sichere Perspektiven für die Beschäftigten, aber klar gerechnet, solide finanziert, ohne Elternbeiträge durch die kalte Küche, davor kann ich nur warnen, und damit wir am Ende gemeinsam eben den besten Weg gehen und das gemeinsame Ziel erreichen. Gute Bildung von Anfang an, gute Arbeit in der Kita für starke Familien und ein in jeder Hinsicht verlässliches, attraktives Mecklenburg-Vorpommern mit einem klaren Plan, klaren Finanzen. Das ist das Ziel,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

darin muss jetzt gemeinsam gearbeitet werden. Das ist gut und richtig so! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Rostock. Schön, dass Sie heute hier bei uns im Landtag sind!

Ich rufe auf für die Fraktion der AfD Herrn Schult.

**Enrico Schult,** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Ja, Herr Barlen, ich habe Ihre Worte vernommen. Sie sagen, Sie nehmen die Sorgen ernst. Da frage ich mich wirklich, wir standen ja vor zwei Jahren schon einmal genau an dieser Stelle und haben über den Betreuungsschlüssel hier in Mecklenburg-Vorpommern debattiert, zwei Jahre, sehr geehrte Damen und Herren, ist nichts passiert, zwei Jahre hat sich der Betreuungsschlüssel nicht geändert hier in

Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir heute über dieses Thema uns austauschen.

Denn damals, sehr geehrte Damen und Herren, gab es eine Volksinitiative im Land, 16.000 Unterschriften wurden zusammengetragen. Damals wurde auch gefordert, den Betreuungsschlüssel zu verbessern, in der Krippe auf 1 : 4, in der Kita auf 1 : 10 und im Hort auf 1 : 17. Passiert ist bis dahin nichts, im Gegenteil, wir als AfD-Fraktion haben dieser Volksinitiative als einzige Partei, als einzige Fraktion damals zugestimmt, und wir haben natürlich auch Deckungsquellen genannt im Landeshaushalt, wo wir beispielsweise diese Kosten, wo wir das sozusagen hernehmen wollen, das Geld, wo wir diese Kosten decken. Damals – und das ist als Hilfeschrei der Eltern zu sehen, diese Volksinitiative – hieß es, wir haben zu wenig Erzieher und wir haben kein Geld dafür, es ist einfach zu teuer.

Der Betreuungsschlüssel der damaligen Volksinitiative – Frau Pfeifer wird sich daran erinnern können – hätte 278 Millionen Euro gekostet. Wir haben gesagt, wir würden es in Migrationsprojekten, Klimaprojekten und in der Verwaltungsmodernisierung hätten wir dieses Geld sozusagen aufbringen können. Das wurde leider abgelehnt, sehr geehrte Damen und Herren. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir jetzt an dieser Stelle noch mal über dieses Volksbegehren debattieren, diskutieren.

Und ja, wir als AfD begrüßen dieses Volksbegehren, wir als AfD unterstützen dieses Volksbegehren sogar, denn natürlich sind auch viele AfD-Mitglieder in unseren Kitas unterwegs und sammeln Unterschriften ein, um dieses Volksbegehren sozusagen noch mal auf die Tagesordnung zu setzen. Und deshalb sage ich Dankeschön an all diejenigen da draußen, die dieses Volksbegehren unterstützen und sich dafür einsetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich sagte es bereits, heute stehen wir, zwei Jahre später stehen wir vor den gleichen Voraussetzungen. Wir haben nichts großartig erreicht, der Betreuungsschlüssel hat sich nicht verbessert. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, wann, wenn nicht jetzt, wollen wir da ran? Wir haben einen Geburtenrückgang in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir werden, in der Zukunft werden wir viele, viele Erzieher haben, die gegebenenfalls arbeitslos werden. Das wollen wir nicht, da wenden wir uns ganz klar dagegen. Und wir brauchen doch gutes, pädagogisch ausgebildetes Personal. Wir können doch nicht riskieren, sehr geehrte Damen und Herren, dass die Erzieher sozusagen in andere Bundesländer wechseln.

Und die Notwendigkeit, die Notwendigkeit ist hier klar gegeben. Wir als AfD-Fraktion haben eine Kleine Anfrage gestellt zu den Schuleingangsuntersuchungen, und da möchte ich Ihnen mal gerne aus der Antwort der Landesregierung zitieren, dass im Jahr 25/26 6,5 Prozent der Kindergartenkinder zurückgestellt wurden, die sozusagen nicht in die Schule gekommen sind. Dieser Prozentsatz hat sich in den letzten Jahren dramatisch erhöht. Im Schuljahr davor waren es 5,5 Prozent, die zurückgestellt wurden, und im Schuljahr 2021 waren es 4,8 Prozent. Wir haben in den Kindertagesstätten immer mehr Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, insbesondere in den Bereichen Lernen und geistige Entwicklung. Wir haben hohe Auffälligkeiten bei zentralen Vorläuferfertigkeiten wie Körperkoordination, selektive Aufmerksamkeit, Zahlen und Mengenverständnis sowie Sprachverarbeitung.

Meine Damen und Herren, wir haben das Problem, dass in unseren Kindertagesstätten mittlerweile fast jedes vierte Kind sprachliche Defizite hat. Fast jedes vierte Kind hat sprachliche Defizite. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir natürlich die Betreuungssituation verbessern. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir den Schlüssel verbessern, indem wir natürlich mehr Erzieher einstellen und indem sich mehr Erzieher um weniger Kinder kümmern können, sehr geehrte Damen und Herren.

Dieses wichtige Thema greift dieses Volksbegehren auf, und ich sage gleich von dieser Stelle aus, natürlich ist uns auch als AfD-Fraktion, diese Ziele, diese Forderung sind uns zu ambitioniert, die kann man tatsächlich nicht in dieser Form umsetzen. Das eine ist natürlich eine Frage des Geldes, 800 Millionen Euro, aber was möglich ist, was möglich ist, wäre natürlich diese Forderung der Volksinitiative, wie gesagt, damals von der Landesregierung berechnet, 278 Millionen Euro hätte das gekostet. Und jetzt haben wir auch die Erzieher oder in den nächsten Jahren, das war damals ein Argument, dass wir nicht die Erzieher haben, um diese Volksinitiative umzusetzen.

Aber jetzt kommen wir mal zu den Ursachen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ja, Herr Renz, genau, wir kommen zu den Ursachen, denn Sie waren damals beteiligt, als es um die Ursachen ging. Denn 2020 wurde das Gute-Kita-Gesetz hier in Mecklenburg-Vorpommern nicht beschlossen,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

aber es gibt ein Gute-Kita-Gesetz, ein Bundesgesetz.

Und, sehr geehrte Damen und Herren,

(Christian Brade, SPD:

Der erzählt ja einen Quatsch.)

Sie werden sich erinnern, am 01.01.2020, das ganze Land war vollgestellt mit Plakaten: „Gutes Neues Jahr! Die Kita ist jetzt kostenfrei!“. Darauf war die Ministerpräsidentin zu sehen, in einer Kindergruppe sitzend. Damals hat der Städte- und Gemeindetag gesagt, als das Gesetz zur Beitragsbefreiung beraten wurde, hatte der Städte- und Gemeindetag gefordert, die Qualitätsverbesserungen in den Blick zu nehmen. Das haben wir aber nicht gemacht als Mecklenburg-Vorpommern. Mecklenburg-Vorpommern war das einzige Bundesland, das sämtliche Mittel des Gute-Kita-Gesetzes für die Beitragsfreiheit aufgewandt hat.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Das einzige Bundesland hat sämtliche Mittel für die Beitragsfreiheit aufgewandt, natürlich, weil mit einem Betreuungsschlüssel, mit einem besseren Betreuungsschlüssel ist es natürlich nicht so toll zu werben wie mit einer beitragsfreien Kita.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Das gehört zur Wahrheit dazu, Frau Schwesig, das müssen Sie sozusagen anerkennen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und dann müssen Sie natürlich auch handeln.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch mal klarstellen, weil ja Herr Barlen ja auch immer mit diversen Fake News unterwegs ist in den sozialen Medien, auch die AfD spricht sich,

(Julian Barlen, SPD:  
Das sollten Sie mal belegen!)

auch die AfD, ...

Das will ich Ihnen ja gerade belegen.

... auch die AfD spricht sich für die Beitragsfreiheit aus in den Kindertagesstätten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Julian Barlen, SPD: In Ihrem  
Programm stand was anderes. –  
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das haben wir seit jeher gemacht und das stand natürlich auch schon in unserem Wahlprogramm,

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

aber, sehr geehrte Damen und Herren,

(Glocke der Präsidentin)

mein Kollege hat damals auch diesbezüglich Änderungsanträge gestellt, dass Sie eben auch den Betreuungsschlüssel in den Blick nehmen müssen als Landesregierung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Das haben Sie nicht getan, deshalb stehen wir natürlich, deshalb stehen wir vor dieser Herausforderung, deshalb haben wir tatsächlich diese Probleme in unseren Kindertagesstätten.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Ich möchte Frau Schwesig zitieren, 2019, Erste Lesung KiföG, ich zitiere: „Damit lösen wir mehr ein, als wir versprochen haben. Politik wird ja oft vorgeworfen, ihr haltet nicht, was ihr versprecht. Wir haben lediglich versprochen, die Gebühren um 50 Euro abzusenken und um die Hälfte für die Geschwisterkinder, aber wir sagen nein, wir wollen die große Lösung ...“, war damals die Aussage von Manuela Schwesig.

Ist in Ordnung, Frau Schwesig, sehr gut,

(Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:  
Richtig!)

aber Sie haben vergessen, die Betreuungsschlüssel diesbezüglich anzupassen, und ich sagte, wir haben hier Änderungsanträge gestellt, die haben Sie in Bausch und Bogen abgelehnt,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

und jetzt stehen wir nämlich vor dem Dilemma, dass wir eine kostenfreie Kita haben, aber den schlechtesten Betreuungsschlüssel bundesweit, Herr Dahlemann.

Und ich möchte Ihnen das ganz kurz mal ausführen, wie sich das nämlich zusammensetzt. Wir haben damals im Gute-Kita-Gesetz, im Übrigen 5 Millionen Euro waren, 5 Milliarden Euro waren dort veranschlagt, 5,5 Milliarden Euro, waren elf Handlungsfelder, die man sozusagen umsetzen konnte in den Kindertagesstätten, elf Handlungsfelder, zum Beispiel guter Betreuungsschlüssel, hätte man das Geld nehmen können, investieren in den guten Betreuungsschlüssel und in qualifizierte Fachkräfte.

(Julian Barlen, SPD: Das passiert ja auch!)

Das hat das Land Brandenburg im Übrigen gemacht, sehr geehrte Damen und Herren,

(Julian Barlen, SPD: Haben Sie eben nicht zugehört? Ich habe alle Maßnahmen aufgezählt.)

das hat das Land Sachsen-Anhalt im Übrigen gemacht, sehr geehrte Damen und Herren,

(Glocke der Präsidentin)

und das hat das Land Thüringen im Übrigen gemacht,

(Julian Barlen, SPD: Ja, ja.)

sehr geehrte Damen und Herren. Mecklenburg-Vorpommern war das einzige Bundesland, das nicht aus den Mitteln des Gute-Kita-Gesetzes in einen Betreuungsschlüssel

(Julian Barlen, SPD: Ja, weil es eine andere Finanzierung gibt.)

und in qualifizierte Fachkräfte investiert hat. Wir waren das einzige Bundesland, das ausschließlich, das gesamte Geld ausschließlich in die Beitragsfreiheit gesteckt hat,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Sehr richtig!)

sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und das nehmen Sie bitte zur Kenntnis, Herr Barlen, das nehmen Sie bitte zur Kenntnis! Das ist natürlich eine Ursache,

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

das ist auch eine Ursache des jetzigen Dilemmas, vor dem wir stehen.

(Zuruf von  
Ministerpräsidentin Manuela Schwesig)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Einen Moment bitte, Herr Schult!

Einmal die Zeit bitte stoppen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Redner hier hat das Wort. Ich bitte davon Abstand zu nehmen, mit ihm Zwiesgespräche zu führen, auch nicht von der Regierungsbank.

Herr Schult, Sie haben jetzt wieder das Wort.

**Enrico Schult,** AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Ich will Ihnen das mal darlegen. Zahlen, die lügen ja nicht. Ich habe mir mal die Betreuungsschlüssel jetzt angeschaut von Brandenburg 1 : 4,

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

1 : 4 und 1 : 10. Wie gesagt, in Mecklenburg-Vorpommern 1 : 6 und 1 : 14, Sachsen-Anhalt 1 : 5 und 1 : 10, Mecklenburg-Vorpommern 1 : 6 und 1 : 14, Thüringen 1 : 5 und 1 : 11, Mecklenburg-Vorpommern habe ich ausgeführt. Das ist doch ein kausaler Zusammenhang, dass sozusagen die anderen Bundesländer uns da voraus sind, dass die anderen Bundesländer das Geld des Gute-Kita-Gesetzes, ein Bundesgesetz, sozusagen dort auch investiert haben.

Herr Barlen, ich kann Sie noch mal mitnehmen, wie es damals war 2019, als die Ministerpräsidentin unten in der Orangerie stand mit der Bundessozialministerin, da waren nämlich elf Würfel aufgebaut, elf Würfel, diese ganzen Handlungsfelder, womit man sozusagen das finanzieren konnte, Gute-Kita-Gesetz. Und wir haben lediglich einen Würfel gehabt, ein Würfel Beitragsfreiheit oder geringere Gebühren. Andere Bundesländer, ich kann Ihnen die Liste gerne zur Verfügung stellen, haben das Geld gut und richtig investiert.

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD,  
und Torsten Koplín, Die Linke)

Deshalb sage ich ganz klar von dieser Stelle, kommen Sie ins Handeln! Sie haben die Beitragsfreiheit eingeführt, da sind wir dafür, aber jetzt sind Sie, da müssen Sie sorgen dafür,

(Torsten Koplín, Die Linke: Wir haben  
das Geld auch gut und richtig investiert.)

dass sozusagen der Betreuungsschlüssel verbessert wird. Das ist dringend notwendig, und dafür hat sich die AfD von Beginn an eingesetzt, sehr geehrte Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Es wird ja immer gesagt, ja, das ist alles gar nicht finanzierbar. Ich sagte es bereits, wir haben 2023/24 im Haushalt, haben wir Änderungsanträge, 320 Millionen Euro

hätten wir dort eingespart, 249 Millionen allein für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten, Transformation der Energiewende und Energiewende-Verwaltungsmodernisierung. Das Geld ist also da, sehr geehrte Damen und Herren, nicht für diesen ganz großen Wurf, den das Volksbegehren jetzt fordert, aber für die Volksinitiative. Und das wäre oder ist schon eine deutliche Verbesserung der Situation in unseren Kindertagesstätten.

Und ich sage es noch mal im Brustton der Überzeugung, es ist dringend notwendig, auch die Erzieher in den Kindertagesstätten, die Leitung, die kommen auf uns zu und haben Angst davor, dass ihre Kita vor der Schließung steht. Also mein Appell, unser Appell der AfD-Landtagsfraktion: Handeln Sie, kommen Sie jetzt nicht mit großen Worten! Vor zwei Jahren standen wir schon mal an dieser Stelle, es ist bis dahin nichts passiert.

Das Volksbegehren werden wir inhaltlich unterstützen, inhaltlich, sage ich noch mal ganz klar, und wir unterstützen das natürlich auch in der Fläche, denn so ein Volksbegehren dient nicht dazu, es parteipolitisch zu instrumentalisieren, sehr geehrte Damen und Herren!

(Zuruf aus dem Plenum: Genau!)

Meine Pressemitteilung galt natürlich auch unseren ganz vielen Wählern da draußen, die da sagen,

(Julian Barlen, SPD: Da lachen die Hühner! –

Thomas de Jesus Fernandes, AfD:

Da lachen die Hühner?!)

ja, liebe AfD, wie sollen wir damit jetzt umgehen, mit diesem Volksbegehren. Da habe ich gesagt, zustimmen und unterstützen.

(Julian Barlen, SPD: Ja, ja.)

Und das machen wir an dieser Stelle noch mal deutlich. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion Die Linke die Fraktionsvorsitzende Frau Rösler.

**Jeannine Rösler,** Die Linke: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine Aktuelle Stunde, die die Kinder und ihre Startbedingungen im Blick hat, begrüßt meine Fraktion sehr. Für uns heißt das, darüber zu reden, wie wir Verantwortung übernehmen: ehrlich, finanzierbar und mit Blick auf die Realität. Wir sprechen über die Frage, wie wir mit einer gesellschaftlichen Veränderung umgehen, die längst angekommen ist: sinkende Kinderzahlen und gleichzeitig hohe Erwartungen an gute Bildung, Betreuung und soziale Teilhabe.

Die CDU beschreibt vor allem eine Krise. Sie spricht vom „Kitasterben“, von „Unsicherheit“ und vom „Rückbau“. Und ja, niemand kann ignorieren, dass in vielen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns die Geburtenzahlen zum Teil deutlich zurückgehen. Im Jahr 2025 wurden nur noch 8.385 Kinder geboren, der niedrigste Wert seit 1960. In manchen Städten und Gemeinden stehen heute schon mehr Kitaplätze zur Verfügung, als tatsächlich benötigt werden. Und ja, es gibt Einrichtungen, die nicht ausgelastet sind. Kommunen und Träger stehen unter finanziellem Druck und diskutieren über Zusammenlegungen oder Schließungen.

In so einer Situation, meine Damen und Herren, ist es doch die Frage: Wie reagieren wir? Machen wir Angst oder schaffen wir Perspektiven?

(Torsten Renz, CDU: Na, dann machen Sie doch mal eine Perspektive!)

Und genau deshalb braucht es einen Weg, der weder Alarmismus noch unrealistische Versprechen produziert,

(Torsten Renz, CDU:  
Wer macht denn Alarmismus?)

sondern Planungssicherheit, Fachkräftesicherung und eine echte Strategie für die demografische Entwicklung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke –  
Marc Reinhardt, CDU:  
Dann jetzt mal her mit irgendwas!)

Auch wir als Linke sagen, die Sorgen sind real, und ihnen stellen wir uns auch vor Ort.

(Torsten Renz, CDU: In den Weg.)

Meine Damen und Herren, viele Erzieherinnen und Erzieher arbeiten an der Belastungsgrenze. Große Gruppen, hohe Anforderungen, Sprachförderung, Dokumentation, Elternarbeit und individuelle Entwicklungsbegleitung gehören zum Alltag.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Seit 92. –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wer einmal einen Tag in der Kita erlebt hat – und ich kann das nur empfehlen –, weiß, wie anspruchsvoll diese Arbeit ist. Wir haben allerhöchsten Respekt und danken allen Erzieherinnen und Erziehern, allen, die tagtäglich für unsere Kleinsten da sind.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke –  
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Der feuchte Händedruck reicht aber nicht.)

Denn, meine Damen und Herren, was gibt es Schöneres, als wenn das Kind freudestrahlend das Liedchen summt, das es gerade in der Kita gelernt hat?! In Anerkennung der großen Leistung der Erzieherinnen und Erzieher sagen wir ganz klar, die Qualität in der Kindertagesförderung muss weiter verbessert werden, die Fachkräfte brauchen weitere Entlastung.

Und genau deshalb nehmen wir auch die Anliegen des Volksbegehrens sehr ernst. Es ist völlig richtig, sich Gedanken zu machen und Vorschläge zu unterbreiten. Hinter diesem Volksbegehren steht ein absolut nachvollziehbarer Wunsch: kleinere Gruppen, bessere Betreuung, mehr Zeit für pädagogische Arbeit. Doch in der Politik zählt nicht allein der Wunsch, sondern zuerst die Verantwortung für die Umsetzbarkeit.

(David Wulff, FDP: Das interessiert  
Sie doch sonst auch nicht.)

Und nach Berechnungen des Bildungsministeriums würde die Umsetzung des Volksbegehrens zusätzliche Kosten von bis zu 800 Millionen Euro pro Jahr verursachen. Und gleichzeitig wären bis zu 13.000 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher notwendig. Hier müssen wir ehrlich sein, diese Größenordnung ist kurzfristig weder finanziell noch personell realistisch.

Meine Damen und Herren, auch die CDU weicht ja tatsächlich in ihren eigenen Forderungen von dem Volksbegehren ab.

(Torsten Renz, CDU: Aber wir  
haben wenigstens einen Plan.)

Sie fordert in ihrem Antrag auf keinen Fall die umfassende Umsetzung der Forderungen,

(Torsten Renz, CDU: Sie  
haben ja nicht mal einen Plan. –  
Beatrix Hegenkötter, SPD: Doch.)

sondern einen wesentlich moderateren Weg,

(Unruhe bei Beatrix Hegenkötter, SPD,  
und Torsten Renz, CDU)

nämlich eine schrittweise Verbesserung. Auch die CDU erkennt also an, dass es nur schrittweise geht.

(Torsten Koplín, Die Linke:  
Vielleicht hören Sie mal auf!)

Die Finanzierung, meine Damen und Herren, ist da aber die Gretchenfrage, und die muss auch die CDU beantworten.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und um es nochmals klar zu sagen, nicht die Ziele sind falsch,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

vielmehr geht es darum, Wege zu finden, die tatsächlich gangbar sind, die finanziell nachhaltig auch untersetzt sind.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Ja, und gleichzeitig, meine Damen und Herren, dürfen wir eben halt nicht übersehen – mein Kollege Julian Barlen ist sehr darauf eingegangen –, was unser Land bereits getan hat.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Hier so zu tun, als wäre hier nichts passiert, ist grob unwahr.

(Harry Glawe, CDU: Vom  
Fahrplan hat er nichts gesagt. –  
Torsten Koplín, Die Linke: Er hat es gesagt,  
Sie wollen es bloß nicht hören. –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und die frühkindliche Bildung ist heute einer der größten Ausgabenbereiche im Bildungs- und Sozialhaushalt. Die Landesmittel für die Kindertagesförderung wurden in den vergangenen Jahren massiv erhöht. Gemeinsam mit den kommunalen Mitteln fließen inzwischen 1 Milliarde Euro pro Jahr in die Kindertagesförderung. Erzieherinnen und Erzieher verdienen endlich deutlich mehr, und durch zusätzliche Anstrengungen wie etwa der bessere Mindestpersonalschlüssel und vieles mehr, was hier alles schon aufgezählt worden ist, konnten über 1.200 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher eingestellt werden. Alltagshilfen entlasten die Fachkräfte jeden Tag. Das Fachkraft-Kind-Verhältnis im Kindergartenbereich wurde von 1 : 15 auf 1 : 14 verbessert. Allein diese Veränderung bedeutet zusätzliche jährliche Kosten von rund 11,8 Millionen Euro. Die Sprach-Kitas wurden dauerhaft in die Landesförderung übernommen. Profilkitas mit besonderen pädagogischen Schwerpunkten, etwa in den Bereichen Sprache, Gesundheit, Inklusion oder Bewegung, wurden gestärkt. Rund 95 Prozent des Kitapersonals sind bei uns ausgebildete pädagogische Fachkräfte, und unsere Einrichtungen bieten umfängliche Betreuungszeiten, sodass sich die Eltern keine Sorgen machen müssen. Und hinzu kommen der Ganztagsanspruch und die Beitragsfreiheit, sozialpolitische Entscheidungen, die Familien spürbar entlasten.

Aber natürlich reicht das noch nicht aus. Gerade in der Krippe brauchen Kinder mehr Zeit, mehr Bindung und intensivere Hinwendung. Im Hortbereich entstehen neue Herausforderungen. Und gerade Familien mit besonderen Bedarfen oder in schwierigen Situationen benötigen nicht nur gezielte Hilfen, sondern auch Verständnis, Vertrauen und Professionalität. Und diese haben unsere Erzieherinnen und Erzieher.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Meine Damen und Herren, wir setzen als Linke auf konkrete schrittweise Verbesserungen statt auf Versprechen, die am Ende nicht eins zu eins eingelöst werden können. Im Übrigen bedeuten sinkende Kinderzahlen eben nicht automatisch, dass Fachkräfte überflüssig werden.

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Im Gegenteil, die eigentliche Herausforderung besteht darin, diese Fachkräfte im sozialen System zu halten, denn wir brauchen sie. Wir brauchen sie in der Frühförderung, wir brauchen sie in Familienzentren, wir brauchen sie in der Jugendhilfe, in Beratungsstellen,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:

Ah, das habe ich mir gedacht!)

in der Schulsozialarbeit und in präventiven Angeboten für Familien.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:

Zweckentfremden wollen Sie sie.)

Deshalb ist es richtig,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:

Sie haben den Job aber gelernt,

weil sie Erzieher sein wollen.)

Weiterqualifizierung zu ermöglichen, Übergänge zu schaffen und neue berufliche Perspektiven zu eröffnen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:

Sie verarschen die Leute! Sie bieten erst  
Ausbildungen an und haben nichts davon.)

Erzieherinnen und Erzieher können mit zusätzlichen Qualifikationen stärker in sozialpädagogische Tätigkeiten wechseln, nicht als Ersatzlösung, sondern als bewusste Stärkung der sozialen Infrastruktur. Wir wollen Fachkräfte sichern, statt sie zu verlieren, wir wollen perspektivisch kleinere Gruppen, wir wollen mehr Zeit für individuelle Förderung schaffen. Und wir wollen verhindern, dass gesellschaftlich wichtige Kompetenzen verloren gehen.

Deshalb begrüßen wir außerordentlich den Dialogprozess Forum „Gute Kita 2030“. Dort beraten bereits jetzt schon Kommunen, Gewerkschaften, Eltern, Träger und Fachkräfte gemeinsam über konkrete Entwicklungsschritte.

(Torsten Renz, CDU:  
Gibt es denn Zwischenergebnisse,  
die man umsetzen könnte?)

Und dort geht es eben nicht um schnelle Schlagzeilen, sondern um die Frage, wie Qualität nachhaltig verbessert werden kann, und zwar finanziell tragfähig, personell untersetzt und in der Fläche langfristig wirksam. Gute Politik muss mehr als nur Hoffnungen erzeugen.

(Unruhe bei Torsten Renz, CDU)

Sie muss echte Wege für konkrete Lösungen aufzeigen.

(Torsten Renz, CDU: Ja, wann und wo?)

Insofern kann man das Volksbegehren in seiner jetzigen Form,

(Unruhe bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

in dem jetzigen Inhalt durchaus auch kritisch sehen, nicht, weil wir gegen bessere Kitas sind, sondern weil wir mehr Qualität wollen, die wirklich umgesetzt werden kann. Unser Ziel bleibt klar: Gute Kitas für alle Kinder, wohnortnah, sozial gerecht, qualitativ

hochwertig und eingebettet in eine starke soziale Infrastruktur, die Fachkräfte hält statt verliert. – Vielen herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Wegner.

(Julian Barlen, SPD: Gott, was sind  
das für Geräusche?! Ach, Telefon!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde darum bitten, dass alle jetzt noch einmal ihre Handys, Mobilphone checken und die auf lautlos stellen. Vielen Dank!

Frau Wegner, Sie haben das Wort.

**Jutta Wegner,** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, sehr geehrte Frau Präsidentin!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sprechen heute in der Aktuellen Stunde zum Thema „Gegen das Kitasterben und für mehr Qualität und sichere Jobs“. Wenn dieser Titel ernst gemeint ist, dann müssen wir vor allem über die Realität sprechen, nicht über Absichten, sondern über Kinder,

(Torsten Renz, CDU:  
Oder über die Vergangenheit.)

über Kinder, die jeden Morgen in unsere Kitas kommen, die Bindung brauchen, Zeit brauchen, Zuwendung brauchen, Verlässlichkeit brauchen. Die Erzieher/-innen hier im Land leisten hier Großartiges, das ist keine Frage, und sie verdienen unsere Anerkennung. Aber genau hier liegt das Problem. In Mecklenburg-Vorpommern gelten aktuell folgende Fachkraft-Kind-Relationen: in der Kita – und es ist ja schon mehrfach

gesagt worden, aber Wiederholung festigt –, in der Krippe 1 : 6, in der Kita 1 : 14, im Hort 1 : 22. Das bedeutet, 6 Kleinkinder pro Fachkraft in der Krippe, 14 Kinder pro Fachkraft in der Kita, 22 Kinder pro Fachkraft im Hort. Stellen Sie sich das bitte einmal vor, Sie müssten Verantwortung tragen für eine so große Zahl von Kindern jeden Tag! Das ist keine abstrakte Statistik, das ist Alltag.

Und dieser Alltag bedeutet zu wenig Zeit, zu wenig Nähe, zu wenig Bindung für ein Kind mit Bedürfnissen. Dabei wissen wir doch längst aus der Bildungsforschung, frühkindliche Bildung ist kein Nice-to-have, sie ist das Fundament für gelingende Bildung und eine gute Entwicklung. Studien zur frühkindlichen Entwicklung zeigen immer wieder, die Qualität der Beziehung zwischen Kind und Fachkraft ist entscheidend für Sprachentwicklung, soziale Kompetenzen

(Daniel Peters, CDU: Richtig!)

und spätere Bildungserfolge. Oder zugespitzt gesagt, was wir heute in der Kita versäumen, holt uns morgen in der Schule ein.

(Beifall vonseiten der  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der Gruppe der FDP und Daniel Peters, CDU)

Wenn Kinder nicht ausreichend begleitet werden, wenn Bindung fehlt, wenn Förderung zu kurz kommt, dann entstehen genau die Probleme, über die wir später in Schule und Gesellschaft klagen. Ein Kind merkt keine Relation, es merkt nicht, wie viele Erzieherinnen für ihn oder sie zuständig sind. Aber es merkt, ob jemand Zeit hat, ob jemand zuhört, ob jemand bleibt, wenn es das braucht. Und genau deshalb führt an einer Verbesserung des Betreuungsschlüssels kein Weg vorbei.

Ausgangspunkt unserer heutigen Debatte ist auch ein Bericht des Landesrechnungshofes zur Lage in unseren Kitas. Es geht um die Frage der Finanzierung. Natürlich geht es um die Frage nach der Finanzierung! Es geht um die Herausforderung in den Kommunen. Aber der Landesrechnungshof beschreibt die Lage nicht nur, er zeigt auch, welche Entscheidungsmöglichkeiten wir haben. Er zeigt

die Chance, die sich aus der aktuellen Lage ergibt, mindestens ergeben kann. Sinkende Kinderzahlen können genutzt werden, und ich zitiere sinngemäß aus dem Bericht, entweder zum Sparen oder zur Verbesserung der Betreuung. Das ist doch die Entscheidung, vor der wir stehen.

Und wir als bündnisgrüne Fraktion sagen ganz klar, wer hier spart, spart an den Kindern,

(Jeannine Rösler, Die Linke:  
Es spart doch niemand!)

spart an der Zukunft unserer Gesellschaft.

(Torsten Koplín, Die Linke:  
Es spart doch gar keiner! –  
Jeannine Rösler, Die Linke:  
Ganz im Gegenteil!)

Wer hier investiert,

(Zuruf von Torsten Koplín, Die Linke)

investiert in die Zukunft.

Und ja, natürlich, Investitionen, auch diese Investition kostet Geld. Das ist bei Investitionen nun mal so.

(Zurufe von Christian Albrecht, Die Linke,  
und Elke-Annette Schmidt, Die Linke)

Und wir reden immer wieder, wir brauchen Investitionen in Bildung, bundesweit, weil das gleiche Problem, das wir hier in Mecklenburg-Vorpommern mit der Finanzierung haben,

(Zuruf von Elke-Annette Schmidt, Die Linke)

haben alle anderen Bundesländer doch auch. Aber wir müssen das nicht nur in Sonntagsreden sagen, dass wir diese Investitionen brauchen, sondern wir müssen auch mal gucken, was wird denn aus dieser Investition.

(Zuruf von Christian Albrecht, Die Linke)

Die zahlt sich nämlich aus.

(Elke-Annette Schmidt, Die Linke:  
Wie wollen wir es denn bezahlen?)

Eine frische, eine ganz junge Studie der Prognos AG zeigt doch,

(Zuruf von Torsten Koplín, Die Linke)

Investitionen in frühkindliche Bildung

(Unruhe bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD,  
und David Wulff, FDP)

bringen langfristig erhebliche volkswirtschaftliche Renditen –

(Elke-Annette Schmidt, Die Linke:  
Das ist doch unstrittig.)

durch bessere Bildungsabschlüsse, höhere Erwerbsbeteiligung und geringere Folgekosten im Sozialsystem. Und auf die Frage, wie wollen wir denn das finanzieren,

(Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Ja.)

kann ich nur mit Heiner Geißler antworten, wir haben in dieser Gesellschaft Geld wie Heu, es ist falsch verteilt.

(Torsten Koplín, Die Linke: Dann machen Sie mal mit bei der Vermögensteuer!)

Und da müssen wir hin.

(Beifall vonseiten der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Torsten Koplín, Die Linke: Machen Sie mal mit bei der Vermögensteuer! –  
Elke-Annette Schmidt, Die Linke:  
Machen Sie mal mit! –  
Glocke der Präsidentin)

Jeder Euro, den wir hier in Bildung einsetzen,

(Unruhe vonseiten der  
Fraktionen der AfD und CDU –  
Zuruf von Torsten Koplín, Die Linke)

kommt also mehrfach zurück. Es ist also nicht nur pädagogisch richtig,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen  
der AfD und CDU)

es ist auch ökonomisch klug, hier zu investieren, anstatt zu sparen.

Gleichzeitig erleben wir eine zweite Realität: Die von SPD und Die Linke geplante KiföG-Novelle verändert das bestehende System, und zwar nicht risikofrei. Träger berichten bereits jetzt, Übernahmequoten für Erzieher/-innen sinken drastisch, Fachkräfte sind verunsichert, Planungssicherheit fehlt, und das, nachdem wir noch vor zwei Jahren massiv in die Ausbildung investiert haben. Das ist ein Warnsignal, denn ein System, das Fachkräfte ausbildet, aber ihnen keine Perspektive gibt, verliert Qualität, verliert Vertrauen und verliert Menschen. 80 Prozent der Kosten in Kitas sind

Personalkosten. Das bedeutet, jede Reform ist eine Personalfrage, und jede Personalfrage ist eine Qualitätsfrage. Wenn Betreuung neu organisiert wird, drohen Unsicherheit, Überhänge und Personalabbau und im schlimmsten Fall schlechtere Betreuung.

Wird die Novelle so umgesetzt, kann selbst der Betreuungsschlüssel von 1 : 22 im Hort nicht mehr gehalten werden,

(Torsten Renz, CDU: Wahnsinn!)

und das kurz vor dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Das ist der falsche Weg, denn wir haben schon heute den schlechtesten Betreuungsschlüssel im Bundesvergleich.

(Enrico Schult, AfD: Das stimmt.)

Wir liegen am Ende der Skala, nicht im Mittelfeld.

(Enrico Schult, AfD: Ja.)

Und da hilft es auch nicht, dass wir die höchste Quote gut ausgebildeter Erzieher/-innen haben. Diese gut ausgebildeten Erzieher/-innen können nämlich aufgrund der großen Zahl an Kindern in ihren Gruppen ihre Fähigkeiten gar nicht ausspielen, egal, wie motiviert sie sind, egal, wie engagiert sie sind. Und dieser tägliche Spagat macht müde, er kostet mehr Kraft als notwendig und er macht sich in den Krankenstatistiken bemerkbar. Wir geben nicht nur den Kindern nicht, was sie brauchen, wir verbrennen auch Erzieher/-innen.

Die Frage ist also nicht, ob wir handeln, sondern wie. Wir haben zwei Wege: Verwaltung von Mangel oder echte Verbesserung. Wir sagen, nutzen wir die demografische Rendite für bessere Betreuung,

(Torsten Koplín, Die Linke: Ein finsternes Bild.)

für stabile Fachkräfte,

(Elke-Annette Schmidt, Die Linke:  
Das wollen wir doch auch.)

für echte Qualität im Alltag!

Das Volksbegehren Kita zeigt, dass auch in der Gesellschaft die Notwendigkeit einer Veränderung gesehen wird. Und wir sagen ganz deutlich, dieses Volksbegehren ist kein Störfaktor, es ist ein Auftrag, ein Auftrag an uns alle und insbesondere an die Landesregierung. Setzen Sie sich an einen Tisch mit den Initiator/-innen!

(Jeannine Rösler, Die Linke: Machen wir doch.)

Verhandeln Sie ernsthaft!

(Zuruf von Falko Beitz, SPD)

Legen Sie den seit 2024 versprochenen Stufenplan endlich vor –

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

verbindlich,

(Beifall vonseiten der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nachvollziehbar, umsetzbar, denn dieses Anliegen ist zu wichtig. Es geht um unsere Kinder, um Fachkräfte, um Jobs und nicht um Parteitaktik. Ein gutes Kitasystem erkennt man nicht an sonnigen Worten, sondern am Alltag eines Kindes am Morgen, am Mittag, am Nachmittag, an Zeit, an Aufmerksamkeit, an Beziehung. Und genau daran müssen wir uns messen lassen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der Gruppe der FDP)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt für die Gruppe der FDP Herr Wulff.

**David Wulff, FDP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe die Petition, das Volksbegehren unterschrieben, lag bei uns in der Kita aus.

(Christian Brade, SPD: Da hast du nicht drüber  
nachgedacht, ne? Einfach unterschrieben!)

Und glauben Sie mir, die Erzieherinnen und Erzieher haben da schon sehr viel Wert drauf gelegt, dass auch alle Eltern, die vorbeikommen, entsprechend unterschreiben. Und da schwang nicht nur mit, bitte unterschreiben Sie doch, das ist richtig, sondern da schwang durchaus eine Angst mit, eine Angst um eigene Arbeitsplätze, eine Angst, die Qualität in der Kita, die ich bei uns über alle Maßen schätze, nicht mehr aufrechterhalten zu können. Das war beim Betreten der Kita sofort spürbar, und deswegen habe ich unterschrieben.

Und ich habe auch unterschrieben, weil ich hier eine historische Chance sehe, eine historische Chance, das Personal an ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern, die wir jetzt haben, halten zu können und die Qualität in den Kindertagesstätten zu verbessern. Und ich erinnere mich auch an Zeiten, über Qualität in der Kinderbetreuung wurde hier schon immer gestritten, und das Argument bisher war doch immer, wir haben doch gar nicht das Personal, das kriegen wir doch gar nicht hin.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Und jetzt ist das Personal da und heute reden wir darüber, oh, das können wir ja gar nicht bezahlen.

Machen wir das doch mal ganz praktisch! Viele hier haben doch auch Kinder, viele hier hatten Kinder in der Kita. Bei dem einen ist das vielleicht schon ein bisschen länger her als bei dem anderen.

(Rainer Albrecht, SPD: Es gibt Enkel.)

Aber dieses Gefühl, das Kind aus der Krippe abzuholen, mit einer vollgeschissenen Windel, wundgescheuert,

(Nadine Julitz, SPD: Oh!)

was an Kindeswohlgefährdung grenzt,

(Beatrix Hegenkötter, SPD: Oh nee!)

das kann passieren.

(Torsten Koplín, Die Linke:

Wo nehmen Sie das denn wahr?

Wo nehmen Sie das denn wahr? –

Jeannine Rösler, Die Linke:

Wo ist denn das passiert? –

Glocke der Präsidentin –

Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Das ist keine Beleidigung,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –

Torsten Koplín, Die Linke: Sie  
schüren jetzt die Ängste.)

meine Damen und Herren, das kann passieren. Und das hat nichts mit Angst zu tun an der Stelle.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD –  
Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD: Oh! –  
Torsten Koplín, Die Linke: Sie schüren Ängste.)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Einen Moment bitte, Herr Wulff!

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,  
und Henning Foerster, Die Linke)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Wulff ist nicht mehr zu verstehen, er hat jetzt aber das Wort. Insofern bitte ich um etwas mehr Ruhe jetzt.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,  
und Enrico Schult, AfD)

**David Wulff,** FDP: Ich berichte aus persönlicher Erfahrung, werte Kollegen.

**Präsidentin Birgit Hesse:** Herr Wulff, Sie haben wieder das Wort.

(Torsten Koplín, Die Linke: Sie  
haben eben gerade die Kita gelobt. –  
Zuruf von Christian Brade, SPD)

**David Wulff,** FDP: Ich lobe sie über alle Maßen,

(Torsten Koplín, Die Linke: Aha!)

aber auch in einer Kita kann es passieren, und es passiert ständig, Erzieher/-innen werden krank, Erzieher/-innen haben Urlaub, Erzieher/-innen fallen aus. Das ist nicht die Schuld der Erzieherinnen und Erzieher,

(Torsten Koplín, Die Linke: Aber deswegen  
sind die Kinder doch nicht wund.)

das ist Schuld des Systems.

(Beatrix Hegenkötter, SPD: Des Systems!)

Wir geben denen doch gar nicht die Chance, entsprechende Notfallkapazitäten aufzubauen. Wir geben denen doch gar nicht die Chance, entsprechend das Ganze so zu organisieren, dass sie ihre Arbeit so machen können, wie sie wollen.

Und deswegen glaube ich, dass wir hier eine Chance verspielen, wenn wir diese Debatte falsch führen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zuruf von Jeannine Rösler, Die Linke)

Die wissenschaftliche Evidenz ist es doch, die wissenschaftliche Evidenz sagt doch ganz klar, frühkindliche Bildung, je früher wir damit anfangen, je besser wir das organisieren, umso besser sind die Chancen fürs ganze Leben.

(Beatrix Hegenkötter, SPD: Ach nee!)

Das ist hinreichend ausgeforscht.

(Torsten Koplín, Die Linke:  
Das ist doch unbestritten! –  
Zuruf von Christian Brade, SPD)

Das ist unbestritten.

(Torsten Koplín, Die Linke: Und Sie tun so,  
als wäre das Kindeswohl hier gefährdet!)

Und früher hat man dazu ganz einfach gesagt, was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr – eine alte Volksweisheit, die heute wie damals genauso gilt.

Und dann machen wir uns doch mal über unsere Aufgaben klar, was sind die Kernaufgaben des Staates. Die Kernaufgaben des Staates sind Sicherheit, Bildung, Infrastruktur – in dieser Reihenfolge. Zum Thema Sicherheit kommen wir gleich im Anschluss, aber Bildung gehört ganz zentral dazu. Und ich erinnere mich noch wirklich lebhaft an meine hochschulpolitische Zeit zum Thema Studiengebühren. Und dann war doch die Argumentation aus liberaler Sicht, warum sollte man nicht Studiengebühren erheben können, für die Kitas bezahlt man doch immerhin auch. Und wenn wir uns diesen Bildungsweg angucken, dann sind doch die zentralen Grundlagen in der Kita zu legen.

Die gleiche Argumentation, ich spreche jetzt hier nicht für Studiengebühren, aber die gleiche Argumentation möchte ich doch jetzt mal für die Kitas bemühen. Ich habe in Vorlesungen gesessen, kostenfrei, mit einem besseren Betreuungsverhältnis von Dozent zu Student als in der Kita. Das ist doch auch eine Realität, die wir haben. Und da frage ich: Setzen wir die Prioritäten richtig? Und beim Thema Prioritäten, meine Damen und Herren,

(Unruhe bei Christian Albrecht, Die Linke,  
und Elke-Annette Schmidt, Die Linke)

das ist es doch, was wir hier diskutieren müssen,

(Torsten Koplín, Die Linke: Das kommt  
doch auf den Studiengang an.)

was wir hier debattieren müssen, was wir entscheiden müssen, wir reden übers Geld. Wir reden darüber, ob die Staatskanzlei mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Social Media bekommt, wir reden über generellen Personalaufbau, wir reden über Steuergeldverschwendung und nicht nachvollziehbare Fördermittel im Wirtschaftsministerium.

(Julian Barlen, SPD: Ist das jetzt FDP,  
oder was machen Sie da gerade?)

Es geht um Geld, es geht ums Geld, Herr Kollege. Und Sie sagen, Sie haben keins.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

1998 gab es hier eine Koalition aus SPD und PDS. Sie haben ein  
Lehrerpersonalkonzept verabschiedet. Damals standen Sie vor der gleichen  
Entscheidung, und damals haben Sie die Entscheidung getroffen, wir entlassen lieber  
Lehrer, bevor wir den Betreuungsschlüssel verbessern. Und genau vor dieser  
Entscheidung stehen wir heute, Beitragsfreiheit oder Qualität.

(Julian Barlen, SPD: Was?! –  
Zuruf von Torsten Koplín, Die Linke)

Und wenn ich mich entscheiden muss,

(Zuruf von Beatrix Hegenkötter, SPD)

entscheide ich mich immer für die Qualität.

(Unruhe vonseiten der  
Fraktionen der SPD und Die Linke –  
Beifall vonseiten der Gruppe der FDP und  
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos –  
Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und  
Dr. Sylva Rahm-Präger, SPD)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(Zuruf von Torsten Koplín, Die Linke)

Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der CDU Herr Renz.

(Heiterkeit und Unruhe  
vonseiten der Fraktion der SPD –  
Christian Brade, SPD: Dann  
lieber Homeschooling, was? –  
Zurufe von Julian Barlen, SPD,  
und Beatrix Hegenkötter, SPD)

**Torsten Renz**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich begrüße ausdrücklich die Volksinitiative und das Volksbegehren. Für mich haben die Redner von SPD und Linken das Thema einfach nicht verstanden.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Ah!)

Das Thema lautet nämlich: Zukunftsplan Kita jetzt.

(Julian Barlen, SPD: Ja.)

Und Sie suggerieren, möglicherweise etwas tun zu wollen. Deswegen müssen wir immer wieder der Öffentlichkeit sagen, in Ihrem Koalitionsvertrag steht nichts anderes drin

(Julian Barlen, SPD: Als das,  
was wir abgeliefert haben.)

als die Verbesserung der Erzieher-Kind-Relation auf 1 : 14. Das haben Sie erfüllt.

(Julian Barlen, SPD: Und ausfinanziert.)

Jetzt haben Sie viele Gesprächsrunden.

(Torsten Koplín, Die Linke:  
Das ist schon mal zu würdigen.)

Warum sollte man Ihnen heute glauben,

(Julian Barlen, SPD: Ja.)

dass Sie über den Koalitionsvertrag hinausgehen, meine sehr geehrten Damen und Herren? Und wenn der Fraktionsvorsitzende der SPD sagt, Unterschied Regierung und Opposition, dann sage ich sehr wohl, ja, die CDU hat einen seriösen Vorschlag vorgelegt,

(Heiterkeit und Zuruf  
von Patrick Dahlemann, SPD)

aber Sie erkennen nicht den Ernst der Lage, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Julian Barlen, SPD: Na, dann erklären  
Sie doch noch mal den Vorschlag! –  
Zuruf von Torsten Koplín, Die Linke)

Es muss jetzt gehandelt werden, jetzt stehen Schließungen bevor,

(Julian Barlen, SPD: Finanzierungsquelle, bitte!)

jetzt steht Arbeitslosigkeit für Erzieher beziehungsweise Abwanderung bevor. Und deshalb geht es um Glaubwürdigkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

und ich erwarte jetzt im nächsten Redebeitrag, dass endlich Fakten hier benannt werden, damit ich darauf dann auch seriös eingehen kann. – Herzlichen Dank!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –  
Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Zuruf von Christian Brade, SPD)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(Unruhe bei Elke-Annette Schmidt, Die Linke)

Das Wort,

(Torsten Koplín, Die Linke:  
Das hatte keine Substanz.)

meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Torsten Koplín, Die Linke:  
Das hatte keine Substanz.)

liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Torsten Koplín, Die Linke:  
Er hat nichts anzubieten.)

hat jetzt die Ministerpräsidentin Frau Schwesig.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

**Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich finde es wichtig, dass mit dem Volksbegehren ein Thema in den Mittelpunkt gerückt ist, anders als bei thematischen Debatten der vergangenen Jahre, was nicht erst heute wichtig ist, sondern schon immer, seit Beginn der Politik der verschiedenen Landesregierungen, die ich anführen durfte.

Die frühkindliche Bildung ist ein ganz wichtiger Baustein in der Bildungskette von Kindern. Es ist nicht nur ein Baustein, sondern es ist der Beginn. Das, was in

frühkindlicher Bildung vermittelt wird an Sprache, an Motorik, aber vor allem an Sozialkompetenzen, an frühem guten Aufwachsen, prägt unsere Kinder in ihrer ganzen Bildungskette und auch im späteren Leben. Und deshalb ist die frühkindliche Bildung mehr als nur Betreuung, sondern ein wichtiger Baustein in der Bildungspolitik.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Neben der Bedeutung der frühkindlichen Bildung geht es natürlich auch um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Nur durch ein flächendeckendes, gutes, aber auch gebührenfreies Angebot von Kindertagesbetreuung können wirklich alle Eltern, insbesondere auch Alleinerziehende Kinderbetreuung in Anspruch nehmen, Bildung für ihre Kinder in Anspruch nehmen, die dazu führt, dass sie auch Beruf und Familie vereinbaren können. Das ist eine Frage von guter Familienpolitik, aber vor allem auch von Gleichberechtigung für Frauen und Männer, denn es sind vor allem die Frauen, vor allem die alleinerziehenden Frauen, die als Allererstes nicht arbeiten können, wenn es nicht genügend Betreuungsangebote gibt und wenn die Betreuungsangebote wie in anderen Ländern zu teuer sind, also neben der Bildungspolitik auch eine wichtige Frage von Familien- und Gleichstellungspolitik.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Deshalb ist es gut, dass durch das Volksbegehren der Fokus auf das Thema „Frühkindliche Bildung“ gelegt wird. Und ich will es für die Landesregierung und für mich auch persönlich ganz deutlich sagen, ich habe es hier schon bei verschiedenen Debatten gesagt, für mich steht nicht die Frage im Raum, Beitragsfreiheit, Betreuungsumfang oder -qualität, sondern wir brauchen alle drei Dinge. Wir brauchen ein gutes, flächendeckendes Angebot mit umfangreichen Betreuungsangeboten, wir brauchen gleichzeitig eine Beitragsfreiheit, um Familien zu entlasten, und wir brauchen eine gute Qualität, und dazu gehört auch für mich, den Betreuungsschlüssel weiter zu verbessern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Und ich muss sagen, dass ich es sehr bedauere, dass dieses Volksbegehren, was darauf angelegt ist, nicht die bisherige Hort- und Kitapolitik, dagegen zu mobilisieren, wie Sie es behauptet haben, Herr Peters. Sie haben wortwörtlich gesagt, das ist eine Mobilisierung gegen die derzeitige Hort- und Kitapolitik. Und auch die AfD sagt, es spricht gegen die Politik der Landesregierung. So fasse ich das Volksbegehren und so fasse ich übrigens auch die Gespräche, die ich mit den Initiatoren des Volksbegehrens und auch allen weiteren Partnern aus dem Bündnis für „Gute Kita“ habe, nicht auf.

(Julian Barlen, SPD: Genau!)

Ich verstehe es so, dass das Volksbegehren und die Unterschriftensammlung darauf aufmerksam machen, dass das, was bisher passiert ist, gut ist, aber dass das eben auch nicht ausreicht. Und das ist auch kein Widerspruch zu unserer Politik, denn auch ich sage, es muss mehr passieren, als wir bisher gemacht haben. Es ist völlig klar, dass wir weiter die Qualität durch kleinere Gruppen im Land verbessern müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Und wer sagt, dass die Landesregierung mit endlosen Arbeitskreisen – Zitat Herr Peters – die „Taktik der Zermürbung“ macht,

(Torsten Koplín, Die Linke:  
Was für eine Wortwahl!)

der zeigt auch, dass es ihm weniger um den Inhalt geht

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Ja.)

als wieder Angriff auf die Landesregierung.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Für mich als Ministerpräsidentin gilt bei wichtigen und schwierigen Themen, alle an einen Tisch.

(Torsten Renz, CDU: Auch die Opposition,  
auch die Opposition, ja?!)

Und deshalb habe ich im Oktober darum gebeten, dass wir ein Bündnis für Kitas machen.

Wir haben selber gemeinsam in der Regierung, Herr Renz – aber davon haben Sie auch vieles schon vergessen und verdrängt –,

(Torsten Renz, CDU: Im Leben nicht!)

dafür gesorgt, dass bei der Corona-Pandemie alle an einen Tisch kommen.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Wir haben dafür gesorgt, dass in der Energiekrise 2022 alle an einen Tisch kommen. So sind wir jetzt auch unterwegs bei der aktuellen Energiekrise.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und deswegen war es mir wichtig, auch bei „Gute Kita“ zu sagen, alle, die Kita in unserem Land ermöglichen, die Träger, die Kommunen, die bestimmen nämlich darüber, welche Kita vor Ort ist und welche nicht und wie umfangreich die ist, und auch die Gewerkschaften mit Landesregierungen kommen alle an einen Tisch, und das ist für uns das Forum „Gute Kita“.

(Rainer Albrecht, SPD: Lläuft!)

Und ich will mich erst mal für dieses Engagement dort bedanken. Und parallel dazu gibt es noch weitere Gespräche. Also ich selber spreche zum Beispiel mit den Akteuren des Volksbegehrens.

Und deswegen frage ich mich, Herr Peters, warum Sie mich auffordern, einen Runden Tisch „Gute Kita“ zu machen,

(Beifall Dr. Sylva Rahm-Präger, SPD)

und behaupten, dass unsere Praxis die Taktik der Zermürbung ist. Da muss bei mir der Eindruck entstehen, dass es nicht um die Sache, sondern um parteipolitische Auseinandersetzung geht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Und ich weise es zurück, dass wir ...

(Torsten Renz, CDU: Das ist eine  
böswillige Unterstellung, Frau Schwesig!)

Ich weise zurück,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

ich weise zurück, dass das Forum „Gute Kita“ eine Taktik der Zermürbung ist. Im Gegenteil, ich bin sehr dankbar, was da für ein Engagement von allen Seiten investiert wird.

Und ich will Ihnen sagen, worum es geht. Ich kann das Ergebnis gleich vorwegnehmen. Ich möchte gerne drei Dinge, erstens, dass wir als Land eine Beschäftigungsgarantie aussprechen können für die aktuelle Situation von Erzieherinnen und Erziehern, die um ihren Arbeitsplatz bangen.

Zweitens, ich möchte gerne eine neue, angepasste Kitabedarfsplanung in den Kommunen auf Basis eines Perspektivplans mit abgesenktem Betreuungsschlüssel.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

Und drittens möchte ich gerne erreichen, dass wir natürlich die gut ausgebildeten Erzieherinnen und Erzieher in unserem Land halten und dass wir die freiwerdenden Mittel weiter im System halten.

All das wollen wir erreichen, aber ich will das sagen, diese konkrete lokale Politik ...

(Harry Glawe, CDU: Wann wollen Sie fertig sein, Frau Ministerpräsidentin?  
Wann wollen Sie fertig sein damit? –  
Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD:  
Hören Sie zu!)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Einen Moment bitte, Herr Glawe! Einen Moment, Frau Ministerpräsidentin!

Herr Glawe, wir sind in der Aktuellen Stunde. Dort sind Zwischenfragen nicht möglich.

(Harry Glawe, CDU: Ich frag trotzdem.)

Wenn Sie sie hier machen wollen würden, müssten Sie sie sowieso anzeigen.

(Torsten Koplín, Die Linke: Sie ist doch gerade dabei, das zu erklären.)

Und ich bitte, davon dann auch Abstand zu nehmen.

Bitte, Frau Ministerpräsidentin!

**Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:** Das möchte ich jetzt erreichen, ist doch völlig klar.

(Harry Glawe, CDU:  
Jetzt, seit heute oder morgen?)

Wir wollen es als Regierung jetzt mit allen Akteuren dieses Systems zusammen erarbeiten und beschließen. Und anders kann es doch gar nicht gehen. Es kann ja gar nicht eine Fraktion oder ein Landtag alleine entscheiden.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Wir müssen es entscheiden hier im Landtag, aber es muss doch mit denen, die die Verantwortung für Kita haben, und das ist nun mal die kommunale Ebene, und mit denen, die es berechnen können, und auch mit den Gewerkschaften und Trägern zusammen entwickelt werden. Und das ist doch richtig so!

Ich will sagen, worum es geht. Es geht auch um die Frage, wie viel Erzieherinnen und Erzieher sind zum Beispiel in diesem Jahr von Absenkung von Stunden und von Kündigungen bedroht. Das möchte ich gerne wissen.

(Christine Klingohr, SPD: Genau!)

Und diese Frage habe ich gestellt. Und diese Frage kann aber – dafür bitte ich um Verständnis – das Bildungsministerium gar nicht beantworten, weil anders als bei Schule wir nicht die Zahlen über Erzieherinnen und Erzieher, über Altersabgänge und lokale Planungen haben. Und die Zahl, die im Raum steht von 3.000, die gestaltet sich ja in den Regionen unterschiedlich.

Ich habe in den letzten Wochen und Monaten dazu verschiedene Gespräche geführt, mit Trägern, mit Gewerkschaften, mit der kommunalen Ebene, und es gibt lokal und regional Situationen, wo die Zahlen sehr runtergehen, wo auch eine Absenkung, so, wie Sie die zum Beispiel vorschlagen, gar nicht reichen würde, um die Kita zu halten.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Da bin ich aber zum Beispiel der Meinung, wenn eine Dorf-Kita weiter unterhalb des abgesenkten Schlüssels ist, aber weit und breit nichts ist, dann müssten wir einmal darüber reden, ob wir nicht sagen, die Dorf-Kita wird trotzdem erhalten,

(Torsten Renz, CDU: Selbstverständlich!)

So, wie wir heute auch sagen, eine Schule im Dorf mit kleinen Schulklassen wird erhalten,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

obwohl die Klassenstärke in der Stadt größer ist. Das möchte ich gerne konkret wissen, weil ich erlebe gerade beides. In Rostock hatte ich einen Bürgerdialog, da ist die eine Kitaerzieherin aufgestanden und hat gesagt, ich mache mir Sorgen, bei uns geht die Zahl zurück von Kindern, und eine andere Erzieherin eines anderen Trägers ist aufgestanden und hat gesagt, bei uns fehlen die.

(Rainer Albrecht, SPD: Genau!)

Und ich war gerade in Sternberg am Samstag beim Landesrapsblütenfest. Da habe ich die Einladung für eine neu eröffnete Kita in Sternberg bekommen. Und dann habe ich gefragt: Wie kommt es, dass ihr diese Kita neu eröffnen könnt mit soundso vielen Kindern, wo wir gleichzeitig jetzt diese zurückgehenden Geburtenzahlen haben? Da wurde mir für Sternberg gesagt, dass es stabil bleibt. Daraufhin habe ich mit dem Landrat gesprochen, und Landrat Stefan Sternberg – die machen gerade die aktuelle Kitabedarfsplanung – sagt, im Landkreis ist das sehr verschieden.

Aber ein Beispiel: In der Stadt Boizenburg gehen in den nächsten zehn Jahren 24 Prozent der Fachkräfte in Rente, aber es werden nicht 24 Prozent weniger Kinder. Also ich will Ihnen damit sagen, dass es regional und lokal sehr unterschiedlich ist. Und ich finde schon, dass unabhängig von dem Perspektivplan jetzt wichtig ist zu wissen, wie stehen wir in 2026 da, 2027, 2028.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Parallel dazu einen Perspektivplan und eine Möglichkeit, auch die Mittel weiter zu investieren, und über all diese Dinge und noch viel mehr, ich will nicht ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja also, Entschuldigung, Sie haben,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Abgeordneter Glawe, die CDU hat diese Aktuelle Stunde beantragt,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und ich hatte gedacht, dass es Sie interessiert, wie wir vorgehen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und dann, finde ich, müsste man einmal zuhören!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und ich will einmal was zur AfD sagen:

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrter Herr Schult, ich meine, das Zeichen war ja deutlich, dass die Akteure des Begehrens sogar bei Ihrer Rede rausgegangen sind.

(Enrico Schult, AfD: Peinlich!  
War das so? Das hab ich gar nicht  
mitbekommen. War das so?)

Das war so mein Eindruck.

(Enrico Schult, AfD:  
Oh, das ist wirklich peinlich! –  
Zuruf vonseiten der Fraktion Die Linke:  
Nee, Sie sind peinlich! –  
Zurufe von Horst Förster, AfD, und  
Thomas de Jesus Fernandes, AfD –  
Glocke der Präsidentin)

Ich glaube, dass es dem Begehren darum geht, dass das Begehren kein Interesse daran hat, dass irgendjemand fünf Monate vor der Landtagswahl – und das ist ja auch alles sehr durchschaubar – dieses Begehren parteipolitisch instrumentalisiert.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –  
Jan-Phillip Tadsen, AfD:  
Das machen Sie gerade!)

Ich finde es sogar schade, dass Ihre Rede vielleicht nicht gehört worden ist, weil Ihre Rede hat gezeigt, wie Sie es parteipolitisch instrumentalisieren.

(Horst Förster, AfD: Ihnen  
müssen die Fakten nicht gefallen. –  
Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Sie erzählen, dass AfD-Mitglieder diese Unterschriften sammeln.

(Zurufe von Martin Schmidt, AfD,  
und Enrico Schult, AfD)

Das ist ein Volksbegehren der GEW und des Landeselternrates. Beide Partner sind bei uns im Forum „Gute Kita“. Beide Partner schätze ich sehr, und ich finde, es steht Ihnen null zu, das jetzt zu instrumentalisieren! Und es war auch richtig, dass da klar gegengesprochen worden ist.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke –  
Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Und jetzt will ich etwas zu Ihrem Vorwurf sagen, dass wir die Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz für die Beitragsfreiheit genutzt haben.

(Horst Förster, AfD: Ausschließlich!)

Ich will einmal berichten, dass ich als Sozialministerin 2009 ein Kitasystem übernommen habe, insbesondere mit Blick auf Gruppengrößen und Beiträge, die viel zu hoch waren, viel zu schlecht, wo viele Jahre nichts passiert war. Und dann haben wir uns auf den Weg gemacht zu sagen, nicht erst Beitragsfreiheit, sondern wir haben gesagt, wir wollen die Qualität verbessern. Und wir haben damals eingeführt den Schlüssel 1 : 18, 1 : 17. Das war das erste Mal, dass der Schlüssel in der Geschichte des Landes überhaupt abgesenkt wurde.

Wir haben damals außerdem eingeführt, dass Vor- und Nachbereitungszeiten verbessert werden – das gehört nämlich auch zur Qualität – und dass wir insbesondere in sozialen Brennpunkten mehr machen. Und gleichzeitig haben wir die Beiträge nur um 100 Euro abgesenkt, aber die Beiträge sind dann immer weiter gestiegen. Deswegen habe ich auch, als ich Bundesfamilienministerin wurde, nicht den Blick auf diese Entwicklung verloren, sondern habe mit allen Bundesländern das Gute-Kita-Gesetz vorbereitet. Ich habe damals gesagt, der Bund muss seinen Beitrag dafür leisten, dass Beiträge gesenkt und sogar ganz abgeschafft werden können, weil die Beitragsfreiheit eine entscheidende Entlastung und auch ein entscheidendes Qualitätsmerkmal ist. Daraufhin gab es dann die Koalitionsverhandlungen, an denen ich dann schon als MP-in teilgenommen habe. Und ich habe ganz deutlich gesagt damals, ich stimme einem Koalitionsvertrag nur zu, wenn es Mittel des Bundes für die

Beitragsfreiheit gibt. Das ist damals von uns so gesagt worden, von mir persönlich. Und daraufhin haben wir das dann auch so gemacht.

Alles, was Sie schildern, haben wir genau so gesagt. Wir haben von Anfang an gesagt als Große Koalition damals, wir werden die Mittel des Bundes nutzen, nachdem wir Qualität verbessert haben, nachdem die Beiträge immer weiter gestiegen sind und die kleinen und mittleren Einkommen in diesem Land belastet wurden. Wir nehmen diese Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz und führen mehr ein als nur 50 Euro Absenkung, sondern die komplette Beitragsfreiheit.

Und wenn Sie kritisieren, dass ich und die Regierung damals etwas umgesetzt haben, wofür ich verhandelt habe, wofür wir uns eingesetzt haben und was wir gesagt haben, dann finde ich das richtig gut, weil das unterscheidet uns. Ich sage, was wir vorhaben, darauf können sich die Leute verlassen. Das haben wir gemacht. Und ich bin der CDU dankbar, dass wir damals diesen entscheidenden Schritt für die Beitragsfreiheit gegangen sind. Das ist das erste Mal, dass Politik echt eingelöst hat, mehr Netto vom Brutto.

Dass eine alleinerziehende Mutter mir geschrieben hat,

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

dass eine alleinerziehende Mutter mir geschrieben hat, Frau Schwesig, es ist ungerecht, ich stehe morgens auf, bringe mein Kind früh in die Kita, fahre noch 20 Kilometer zur Arbeit, zahle 265 Euro – und das ist für heutige Verhältnisse sogar wenig, das wären heute mit Kostensteigerung viel, viel mehr Euro –, aber meine Nachbarin geht nicht arbeiten und sie kriegt den Platz gebührenfrei, weil sie Sozialleistungen bezieht, und weil wir auch wollen, dass dieses Kind auch in diese gute Bildungseinrichtung geht, das war ungerecht und diese Ungerechtigkeit haben wir abgeschafft. Wir entlasten Eltern mit der beitragsfreien Kita um 18.000 Euro in der Bildungskette. Und das ist das, was wir als Land dazu beitragen können, erst recht in Zeiten, die so belastet sind für unsere Familien durch viele Preissteigerungen.

Und das unterscheidet uns. Sie erzählen nur und haben noch nicht einen einzigen Erfolg erreicht in diesem Bereich.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –  
Enrico Schult, AfD: Wir sind ja auch  
noch nicht in der Regierung.)

Ja, aber auf Sie kann man gar nicht vertrauen. Und wir haben genau damals gemacht, was wir auch versprochen haben, und dazu stehen wir.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke –  
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Sehr viele Personen vertrauen auf uns.)

Wir haben aber auch gesagt, dass wir Schritt für Schritt diese Mittel aus Landesmitteln zahlen wollen und zukünftig für das Gute-Kita-Gesetz, komplett für Qualität nutzen wollen. Und das haben wir längst gemacht. Deshalb ist das, was Sie behaupten, völlig falsch. Mittlerweile zahlen wir komplett die gebührenfreie Kita. Das zahlt auch nicht die Kommune, sondern komplett das Land aus Landesmitteln. Und die Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz werden längst für Qualitätsverbesserungen genutzt. Deshalb stimmt das nicht, was Sie behaupten.

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Das Gute-Kita-Gesetz des Bundes wird für Qualität genutzt und nicht für die Gebührenfreiheit.

(Beifall vonseiten der  
Fraktionen der SPD und Die Linke –  
Julian Barlen, SPD: So was weiß die AfD ja  
aber nicht, so was interessiert sie doch nicht!)

Und an dieser Stelle will ich noch einmal deutlich sagen, dass für uns die Gebührenfreiheit unangetastet bleibt, aber nicht heißt, dass es deshalb keine weiteren Qualitätsverbesserungen gibt.

Deshalb, Herr Schult, stimmt auch das Nächste nicht, was Sie behauptet haben, dass in den letzten zwei Jahren nichts bei der Qualität passiert ist. Wir haben, so wie vor der Wahl versprochen, bei der Absenkung des Betreuungsschlüssels im Kindergarten weitergemacht auf 1 : 14.

(Enrico Schult, AfD: Das war aber schon bei der Volksinitiative der Fall.)

Und Sie waren ja lange nicht dabei und haben sich auch lange für das Thema nicht interessiert.

(Julian Barlen, SPD: Ja. –  
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Das ist auch gelogen.)

Deshalb können Sie es auch nicht wissen. Das sehe ich Ihnen nach.

Aber 2009, als es das erste Mal in unserem Land darum ging, dass das, was Gewerkschaften und Träger lange gesagt haben, Absenkung des Betreuungsschlüssels, endlich mal angegangen wurde, habe ich persönlich alle gefragt: Wo sollen wir denn anfangen? Krippe ist zu hoch, Kindergarten, Hort, und damals lag der Fokus auf dem Kindergarten, weil es um die frühkindliche Bildung, um die Vorbereitung auf die Schule ging. Deswegen haben wir konsequent beim Kindergarten weitergemacht und das haben wir eingelöst. Wir haben auch eingelöst einen Punkt, den Mindestpersonalschlüssel. Der Mindestpersonalschlüssel ist jetzt im Rahmenvertrag und führt zu 700 zusätzlichen Erzieherinnen und Erziehern im Land, und er wird jetzt Schritt für Schritt mit den Kommunen umgesetzt.

Also diese Erzieherinnen und Erzieher brauchen wir und wir haben mit dem Mindestpersonalschlüssel und der Absenkung 1 : 14 für 1.200 neue Erzieherinnen und Erzieher gesorgt. Also sagen Sie einfach nicht, dass nichts passiert ist!

Worum es geht beim Volksbegehren – und das kann ich total gut nachvollziehen –, wir müssen weitere Schritte gehen und die wollen wir gehen. Und deswegen ist auch nach meinem Verständnis, nachdem wir jetzt im Kindergarten viel gemacht haben, sind jetzt vor allem die Krippe als Allererstes und auch der Hort im Fokus. Und an dieser Stelle will ich einmal sagen, dass es auch darum gehen muss zu sagen, wo diese Gelder herkommen, denn, sehr geehrte Vertreterin der GRÜNEN, es stimmt auch nicht, was Sie sagen. Sie haben gesagt, dass wir sparen. Wir sparen nicht bei den Kitamitteln.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Die Kitamittel wachsen seit Jahren Schritt für Schritt an, wir sind jetzt mittlerweile bei 530 Millionen Euro. Mit den Kommunen zusammen sind wir bei einem Kitasystem von 1 Milliarde Euro bei einem 12-Milliarden-Haushalt. Da kann man nicht davon reden, dass wir sparen. Und wenn Sie die Mittelfristige Finanzplanung kennen, wissen Sie auch, dass alleine, wenn jetzt Status quo ist, trotz zurückgehender Kinderzahl das System aufwächst, weil wir etwas ganz Entscheidendes erreicht haben. Und zu dem stehe ich. Erzieherinnen und Erzieher werden endlich viel besser bezahlt. Eine Erzieherin und ein Erzieher bekommt im Durchschnitt 1.000 Euro mehr im Monat. Das ist entscheidend. Und das ist nur gekommen durch die Beitragsfreiheit, weil wir endlich dadurch, dass wir die Gebühren von den Eltern genommen haben, Qualitätsverbesserungen und bessere Bezahlung, neue Tarifverträge nicht mehr auf die Eltern umlegen, sondern die tragen jetzt Land und Kommunen. Und deswegen steigt dieses System.

Also ich will es noch einmal sagen: Es geht uns gar nicht darum zu sparen. Es geht uns auch darum, dass wir das Geld im System halten und weiter für Qualitätsverbesserungen nutzen. Aber es wurde gespart. Es wurde bei den Sprach-Kitas gespart.

(Torsten Renz, CDU: Hört, hört!)

Es war die grüne Familienministerin, die gegen unseren Widerstand die Sprach-Kitas gestrichen hat. Und wer ist eingesprungen für die Qualität, für die Sprachförderung, die Herr Peters heute zu Recht deutlich gemacht hat? Wir als Land. Und was haben wir gemacht? Wir haben mit der neuen Koalition auf Bundesebene verhandelt, dass der Bund wieder in Sprach-Kitas einsteigt und die sogar ausweitet. Damit würden auch wir wieder Spielräume erhalten, unsere Mittel nicht rauszuziehen, sondern für weitere Qualität zu nutzen. Das haben wir verhandelt, und ich sage es hier deutlich, ein Jahr Bundesregierung, es wird Zeit, dass wir das hinbekommen, was da auch verhandelt worden ist,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

dass die Bundesfamilienministerin, die jetzige, dafür sorgt, dass die Sprach-Kitas, der Bund wieder einsteigt und wie versprochen ausweitet.

Das ist das, sehr geehrter Herr Peters, wo ich finde, dass Sie sich auch mit einsetzen können, das ist das, was jetzt der Bund einlösen muss, damit wir auch weitere Qualitätsverbesserungen machen können.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Und deshalb, sehr geehrte Damen und Herren, muss man sich aber im Klaren sein, dass jede weitere Absenkung des Betreuungsschlüssels – und die muss kommen und die wird kommen – zusätzlich Geld kostet.

(Torsten Renz, CDU: Diese Legislatur noch?)

Und das ist das, was ich vermisse in dem Antrag der CDU. Sie sagen nicht, woher das Geld kommt.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Und ja, wir haben gerade, wir haben gerade sozusagen im Landeshaushalt mit dem Finanzminister den Prüfauftrag gemacht,

(Enrico Schult, AfD: Oha!)

an welcher Stelle können wir diese Gelder nutzen.

(Enrico Schult, AfD: Dann lassen Sie  
uns mal die Haushaltsstellen zukommen!  
Ich hab ja vorhin schon Vorschläge gemacht.)

Und diese Frage können wir noch nicht abschließend beantworten,

(Torsten Renz, CDU:  
Aber die Lösung ist schon da.)

nein, weil wir mit dem Bund bei einem ganz anderen Thema gerade in Verhandlungen sind und schauen wollen, ob, wenn wir da etwas erreichen, wir diese Gelder nutzen können.

Ich will Ihnen nur sagen, wenn Sie es ernst meinen mit dem Thema, dann müssen Sie zu Ihrem Vorschlag auch einen Finanzierungsvorschlag machen, weil, was nicht reicht, ist, alle haben heute über die Sorgen und Ängste der Erzieherinnen und Erzieher gesprochen, und die können wir nachvollziehen, was nicht reicht, ist, einfach nur zu sagen, wir werden da was machen, aber am Ende ist das Geld gar nicht da. Wer das Thema ernst nimmt, da geht es auch um Vertrauen und Verlässlichkeit,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Da haben wir ja jetzt Vorschläge gemacht.)

und bei mir und unserer Regierung können sich alle darauf verlassen. Was wir vorschlagen, passiert auch. Genauso haben wir es bisher gemacht und so möchte ich es weitermachen.

Wenn ich jetzt Ihren Antrag nehme und keine Finanzierungsquelle habe, dann bleibt nur das Thema Elternbeiträge.

(Torsten Renz, CDU: Im Leben nicht!)

Dann würden Sie durch die Hintertür 300 Euro Elternbeiträge pro Monat einführen.

(Torsten Renz, CDU: Nein!)

Und das ist nicht mit uns zu machen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke –  
Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Wir wollen zusätzliche Mittel in die Hand nehmen.

Und ich nehme diesen Prozess, den wir im „Gute Kita“-Forum haben, sehr ernst. Ich nehme auch meine Gespräche mit den Initiatoren des Volksbegehrens ernst, und deshalb ist es unser Ziel, in den nächsten Wochen einen konkreten Vorschlag vorzulegen, erstens, wie wir zur Beschäftigungssicherheit kommen für die Erzieherinnen und Erzieher, zweitens, wie wir zu einem Perspektivplan kommen, in dem wir weiter den Betreuungsschlüssel absenken, und drittens, wie auf Basis dieses Perspektivplans dann die Kitabedarfsplanung in den Kommunen inklusive Altersabgänge angepasst wird. Und da sind wir nicht nur in Gesprächen, sondern in konkreten Verhandlungen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Aber dafür sind auch die konkreten Zahlen der Kommunen und der Träger notwendig. Die haben wir jetzt abgefordert, wer genau diesen konkreten Plan machen will. Und wer sagen will, dass die Erzieher/-innen im System abgesichert werden, der muss sich mit diesen konkreten Zahlen beschäftigen. Das machen wir im „Gute Kita“-Forum, und deshalb zeigt es, dass wir nicht jetzt erst handeln, sondern mittendrin sind. Und ich

verstehe das Volksbegehren so, dass es genau darum geht, dass wir jetzt zu dieser Lösung kommen, und das ist das Ziel der Landesregierung zur Sicherheit für die Familien im Land, zur Sicherheit der Qualität, zur Sicherheit der frühkindlichen Bildung für die Kinder in unserem Land, aber auch zur Sicherheit und Perspektive für die Erzieherinnen und Erzieher.

Und was das aktuelle KiföG angeht, möchte ich es einmal sagen, das ist dringend notwendig, um diese Absicherung zu machen, denn der Bund schlägt einen Rechtsanspruch für die Ganztagsbetreuung vor, der in vielen Bundesländern, vor allem im Westen, dazu führen wird, dass viel, viel mehr gemacht wird. Aber bei uns würde er dazu führen, dass wir den Betreuungsumfang einschränken, denn der Bund schlägt 40 Stunden vor, wir haben aber für die arbeitenden Mütter und Väter 50 Stunden. Deswegen wollen wir gerade mit dem KiföG unseren Beitrag dazu leisten, dass wir jetzt nicht noch zu kürzeren Betreuungsumfängen kommen, sondern dass wir das, was wir bisher haben, im Land, im Hort, auch halten können. Und dazu müssen weitere Schritte für die Gruppengrößen kommen, das ist unstrittig.

Aber ich bitte um Verständnis, wir haben jetzt zu diesem Dialog eingeladen, wir sind im Gespräch mit den Akteuren, dass wir erst mit diesem Dialog und mit diesen Akteuren einen gemeinsamen Plan vorlegen wollen. Und mein Anspruch ist auch, die kommunale Ebene mitzunehmen. Die kommunale Ebene lehnt derzeit durchweg die Absenkung des Betreuungsschlüssels ab, weil sie Sorge hat – selbst wenn wir sagen, wir übernehmen es finanziell – vor weiteren Kosten. Und deshalb liegt mir am Herzen, dass wir einen verlässlichen Zukunftsplan haben mit Trägern, mit Gewerkschaften und kommunaler Ebene. Das ist unser Ziel als Landesregierung, und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir dieses Ziel auch erreichen können. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin!

Die Ministerpräsidentin hat die angemeldete Redezeit um fünf Minuten überschritten.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD noch einmal Herr Schult.

**Enrico Schult**, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Ja, ich muss noch einmal ans Mikro treten.

Ja, in der Tat, Sie haben recht, Frau Schwesig, das sagt ja auch viel über die Initiatoren des Volksbegehrens aus, wenn man beispielsweise jetzt noch mal dieses Volksbegehren nutzen möchte, um Politik zu machen.

(Julian Barlen, SPD: Jetzt aber nicht Eltern  
und Gewerkschaften schlechtmachen!)

Nein, das ist nicht das, das ist nicht das, das ist nicht das, Herr Barlen, weshalb ich hier noch mal ans Mikrofon getreten bin, es ist nämlich so, dass natürlich auch ganz viele AfD-Mitglieder und AfD-Mitglieder und Sympathisanten und Wähler, sehr geehrte Damen und Herren, Wähler sind auch Eltern, und das wird natürlich uns auch widergespiegelt, wenn Sie das ernst nehmen wollen, sehr geehrte Damen und Herren des Volksbegehrens, die Initiatoren, und die spreche ich jetzt explizit an, dann müssten Sie ja jede dritte Unterschrift runterstreichen vom Volksbegehren, denn jede dritte Unterschrift ist ein AfD-Wähler, da drauf, wenn ich mir die aktuellen Umfragewerte anschau.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Julian Barlen, SPD: Das ist eine Behauptung.)

Nein, uns geht es um die Sache. Ich stehe hier für die Eltern, und ich stehe nicht für irgendwelche Verbände oder irgendwelche getarnten Verbände, die sich jetzt als Privatperson sozusagen darlegen oder präsentieren und im Endeffekt irgendwie noch ein Parteibuch in der Tasche haben. Das ist überhaupt gar nicht meine Intention, sondern ganz klar, wir unterstützen dieses Anliegen. Wir haben damals die Volksinitiative unterstützt.

Und das muss ich Ihnen noch mal ganz klar so sagen, Frau Schwesig, seit der Volksinitiative ist nichts großartig passiert. Ich stand vor zwei Jahren schon mal hier

an dieser Stelle, und vor zwei Jahren wurde auch schon gefordert, den Betreuungsschlüssel auf 1 : 4 abzusenken, der ist immer noch bei 1 : 6, den Betreuungsschlüssel abzusenken auf Kinder im Kindergarten auf 1 : 10, er ist auf 1 : 14 immer noch. Und der Hortbetreuungsschlüssel ist immer noch bei 1 : 22. Die Volksinitiative hat 1 : 17 gefordert.

Und es ist mir eigentlich egal, ob Sie sagen, Sie haben das damals schon angekündigt, diese Beitragsfreiheit, Fakt ist, dass wir jetzt den schlechtesten Betreuungsschlüssel deutschlandweit haben. Und Fakt ist, dass Mecklenburg-Vorpommern das gesamte Geld in die Beitragsfreiheit gesteckt hat. Und Fakt ist, dass andere Bundesländer – Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt – jetzt einen besseren Betreuungsschlüssel haben,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Sehr richtig!)

weil sie das gesamte Geld oder das Geld des Gute-Kita-Gesetzes eben nicht ausschließlich in die Beitragsfreiheit gesteckt haben,

(Julian Barlen, SPD:  
Nein, der Kausalzusammenhang  
ist Unsinn. Sie wissen das!)

sondern sie haben damit andere Handlungsfelder in den Kitas gestärkt.

(Julian Barlen, SPD: Sie wollen es nicht wissen.)

Guter Betreuungsschlüssel, qualifizierte Fachkräfte,

(Julian Barlen, SPD: Er sagt  
es wider besseres Wissen.)

starke Kitaleitung – all das hätte man damals damit finanzieren können, sehr geehrte Damen und Herren.

Und das ist ja das, Frau Schwesig, was ich Ihnen vorwerfe – ich sagte es ja auch an dieser Stelle schon –, wir sind nicht gegen die beitragsfreie Kita, im Gegenteil, wir begrüßen sie ausdrücklich, weil da natürlich auch gerade die arbeitende Bevölkerung damit entlastet wird, dass diejenigen – und da haben Sie das Beispiel trefflich gewählt –, dass diejenigen, die morgens aufstehen und zur Arbeit fahren, eben natürlich auch eine Entlastung bekommen. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass natürlich auch vorher, bevor die Beitragsfreiheit beschlossen wurde, ohnehin schon 50 Prozent der Eltern schon keine Gebühren bezahlt haben. Also das muss man mal ganz klar sagen. Es ist ja nicht, dass die vorher Geld bezahlt haben, vor der Beitragsfreiheit haben ohnehin schon 50 Prozent der Eltern keine Gebühren zahlen müssen, weil sie halt zu wenig verdient haben.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Und dass jetzt der Schritt gekommen ist, das begrüßen wir außerordentlich als AfD, aber wir sagen auch ganz klar, jetzt muss der nächste Schritt kommen, jetzt muss der nächste Schritt kommen für einen besseren Betreuungsschlüssel. Und wir haben ja sozusagen damals auch Deckungsquellen genannt im Haushalt. Sie haben gesagt, die GRÜNEN mögen Deckungsquellen benennen, die CDU möge Deckungsquellen benennen. Wir haben es gemacht, wir haben gesagt, wir würden 278 Millionen, so hätte sozusagen diese damalige Volksinitiative, hätte die gekostet, hätten wir im Bereich Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten, im Bereich der Klimapolitik, im Bereich der Verwaltungsmodernisierung, hätten wir diese 278 Millionen – das habe ich damals hier an dieser Stelle auch ausgeführt –, hätten wir Ihnen oder haben wir Ihnen präsentiert. Sie wollten es aber nicht und haben diese Volksinitiative abgelehnt.

Und jetzt möchte ich noch mal zum Verfahren kommen. Sie sagten, Sie sind da in konkreten Gesprächen und Gesprächsangebote unterbreitet, aber vielleicht haben Sie den Sinn eines Volksbegehrens nicht verstanden, also, wir können jetzt hier nicht mehr miteinander verhandeln.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Ein Volksbegehren wird initiiert, wenn, wie gesagt, eine Volksinitiative abgelehnt wurde, dann müssen 100.000 Unterschriften zusammenkommen, Herr Albrecht,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und dann wird in einem Volksentscheid über einen konkreten Gesetzentwurf abgestimmt.

(Rainer Albrecht, SPD:  
Trotzdem kann man verhandeln.)

Und da können Sie jetzt nicht sagen, wir werden den Gesetzentwurf noch einmal ändern. Nein, diese Menschen da draußen in den Kindertagesstätten, die unterschreiben für diesen Gesetzentwurf, der mir hier auf meinem Pult vorliegt. Und da ist eben ganz klar geregelt, wie sich der Betreuungsschlüssel verändern soll.

(Julian Barlen, SPD: Darüber machen  
Sie sich mal keine Sorgen!)

Der Gesetzentwurf soll am 1. Januar 2028 in Kraft treten.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Und, Herr Barlen, das würde ja bedeuten,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

dass Sie diesen Menschen da draußen jetzt in den Kindertagesstätten, dass Sie denen ja irgendwie das Blaue vom Himmel erzählen und irgendwie was vorlügen, weil die unterschreiben explizit für diesen Gesetzentwurf. Und Sie können diesen Gesetzentwurf nicht mehr ändern, denn der wird, sofern 100.000 Unterschriften zusammenkommen, wird der abgestimmt,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Genau!)

ohne dass Sie jetzt noch mal Hand anlegen können.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Gucken  
Sie doch mal in die Landesverfassung!)

Das müssen Sie ganz klar noch mal den Leuten da draußen sagen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

denn die denken, dieser verbindliche Mindestpersonalschlüssel, der wird auch so eingeführt, der wird denn so eingeführt. Und Frau Schwesig führte ja aus, dass ihr jetzt ein Gesprächsangebot unterbreitet wurde. Das ist falsch, und das muss man natürlich den Leuten da draußen auch klipp und klar noch mal so kommunizieren.

Ja, und dann noch mal der Hinweis darauf, dass die AfD nur erzählt und nichts macht: Ja, Frau Schwesig, ich bitte Sie, ich meine, es ist ja noch nicht der 20.09., aber wir sind nicht in der Landesregierung, wir sind in der Opposition, und glauben Sie mir, wir haben diverse Änderungsanträge gestellt, im Übrigen auch damals bei der Einführung der Beitragsfreiheit. Da hat mein Kollege de Jesus Fernandes auch gefordert, den Betreuungsschlüssel zu verbessern, das haben wir konkret gefordert in mehreren Änderungsanträgen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Richtig!)

Das haben Sie in Bausch und Bogen abgelehnt, und deshalb müssen Sie sich das jetzt auch anhören, dass wir mit dieser Beitragsfreiheit auch billigend in Kauf genommen haben, dass die Betreuungsqualität in unseren Kindertagesstätten gelitten hat. Das ist ein Fakt. Das bitte ich an dieser Stelle zur Kenntnis zu nehmen.

Und ich sage Ihnen ganz offen, Sie waren hier jahrelang in der Landesregierung zusammen mit der CDU. Ich weiß auch gar nicht, warum Sie jetzt hier die Backen aufblasen, Herr Peters.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Im Gegenteil, Sie haben das alles mitgetragen, 2019 haben Sie das alles mitgetragen, konnten sich nicht durchsetzen in der Landesregierung, haben es mitgetragen, dass beispielsweise der Betreuungsschlüssel darunter gelitten hat. Sie haben auch die damaligen AfD-Änderungsanträge abgelehnt.

Das ist die Klarstellung, die von meiner Seite hier noch mal dringend notwendig war, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Gestatten Sie mir an dieser Stelle auch den Hinweis, doch bei der Wortwahl gegenüber anderen Kolleginnen und Kollegen etwas sorgsamer umzugehen.

(Unruhe bei Torsten Renz, CDU)

Es ist nicht wirklich respektvoll, was eben gerade geäußert worden ist.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Renz.

(Der Abgeordnete Philipp da Cunha

tritt an das Präsidium heran. –

Torsten Renz, CDU: Ich warte, bis du

fertig bist und alles geklärt hast.)

**Torsten Renz, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ein Satz zu Herrn Schult: Lesen Sie noch mal nach, ob das wirklich so ist, was Sie ausführen zum Thema Volksbegehren!

(Enrico Schult, AfD: Ja.)

Aus meiner Sicht ist es so, sollte der Landtag zum Beispiel einen Stufenplan noch im Rahmen zum Beispiel der jetzigen fünften Novelle beschließen und die Volksinitiative, das Volksbegehren erklärt sich bereit, damit ihr Verfahren zu stoppen, dann ist das auch eine Möglichkeit, an der man arbeiten sollte, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Enrico Schult, AfD: Wir müssen  
den Leuten das ja sagen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will auch zu Beginn feststellen, da reichen auch im Prinzip ein/zwei Sätze, es ist gut und richtig, dass das KiföG im Bildungsministerium gelandet ist, aber ich muss auch feststellen, dass linke Politik mit diesem Politikbereich nichts mehr zu tun hat. Man sitzt da, ich will nicht sagen gelangweilt, aber teilnahmslos, und hier findet nur noch die SPD statt. Und deswegen will ich auch mehr mit der SPD reden, um hier vielleicht eine Lösung hinzubekommen.

Und da bin ich gleich beim Thema „reden“: Wen lädt man ein, Frau Schwesig? Und wenn ich mich richtig erinnere, war ich es damals, der unter anderem den Vorschlag gemacht hat zu Corona-Zeiten, die Opposition in Gespräche immer mit einzubeziehen, und wir haben das dann gemeinsam umgesetzt. Ich warte aber bis heute noch auf die Einladung von Ihnen, dass wir beim Thema KiföG auch mitarbeiten dürfen, obwohl ich schon mehrmals seit mindestens zwei/drei Jahren immer wieder gesagt habe, lassen Sie uns dieses Thema aus dem Wahlkampf heraushalten – schon vor zwei/drei Jahren –, lassen Sie uns einen Stufenplan gemeinsam auf den Weg bringen. Das haben Sie immer verweigert. Ich habe noch nie eine Einladung von Ihnen bekommen, insofern muss man das, finde ich, auch deutlich sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Ich werde nicht den Eindruck los, dass der 20. September Sie jetzt zum Handeln drängt. Sie haben hier Dinge aufgeführt, meine sehr geehrten Damen und Herren, die

sind doch nicht vom Himmel gefallen. Jetzt fordern Sie plötzlich auf, eine Bedarfsplanung auf den Weg zu bringen. Also das ist doch

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Arbeitsverweigerung vorher, ja, genau.)

kein verantwortungsvolles politisches Handeln, wenn Sie das jetzt feststellen, zwei Wochen, nachdem die Volksinitiative über 30.000 Unterschriften gesammelt hat. Jetzt fangen Sie an, solche Dinge festzustellen,

(Rainer Albrecht, SPD: Nein.)

und dann frage ich mich, wie wollen Sie das dann so kurzfristig alles realisieren. Und kurzfristig heißt, deswegen heißt es auch handeln jetzt, Schließungen von Kitas zu verhindern und insbesondere das Thema – da will ich Ihren Begriff tatsächlich aufgreifen –, die Sicherung der Arbeitsplätze, die Arbeitsplatzgarantie für die Erzieher.

Und ich will Ihnen auch noch mal deutlich sagen, was das für eine historische Verantwortung ist, das ist nicht nur eine Begrifflichkeit. Ich habe es selbst miterlebt 90/91/92.

(Horst Förster, AfD: Genau, massenhaft.)

Und Sie sind es doch auch immer wieder, die davon sprechen, wie hoch die Arbeitslosigkeit war – zu Recht –, wie viele Familien davon betroffen waren. Aber wir haben noch nie thematisiert die Berufsgruppe der Erzieher. Meine Frau war Erzieherin. Wir wurden glücklich Eltern im Jahre 1990. Und was folgte? Alle jungen Erzieher/-innen wurden freigestellt von der Arbeit, sie wurden entlassen. Und es erfolgte eine Abwanderung, eine Abwanderung.

(Christine Klingohr, SPD: Das stimmt  
ja nicht, das stimmt ja nicht.)

In Größenordnungen wurden diese Erzieher umgeschult, Hochqualifizierte zu DDR-Zeiten, Kindergärtnerinnen und Krippenerzieher mit Fachschulabschluss, und ältere Kollegen wurden in den Stunden runtergesetzt. Und das war ein historischer Fehler. Und deswegen ist diese Situation vergleichbar, und deswegen sind Sie jetzt zum Handeln aufgefordert, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU  
und David Wulff, FDP)

Und wenn Sie von der demografischen Rendite sprechen – endlich –, dann frage ich mich, wie glaubwürdig sind diese Ausführungen, Frau Schwesig. Sie haben einen Doppelhaushalt beschließen lassen. Wir haben es kritisiert. Ich will Ihnen nur beispielhaft sagen, 44 Stellen – kw-Vermerk, „wegfallend“ – im Schulbereich, weil die Schülerzahlen, wenn wir nichts ändern an der Verbesserung der Qualität an Schulen, diese 44 Stellen mathematisch nicht mehr benötigt werden. Und hier hätten Sie schon das erste Mal beweisen können, wenn Sie von einer demografischen, pädagogischen Rendite sprechen, dass Sie auf Qualität ausgerichtete Politik machen.

Und das Gleiche kündigen Sie heute – aus meiner Sicht unter Druck der Öffentlichkeit – an für den Kitabereich. Ich kann Ihnen nur sagen, wenn Sie das wirklich wahrhaben und wahrmachen wollen, haben Sie uns an Ihrer Seite. Deswegen, prüfen wir nicht nur ernsthaft unseren Vorschlag – und der ist sehr wohl ausfinanziert, das werden wir Ihnen auch dann sagen –, dann haben Sie uns an Ihrer Seite.

Aber jetzt sind wir – und deswegen will ich das noch mal explizit wiederholen – beim Thema Glaubwürdigkeit. Es wurde des Öfteren angesprochen die Volksinitiative, die gelaufen ist, 02.11.23. Es geht um Glaubwürdigkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, insbesondere auch die Vertreter der SPD-Landtagsfraktion. Sie haben eine Entschließung auf den Weg gebracht, unter Punkt 7: Der Landtag will „einen langfristigen Perspektivplan ... entwickeln“.

(Enrico Schult, AfD: So ist es.)

Das ist Ihr Beschluss. Ich hatte Sie damals immer dazu aufgefordert, das parteipolitisch unabhängig mit uns zusammen zu machen. Nein, Sie haben diesen Beschluss gefasst, im Punkt 7.

Und im Punkt 10, der dann wie folgt lautet: „Die Landesregierung wird gebeten, den Landtag bis Ende dieses Jahres“ – Ende des Jahres ist 24 – „über die Ergebnisse ihrer Prüfungen zu den Nummern 7 bis 9 zu unterrichten“, es ist doch nichts passiert, meine sehr geehrten Damen und Herren, und deswegen bin ich beim Thema Glaubwürdigkeit. Und wenn Sie immer wieder hier hervortun, in welchen guten Gesprächen Sie sind, dann sage ich Ihnen, diese Lenkungsgruppe „Gute Kita 2030“ hat im März einen Beschluss gefasst. Es wurde ein Beschluss gefasst, einen Stufenplan im laufenden Gesetzgebungsverfahren auf den Weg zu bringen. Warum machen Sie sich nicht auf den Weg, das umzusetzen? Nein, bestimmte Interessenvertreter fühlen sich verschaukelt, es geht um Glaubwürdigkeit, und deswegen haben sie sich möglicherweise auf den Weg gemacht, hier ein Volksbegehren auf den Weg zu bringen.

Und dieser Beschluss, der im März gefasst wurde mehrheitlich, der sagt auch ganz klar aus, zu Recht, dass die Mehrkosten nicht bei den Kommunen hängen bleiben. Auch das fordert unsere Fraktion seit mehreren Jahren. Vor uns hat es die Opposition auch immer wieder gefordert, die Quote der Landesbeteiligung um mindestens zwei oder sogar noch mehr Prozente zu erhöhen. Das ist etwas, was Sie beweisen müssen. Unsere Hand ist ausgestreckt, wir sind dabei. Laden Sie uns dann endlich ein, nicht nur vollmundig hier am Rednerpult, sondern auch in der Praxis!

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, der letzte Punkt noch mal zum Thema Glaubwürdigkeit. Sie suggerieren ja hier – Herr Barlen hat damit begonnen –, wir sind auf gutem Weg, eine Lösung zu finden. Frau Schwesig, ich hatte so den Eindruck, die SPD-Fraktion war überrascht von ihrem 3-Punkte-Plan, aber sie hat wenigstens einen Plan benannt, hat immer wieder gesagt, den will sie jetzt noch umsetzen.

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Und ich sage Ihnen noch mal, Glaubwürdigkeit, Koalitionsvertrag – das Einzige, was da drinsteht, ist die Umsetzung 1 : 14 für den Kitabereich. Und wenn ich an Frau Pfeifer denke, wie stur Sie alle von der SPD die 1 : 14 verteidigt haben im Gesetzgebungsverfahren – ich glaube, bei der dritten Novelle war es –, und alle Fachleute haben gesagt, machen Sie etwas für den Krippenbereich, machen Sie etwas für den Hortbereich, 1 : 6, 1 : 22 ist nicht mehr zumutbar, da muss endlich was passieren, weil die Kita ja schon von 1 : 18 auf 1 : 15 runtergegangen ist, auch nein, Sie haben nicht nur die Opposition weggewischt, sondern auch die Fachleute.

Und insofern sage ich immer wieder, Glaubwürdigkeit ist jetzt angesagt, jetzt muss gehandelt werden, dass Erzieher eben nicht abwandern wie Anfang der 90er-Jahre, dass Kitas geschlossen werden. Wir sind im Boot, wenn Sie es wünschen, wir haben seriöse Finanzierungsquellen.

(Julian Barlen, SPD: Die Sie nicht parat haben.)

Und wenn Sie so tun, als wenn unser Vorschlag,

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,  
und Christine Klingohr, SPD)

und wenn Sie so tun, dass unser Vorschlag 1 : 5 und 1 : 20 nicht ausfinanziert ist – ich sage Ihnen ganz ehrlich, in diesem Haushalt von 11 Milliarden Euro, da werden wir Ihnen in den nächsten Tagen, in Kürze einen Finanzierungsvorschlag präsentieren,

(Jeannine Rösler, Die Linke:  
Na, da sind wir ja gespannt.)

und ich bereite Sie jetzt schon darauf vor,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

entsprechende Begründungen zu suchen, dieses abzulehnen.

Herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben! Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich das Volksbegehren und hofft auf einen Stufenplan im Sinne der Erzieher der Kitas, insbesondere aber auch der Eltern und Kinder in diesem Land. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU  
und der Gruppe der FDP)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Herr Abgeordneter, mir liegt eine Kurzintervention durch Herrn Barlen vor.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp  
übernimmt den Vorsitz.)

**Julian Barlen, SPD:** Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Renz, Sie haben jetzt sehr häufig das Wort „Glaubwürdigkeit“ sehr demonstrativ in den Mund genommen. Also glaubwürdig wäre gewesen, wenn Sie Ihren ausführlichen Redebeitrag genutzt hätten, um einfach mal eine kardinale Frage zu beantworten, nämlich, was ist das Finanzierungskonzept und was ist die Finanzierungsquelle.

Und glaubwürdig wäre zusätzlich gewesen, wenn Sie einmal den Eindruck vermittelt hätten hier, dass Sie jahrelang ja selber, Sie sogar als Minister, Verantwortung übernommen haben in einer SPD-geführten Landesregierung, die im Übrigen viel erreicht hat auf der Wegstrecke für bessere Kitas, weil Sie wissen aus eigener Anschauung ganz genau, dass am Ende ein politisches Ziel nur erreichbar ist, wenn man auch einen belastbaren gemeinsamen Fahrplan mit den Kommunen, mit allen weiteren Beteiligten vorlegt. Und sich jetzt hier hinzustellen und anderen mangelnde Glaubwürdigkeit vorzuwerfen, die sagen, genau diesen Weg definieren wir gerade, genau diese Aushandlungen finden gerade statt, um am Ende nicht einfach nur heiße Luft zu verbreiten, sondern zu sagen, wie es geht, das ist wirklich widersprüchlich.

Am Ende haben Sie ja sich noch ein bisschen als Geheimnisträger eines, ja, vorliegenden CDU-Finanzierungsplans, der dann in ein paar Tagen präsentiert wird, präsentiert.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Das, so eine Spannung wünsche ich mir vielleicht am Ende einer Netflix-Serie, aber nicht hier im Parlament.

(Zurufe vonseiten der Fraktion der CDU: Oh! –  
Zurufe von Harry Glawe, CDU,  
und Marc Reinhardt, CDU)

Sie hätten jetzt die Gelegenheit gehabt, hier mal die Karten auf den Tisch zu legen. Die Ministerpräsidentin hat sie auf den Tisch gelegt: Wir treten ein für Beschäftigungssicherung, wir treten ein für Verbesserungen, auch bei den Gruppengrößen, aber das Ganze finanzierbar und belastbar,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

gemeinsam mit den Beteiligten im Bündnis, gemeinsam mit den Kommunen. Und da will ich übrigens einmal sagen, das wissen Sie ebenfalls aus Ihrer Praxis in der Landesregierung, das ist immer ein Prozess mit den Kommunen. Wir arbeiten beispielsweise mit dem Landrat Michael Sack von der CDU, ...

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Herr Fraktionsvorsitzender, ...

**Julian Barlen,** SPD: ... aber eben auch mit Herrn Sternberg ...

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** ... Ihre zwei Minuten sind ...

**Julian Barlen,** SPD: ... gut zusammen.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** ... abgelaufen für die Kurzintervention.

(Patrick Dahlemann, SPD:  
Deshalb ist die CDU eingebunden.)

Ich frage Sie, Herr Renz, möchten Sie darauf antworten?

**Torsten Renz**, CDU: Selbstverständlich, Frau Präsidentin!

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: Bitte schön!

**Torsten Renz**, CDU: Sehr geehrter Herr Kollege, auch jetzt zum Schluss muss ich wieder an Ihrer Glaubwürdigkeit zweifeln. Ich habe Ihnen gesagt, im Koalitionsvertrag steht 1 : 14. Hier kündigen Sie wieder an, wortreich, dass Sie die Gruppengrößen reduzieren wollen. Ich habe dieses Handeln noch nicht erkannt. Und ich habe mehrere Beispiele genannt, die in den letzten viereinhalb Jahren dazu geführt haben, Ihre Glaubwürdigkeit als Koalition infrage zu stellen. Ich bin aber optimistisch, ich bin aber optimistisch, dass Sie vielleicht noch, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Landtagswahlen, die Kurve bekommen.

Und deswegen habe ich schon mal Vorarbeit geleistet, Herr Kollege. Ich habe nämlich im Bildungsausschuss angefragt – und die Stellungnahme liegt heute vor –, ob es möglich ist, über einen Stufenplan im jetzigen Verfahren der fünften Novelle noch rechtzeitig eine Lösung herbeizuführen. Die Ausführung liegt vor, auf solche Ideen sind Sie noch gar nicht gekommen,

(Heiterkeit bei Julian Barlen, SPD)

insofern haben wir schon mal Ihnen die Hand gereicht.

Ich habe auch zum Zweiten darum gebeten, dass endlich mal dann seriös vorgelegt wird, was denn die Herabstufung zum Beispiel von 1 : 6 auf 1 : 3 in 05er-Schritten bedeutet an Auswirkungen der Finanzen und an Auswirkungen am Erzieherbedarf. Auch darum habe ich mich schon für Sie gekümmert. Die Zuarbeiten werden Sie auch demnächst erhalten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und wenn Sie immer wieder – und wenn das schon der gesamte Inhalt ist, den Sie,

(Der Abgeordnete Julian Barlen  
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

und wenn das schon der gesamte Inhalt ist, den Sie darstellen, dass ich nicht hier am Rednerpult sofort die Haushaltsquelle benenne, dann will ich noch mal sagen, um was es überhaupt geht. Es geht nach unseren Berechnungen – und da nehme ich immer wieder die Grundlage, ich weiß nicht, ob die noch aktuell ist, vom Bildungsministerium –, es geht eben bei dieser 2-Prozent-Quote erst mal um 40 Millionen, die das Land übernehmen soll, aus unserer Sicht zu Recht, das haben schon immer alle gefordert. Das ist die Anfangslücke, seitdem es die beitragsfreie Kita gibt. Dann sind das die 40 Millionen, die die Kommunen entlasten, und dann geht es am Ende nur noch um eine Differenz von 6 Millionen Euro. Und, Herr Barlen, das schaffen wir nicht in ein paar Tagen, das schaffen wir beide zusammen innerhalb von einer halben Stunde, die 6 Millionen ...

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Herr Abgeordneter, ...

**Torsten Renz,** CDU: ... in diesem Landeshaushalt zu finden, ...

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** ... auch Ihre Zeit ...

**Torsten Renz,** CDU: ... damit die Qualität ...

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** ... für die Kurzintervention ...

**Torsten Renz,** CDU: ... in diesem Lande ...

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** ... ist abgelaufen.

**Torsten Renz,** CDU: ... für unsere Kinder endlich ...

(Der Abgeordnete Torsten Renz beendet seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. – Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Jeannine Rösler, Die Linke: Sehr seriös, das ist aber sehr seriös. – Julian Barlen, SPD: Das ist keine Antwort, ne? Keine Antwort!)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Um das Wort gebeten hat noch einmal für die Landesregierung die Ministerpräsidentin Frau Schwesig.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

**Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:** Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, wenn wir alles, wenn ich jetzt versuchen würde, alles, was an Fake News durch die AfD hier in der Debatte eingebracht wird, zu widerlegen, dann würden wir heute Abend noch darüber reden.

(Zuruf von Thore Stein, AfD)

Deswegen werde ich mir nicht alles vornehmen. Aber ich finde, dass ein paar Dinge schon klargestellt werden müssen, weil leider die demokratische, die vernünftige demokratische Debatte zu einem sehr, sehr wichtigen Thema – das haben hier heute alle gesagt – darunter leidet, dass Sie, sehr geehrte Kollegen der AfD, immer wieder falsche Behauptungen in den Raum stellen.

(Enrico Schult, AfD: Na dann bitte!)

Deswegen, erster Punkt, Herr Schult: Die Beitragsfreiheit gab es nicht für 50 Prozent der Kinder im Land. Das ist einfach schlicht falsch, eine falsche Zahl,

(Christine Klingohr, SPD: Richtig! Genau!)

es waren lange nicht 50 Prozent.

(Christine Klingohr, SPD: Niemals! –  
Zuruf von Thore Stein, AfD)

Zweiter Punkt: Es stimmt nicht, dass die Regierung von SPD und CDU in der vergangenen Legislatur nicht neben der Beitragsfreiheit auch die Qualität verbessert hat. SPD und CDU haben gemeinsam die Beitragsfreiheit eingeführt und den Betreuungsschlüssel weiter abgesenkt und zum Beispiel auch Vor- und Nachbereitungszeiten verbessert. Was Sie sagen, dass wir gar nichts gemacht haben, stimmt einfach nicht.

(Christine Klingohr, SPD: Richtig!)

Zweite Fake News.

(Zuruf von Thore Stein, AfD)

Und drittens: Sie verdrehen hier die Dinge. Ich habe nicht gesagt, dass wir in den Gesetzentwurf des Volksbegehrens eingreifen wollen. Das habe ich überhaupt gar nicht gesagt.

(Christine Klingohr, SPD: Richtig!)

Das Volksbegehren steht für sich. Das Volksbegehren macht auf ein wichtiges Anliegen aufmerksam, das haben heute alle gesagt. Und ich habe sogar Respekt vor denen, die heute hier ehrlich gesagt haben, dass die Möglichkeit der Halbierung der Gruppen, was 800 Millionen Euro jedes Jahr kostet, und 13.000 zusätzliche Erzieher/-innen – so die Berechnung des Bildungsministeriums –, dass das nicht möglich ist. So habe ich die CDU verstanden. Das haben Sie sogar erst gesagt. Und dann sagen Sie aber, Sie sammeln persönlich für die Unterschriften. Und das zeigt eigentlich auch, wie unseriös die AfD ist.

(Torsten Koplín, Die Linke:  
Sie machen den Leuten was vor! –  
Zuruf aus dem Plenum: Unglaublich!)

Zum einen zu sagen, geht eigentlich alles gar nicht, aber wir sammeln persönlich die Unterschriften, das zeigt Ihre Unglaubwürdigkeit.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Richtig!)

Und letzter Punkt: Wie Sie hier den Fraktionsvorsitzenden der CDU ansprechen und überhaupt Ihre ganze Sprache, auch außerhalb dieses Parlamentes,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

die von Respektlosigkeit, Hass und Hetze geprägt ist, da sage ich mal deutlich,

(Zurufe von Stephan J. Reuken, AfD,  
und Enrico Schult, AfD)

als Ministerpräsidentin und Mutter und Bürgerin dieses Landes,

(Heiterkeit bei Thore Stein, AfD)

was unsere Kinder mit Sicherheit nicht brauchen,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

ist Ihre Respektlosigkeit, Ihre Sprache. Das verroht die Kinder, das hat nichts mit Bildung zu tun.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU, Die Linke und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und Sie sollten niemals, Sie sollten niemals die Bildungspolitik dieses Landes in Ihre Hände kriegen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU, Die Linke und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und deshalb danke ich Ihnen auch, dass Sie sich so verhalten,

(Zurufe von Horst Förster, AfD, und  
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

weil genau das werden wir den Leuten auch deutlich machen, was eigentlich passiert, wenn Menschen wie Sie hier über Bildung im Land sprechen würden.

Was die CDU angeht, Herr Renz, die Einbindung in solche gemeinsamen Arbeitsformate, die ja gute Tradition haben, und ich finde – das wird immer wieder gesagt, es wurde auch letztens im Sprit-Gipfel wieder honoriert –, das Thema, beim schwierigen Thema alle an einen Tisch, das funktioniert. Und bei der Corona-Pandemie war es so, da haben wir das gemeinsam als Regierung auch gemacht mit den damaligen Akteuren. Die Opposition war nicht im Corona-Gipfel. Wir haben aber mit der Opposition gesprochen. Aber Frau Oldenburg hat auch darum gebeten. Sie hat gesagt, Frau Schwesig, bitte sprechen Sie mit uns, wie ist die Lage und was wollen wir. Sollte ich aufgrund vieler Gesprächsanfragen es verpasst haben, dass der Fraktionsvorsitzende Herr Daniel Peters mich persönlich gebeten hat, darüber zu sprechen, dann möchte ich mich an der Stelle entschuldigen. Bisher habe ich das nicht wahrgenommen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Und ich will eines zurückweisen, dass Sie behaupten, dass wir erst fünf Monate jetzt wegen dem Volksbegehren handeln. Dieses „Gute Kita“-Forum ist bereits im Oktober letzten Jahres eingerichtet worden.

(Heiterkeit und Zuruf von  
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und wenn Sie nicht wollen, dass hier der Eindruck entsteht, dass Sie jetzt erst fünf Monate vor der Wahl wegen dem Volksbegehren die Aktuelle Stunde beantragt haben

(Torsten Renz, CDU: Das stimmt  
doch nicht, Frau Schwesig! Nein! –  
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

und jetzt fordern, dass es einen Runden Tisch gibt, obwohl wir ihn schon längst machen,

(Torsten Renz, CDU:  
Das ist jetzt unter Ihrem Niveau.)

wenn Sie nicht wollen, dass der Eindruck bei Ihnen entsteht, dann tun Sie mir den Gefallen, bleiben Sie so fair und unterstellen Sie uns das nicht,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

denn diese Landesregierung ist schon viel länger an diesem Thema dran.

Und um einmal eine Sache noch mal beim Volksbegehren zu erklären, Herr Schult, das Volksbegehren steht für sich. Und wenn das Volksbegehren seine Stimmen zusammenbekommt und freigegeben wird und darüber abgestimmt wird

(Enrico Schult, AfD: Dann ist es Gesetz!)

und die Bevölkerung darüber abstimmt, dann wird dieser Gesetzentwurf in Kraft treten.

(Enrico Schult, AfD: Sehen Sie!)

Und dann wird eine neue Landesregierung einen Gesetzentwurf umsetzen müssen,

(Enrico Schult, AfD: Richtig!)

der genau das dort beinhaltet und der diese finanziellen Folgen für den Landeshaushalt und auch für die Kitaplanung hat. Und Sie kennen ja alle die Mittelfristige Finanzplanung, 2028 – das haben Sie alles bisher kritisiert –

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

gibt es noch eine große Lücke, eine Lücke von 1 Milliarde Euro, die geschlossen werden muss. Und deshalb müsste schon jeder seriös erklären, wie er das nachher umsetzen will.

Dieses Volksbegehren ist aber, also unabhängig von den Gesprächen, die wir haben im „Gute Kita“-Forum, und die Initiatoren des Volksbegehrens sind auch Teil davon. Und selbstverständlich spreche ich auch mit Initiatoren von Volksbegehren. Es ist meine Aufgabe als Ministerpräsidentin schon lange. Wir haben damals mit denen gesprochen, die demonstriert haben für die Abschaffung der Straßenanliegerbeiträge, wir haben während der Corona-Pandemie uns zu den Demos ... Das ist doch normal, dass man dort auch spricht und verhandelt.

Aber Sie sagen auch zu Recht, das würde erst ab 28 gelten. Was mich interessiert und meine Landesregierung, ist, was machen wir eigentlich in diesem Jahr, was machen wir ab 27? Denn jetzt stehen, haben erste Erzieherinnen und Erzieher Sorge davor, ob sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Und deshalb – ich weiß nicht, Herr Renz, ob Sie diese Liste haben –, ich habe sowohl die Kommunen gefragt als jetzt auch die GEW, wo ist die Liste der Kitaschließungen und Kündigungen von Erziehern in diesem Jahr, die in diesem Jahr jetzt anstehen würden, weil ich wissen will, wie groß und konkret ist das Problem in diesem Jahr.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:

Bei jedem größeren Betreiber brennt  
die Luft intern. Wissen Sie doch!)

Und es ist nicht so, dass wir das jetzt erst abfordern. Wir haben, genau um diese Zahlen hat die Bildungsministerin im „Gute Kita“-Forum jetzt schon seit sehr Langem gebeten. Da sind wir schon länger dran, und bisher haben wir keine konkreten Zahlen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und deswegen haben wir noch mal gesagt, Leute, wir kommen hier nicht weiter, die Probleme uns für 26/27 anzuschauen, wenn wir keine konkreten Zahlen haben, und ich habe es Ihnen an einem Beispiel deutlich gemacht. Und ich möchte nicht, dass wir erst in 28 zu einer Lösung kommen, sondern ich möchte, dass wir bereits für dieses Jahr und für das nächste Jahr Lösungsvorschläge haben. Und deshalb würde aus meiner Sicht das Volksbegehren jetzt nicht reichen, sondern wir müssen eher anfangen. Und da mit verlässlichen und soliden Zahlen zu sprechen, ist, glaube ich, ist vernünftig. Und deswegen war es mir noch mal ein Anliegen, das hier klarzustellen, wie das Verfahren ist. Und ich bitte wirklich um Verständnis, die Kommunen, die Träger und die Gewerkschaften, die sind unsere natürlichen Partner bei Kita. Wir als Land haben ja anders als bei Schule gar nicht den Auftrag für Kita, sondern wir unterstützen ihn inhaltlich und finanziell.

Und ich will es auch noch mal sagen, Herr Renz, wenn Sie jetzt – ich habe mich gerade gefragt, welche 6 Millionen, ich konnte dem, Entschuldigung, nicht so schnell folgen.

(Torsten Renz, CDU: Das macht nichts!)

Es geht doch nicht um 6 Millionen für dieses Jahr. Es geht doch darum, dass, wenn man jetzt verspricht, in der Krippe wird abgesenkt, im Hort wird abgesenkt, und einige sagen in den Gesprächen, ihr könnt aber nicht den Kita-, also Kindergartenbereich jetzt ganz noch aus dem Perspektivplan außen vor lassen, dann muss doch diese Summe jedes Jahr bereitgestellt werden.

(Torsten Koplín, Die Linke: Richtig!)

Wir können doch nicht jetzt eine kurzfristige Lösung haben für dieses Jahr, ohne zu wissen, wie sind die Schritte in den nächsten Jahren.

Und noch mal was zur Kitabedarfsplanung. Die Kitabedarfsplanung gibt es schon,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

aber eine Kitabedarfsplanung müsste jetzt noch einmal angepasst werden vor Ort, in den Kommunen aufgrund der demografischen Entwicklung und eines Perspektivplans mit abgesenkten Betreuungsschlüsseln. Dann ergibt sich doch ein anderer Plan. Und in so eine Bedarfsplanung gehören auch die Altersabgänge. Und anders als bei Schule, das wissen Sie als Bildungspolitiker, haben wir diese Daten nicht. Und deswegen brauchen wir die anderen Player, und deswegen ist es auch richtig, dass wir da zusammensitzen.

Und das ist mein letzter Punkt, dass ich heute rede und nicht die Bildungsministerin. Also Entschuldigung, wenn jetzt die CDU eine Aktuelle Stunde macht und es denn auch nicht mehr richtig ist, dass sogar die Ministerpräsidentin zu dem von Ihnen wichtig und richtigen Thema spricht,

(Torsten Renz, CDU: Habe ich  
nicht gesagt. Können ja beide reden. –  
Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,  
und Marc Reinhardt, CDU)

und daraus macht, sie würde hier irgendwie teilnahmslos sitzen, dann will ich das hier hart zurückweisen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke –  
Patrick Dahlemann, SPD: Ja.)

Unsere Bildungsministerin arbeitet an diesem Thema länger, als Sie es hier im Landtag überhaupt angesprochen haben. Aber wir haben uns entschieden, deutlich zu machen, dass das für uns ein wichtiges Thema ist

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD:  
So ist es.)

und dass die ganze Landesregierung dahintersteht. Und ich kann nur sagen, es gibt eine sehr gute und hervorragende Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner Die Linke. Und deswegen weise ich die Kritik, die Sie an dieser Stelle hatten, zurück. Wir sind uns einig, wir sind uns aber einig in dem Ziel, einen verlässlichen, durchfinanzierten Plan angesichts der Haushaltslage zu machen.

Und das, der Satz darf mir als Letztes erlaubt sein: Wir haben noch nie so viel für Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben, wir haben noch nie so viel in die Kita gesteckt, wir haben noch nie so viel Geld in Schule gesteckt, wir haben noch nie so viel Geld über das Bundesteilhabegesetz für Kinder ausgegeben.

(Torsten Koplín, Die Linke: Ja.)

Es ist Ihr Kanzler, der überall sagt, das ist alles zu viel und wir müssen kürzen.

(Jeannine Rösler, Die Linke: So ist es. –  
Zurufe von Harry Glawe, CDU,  
und Marc Reinhardt, CDU)

Da liegen im Kanzleramt Streichlisten, mit denen wir als Land nicht einverstanden sind. Und ich will es hier deutlich sagen: Wir haben so viel Geld wie noch nie in diesem System,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

und an der Stelle zu behaupten, wir würden nichts tun,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

aber auf der anderen Seite immer den Druck zu bekommen, wir müssten da jetzt mal irgendwie alle reinstreichen, das passt einfach nicht zusammen.

Ehrlich ist, zu sagen, wir haben die höchsten Kosten aus einem guten Grund, weil wir auch endlich besser bezahlen, weil wir auch mehr Probleme haben als vielleicht vor fünf Jahren in dieser Gesellschaft. Und ehrlich ist auch, zu sagen, dass der Landeshaushalt, dass das Geld nicht irgendwo rumliegt, sondern dass es sogar ein strukturelles Defizit gibt, was wir auch noch schließen müssen. Und ehrlich wäre auch, zu sagen, dass wir weniger Geld zukünftig kriegen wegen weniger Kindern, und übrigens unsere Kommunen auch. Und diese Komplexität, die konkrete Berechnung, die nur vor Ort gemacht werden kann, von Trägern und Kommunen, weil wir gar nicht der Arbeitgeber sind, weil wir gar nicht die Daten haben,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Ja.)

ehrlich zu sagen, wir haben schon steigende Kosten und diese steigenden Kosten können wir aktuell noch nicht mal im Haushalt abbilden, und wenn wir noch mehr machen wollen, zusätzlich obendrauf, dann müssen wir auch sagen, wo das Geld herkommt, diese Komplexität mit den Plänen, die für Kita in diesem Land stehen, mit Trägern, mit Kommunen und Gewerkschaften gemeinsam zu besprechen, das ist doch der richtige Weg.

(Julian Barlen, SPD: Anders gehts ja gar nicht.)

Und dazu steht die komplette Regierung. Und wir können das auch dann, wenn dieser Plan mit denen besprochen ist, auch besprechen. Aber Sie müssen uns schon die Möglichkeit geben, das zu erarbeiten.

Und ich weise zurück, dass hier irgendjemand teilnahmslos wäre, schon gar nicht die Bildungsministerin. Die Bildungsministerin führt diesen Prozess, sie ist hoch engagiert in diesem Prozess.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Aber alle in dieser Regierung sagen, wir müssen diesen Prozess verlässlich, verbindlich unterlegen. Und wenn wir einen Vorschlag machen, dann können die Leute sich darauf verlassen, dass er kommt. Und bei dieser Glaubwürdigkeit, weil wir bei dem Thema waren, bleibe ich. Ich weiß ja, was in den Parteiprogrammen aller Parteien immer vor der Wahl drinsteht. Wir haben bisher das, was wir konkret vor der Wahl versprochen haben, umgesetzt, sogar schon mehr, und sind bereit, noch mehr zu machen.

Und ich glaube, am Ende, gerade weil Ängste im Spiel sind vor Kündigungen, weil Sorgen im Spiel sind von Müttern,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

ist es ganz, ganz wichtig, dass wir verlässlich und verbindlich etwas vorschlagen – nicht nur, was für dieses Jahr gilt, sondern was auch für die Zukunft gilt,

(Torsten Renz, CDU: So machen  
wir das auch in der CDU.)

wo es dann hoffentlich nach dem 20. September eine demokratische Regierung gibt, die dann nämlich genau diesen Perspektivplan, den wir entwickeln wollen, auch tatsächlich umsetzt und nicht jetzt irgendwas versprochen wird, was nachher nicht kommt. Das wäre aus meiner Sicht falsch. Und deswegen arbeiten wir an diesem seriösen Plan. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke –  
Julian Barlen, SPD: Sehr richtig!)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin!

Es hat noch mal um das Wort gebeten für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Schult.

**Enrico Schult**, AfD: Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, es ist guter Brauch, dass, wenn jemand von der Regierung spricht, insbesondere die Ministerpräsidentin, dass man auch das Wort der Erwiderung hat, und insbesondere, wenn hier solche Falschnachrichten vorgebracht werden. Und, Frau Schwesig, da ist es mir eine Herzensangelegenheit, da sozusagen auch noch mal darauf zu erwidern und das klarzustellen.

Ich weiß nicht, Sie sind ja wahrscheinlich oder sind mit Sicherheit nicht dabei, wenn die Ausschusssitzungen im Bildungsausschuss sozusagen abgehalten werden. Da haben wir, zur Volksinitiative haben wir eine Ausschusssitzung abgehalten/durchgeführt, und da hat der Finanzdezernent, der stellvertretende Landrat des Landkreises Vorpommern-Greifswald, Herr Dietger Wille, gesagt, dass ganz wenig Geld vor der Beitragsfreiheit überhaupt aus Elternbeiträgen gekommen ist. Also 16 Prozent von diesen 100 Millionen sind überhaupt aus Elternbeiträgen sozusagen gekommen, zusammengekommen. Das meiste wurde damals schon aus dem Landeshaushalt bezahlt. Und der sagt sogar, dass 30 bis 50 Prozent der Eltern sozusagen oder dass bis zu 70 Prozent der Eltern schon damals keine Beiträge gezahlt haben.

Also das ist nicht eine Sache, die ich mir ausgedacht habe, sehr geehrte Damen und Herren. Und deshalb bitte ich Sie, da auch vorsichtig zu sein mit Ihren Unterstellungen, die AfD würde hier Falschnachrichten verbreiten. Kommen Sie gerne in den Bildungsausschuss oder sprechen Sie mit Ihren Fachpolitikern, die können es nachweisen, die können es nachprüfen. Und ich kann Ihnen auch gerne das Protokoll zur Verfügung stellen, wo es da drinsteht, wo Herr Wille das sozusagen klar ausführt als Finanzdezernent in Vorpommern-Greifswald.

Und wenn ich dann sehe, dass Sie der AfD Hass und Hetze vorwerfen, dann muss ich mich fragen,

(Thomas Krüger, SPD: Das ist die Wahrheit.)

ja, der Wahlkampf, der Wahlkampf rückt ja offensichtlich schon näher. Und dann muss ich wirklich schmunzeln, wenn Sie das sagen, die AfD verbreite Hass und Hetze, dass dann Herr Peters sogar, Herr Peters klatscht. Und, sehr geehrte Damen und Herren, wissen Sie, wahrscheinlich freut er sich immer noch, dass sein Parteikollege Herr Kretschmer sozusagen jetzt Frau Schwesig unterstützt für die nächste Landtagswahl.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und dann stellt der Mann sich hin und klatscht hier noch und sagt hier noch, super, Frau Schwesig, da haben Sie recht gehabt. Da sieht man mal wieder, dass in der Tat das so wahrscheinlich darauf hinauslaufen wird,

(Patrick Dahlemann, SPD: Da sieht man mal wieder, Ihnen geht es nicht um die Sache!)

dass es sozusagen auch nur eine Wahlentscheidung geben wird.

(Patrick Dahlemann, SPD: Nicht um die Sache!)

Meine Damen und Herren,

(Zuruf von Torsten Koplín, Die Linke)

ich möchte Ihnen,

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,  
und Torsten Koplín, Die Linke)

ich möchte Ihnen das noch einmal klarstellen, weil ich nicht möchte, dass das so falsch hier im Raum steht: Wir als AfD haben 2019 die Änderungsanträge zum damaligen KiföG gebracht,

(Torsten Koplín, Die Linke: Indem Sie eine  
Personengruppe gegen die andere ausspielen.)

wir als AfD haben 2024 die Volksinitiative gestützt,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

haben wir unterstützt mit ganz klaren, mit ganz klaren Deckungsquellen im Haushalt.  
Und deshalb haben wir als AfD, die eine Opposition sind –

(Patrick Dahlemann, SPD:  
Zum Glück! Zum Glück!)

noch, Herr Dahlemann,

(Patrick Dahlemann, SPD:  
Und das wird auch so bleiben.)

noch sind wir in der Opposition,

(Patrick Dahlemann, SPD: Das wird so bleiben.)

vielleicht kommen wir in irgendeiner Konstellation ja am 20.09. aus dieser  
Oppositionsrolle heraus –,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

wir tragen nun offensichtlich die Verantwortung für den schlechten  
Betreuungsschlüssel hier in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,  
und Thomas Krüger, SPD)

Das glauben Sie doch nicht ernsthaft!

Und dann der AfD Hass und Hetze vorzuwerfen, nein, sehr geehrte Damen und Herren, die Verantwortung dafür tragen Sie. Ich sage es noch mal, Sie haben das Geld ausschließlich, anders als alle anderen Bundesländer,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

ausschließlich in die Beitragsfreiheit gesteckt und haben sozusagen die Betreuung irgendwo vernachlässigt. Das ist Mut zur Wahrheit, und das muss ich Ihnen an dieser Stelle noch mal ganz klar aufs Brot schmieren.

(Zuruf von Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD)

Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und  
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

An dieser Stelle begrüße ich auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler des Oskar-Picht-Gymnasiums aus Pasewalk. Seien Sie uns herzlich willkommen!

Und ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der SPD der Fraktionsvorsitzende Herr Barlen.

**Julian Barlen, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! So was können wir hier nicht stehen lassen. Ich will mal sagen, wir sind hier heute zusammengekommen zur Aktuellen Stunde rund um die Situation in den Kitas, wo sich Eltern, wo sich Beschäftigte, wo sich aber am Ende auch Träger, Kommunen und das Land Gedanken machen, wie erhalten wir eine leistungsfähige Struktur der frühkindlichen Bildung und Betreuung. Und da ist die Lage zwischen Pasewalk, zwischen Parchim und Rostock überall so, dass es gute Bildung und Betreuung in den Kitas für die Kleinsten gibt. Aber die Lage ist auch sehr unterschiedlich,

(Patrick Dahlemann, SPD:  
Ganz unterschiedlich, so ist es.)

was die Personalsituation angeht,

(Patrick Dahlemann, SPD: Ja, richtig!)

was die kommunalen Haushalte angeht.

Und ich muss sagen, die Ministerpräsidentin, die Rednerinnen und Redner der Koalition haben hier eigentlich nur eines getan – und das ist auch das Gebot der Stunde –, für einen gemeinsamen, für einen belastbaren, für einen Weg zu sorgen, der auch das Vertrauen in diese Struktur, in diese Einrichtung, das die Eltern, das die Beschäftigten zu Recht haben, am Ende einlöst.

(Patrick Dahlemann, SPD: So ist es.)

Um nichts anderes darf es uns gehen. Und genau dieses Versprechen werden wir auch weiter einlösen. Und da bin ich für die Verhandlungen der Ministerpräsidentin, der Bildungsministerin, allen Beteiligten auch ausgesprochen dankbar, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Und vieles andere, was wir heute gehört haben, muss ich sagen, trägt eher zum Rauschen und zur Verunsicherung der Beteiligten bei. Und da würde ich alle wirklich aufrufen, auch bei den Tatsachen zu bleiben.

Herr Renz, es ist nicht nur so, dass letztes Jahr die CDU – sogar im Januar dieses Jahres –, der Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern Daniel Peters, Ihnen bestens bekannt, in großen Medien, unter anderem der „Welt“, zum Besten gegeben hat mit Blick auf die Beitragsfreiheit und das

Finanzierungssystem: „Ich kann nicht versprechen“, und das ist ein Zitat, „dass das in den nächsten vier, fünf Jahren“ alles „noch finanzierbar ist“, Zitatende. Heute wiederum völlig andere Linie der CDU. Auf die Nachfrage, wie es denn genau geht, keine Antwort, auch auf Nachfrage keine Antwort.

Da muss ich wirklich sagen, Herr Renz, sorry,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

das trägt hier eher zur Chaotisierung und zur Verunsicherung bei,

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

als dass wir mal einen vernünftigen Weg miteinander beschreiten. Da bitte ich Sie wirklich, einfach mal zur Kenntnis zu nehmen, dass hier viele einfach für einen vernünftigen gemeinsamen, aber auch redlichen und finanzierbaren Weg eingetreten sind.

(Marc Reinhardt, CDU: Kann  
ich bei Ihnen nicht feststellen.)

Und, Herr Schult,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

da kann man nur sagen, also das Pirouettendrehen beherrschen Sie schon sehr gut.

(Unruhe bei Beatrix Hegenkötter, SPD,  
und Marc Reinhardt, CDU)

Vielleicht sollten Sie da noch mal über eine berufliche Perspektive nachdenken.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Das ist nicht an den Tatsachen messbar,

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

was Sie erzählt haben.

(Unruhe bei Rainer Albrecht, SPD)

2016 hatte die AfD in ihrem Programm drin, dass lediglich ein Grundbedarf für Kitas zu decken sei.

(Patrick Dahlemann, SPD: So ist es.)

Den Rest sollten die selber bewirtschaften,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

erwirtschaften, zum Beispiel über Elternbeiträge. Als es 2019 hier im Parlament darum ging, die Beitragsfreiheit einzuführen, hat die AfD sie abgelehnt.

(Enrico Schult, AfD: Ja, haben wir  
Änderungsanträge gestellt.)

Auch in der Zwischenzeit,

(Enrico Schult, AfD: Haben wir  
Änderungsanträge gestellt, Herr Barlen.)

2016 bis 2019,

(Torsten Koplín, Die Linke: Hört, hört! –  
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

keine Initiative der AfD zu dem Thema hier messbar.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Und als es dann darum ging, für 2026 und 2027 insgesamt 1 Milliarde Euro Landesmittel für die Qualität, für die Beschäftigten, für die Gruppen in den Kitas zur Verfügung zu stellen, ja, da hat die AfD einfach das Ganze insgesamt noch mal abgelehnt.

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Das ist die Wahrheit.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Das ist das Verhalten der AfD, wenn es um das Thema „Beschäftigung und Betreuung“ geht. Und so etwas machen wir hier nicht mit. Wir müssen vernünftig miteinander umgehen – Land und Kommunen mit Trägern, Eltern und Gewerkschaften. Und genau das findet aktuell statt. Nur dann ist in den letzten Jahrzehnten immer eine Lösung herausgekommen und nur so wird auch in Zukunft eine Lösung herauskommen. – Vielen herzlichen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** ...

(Präsidentin Birgit Hesse)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezügen und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 8/6466.

**Gesetzentwurf der Landesregierung**  
**Entwurf eines Gesetzes über**  
**die Anpassung von Besoldungs- und**  
**Beamtenversorgungsbezügen und zur**  
**Änderung dienstrechtlicher Vorschriften**  
**des Landes Mecklenburg-Vorpommern**  
(Erste Lesung)  
**– Drucksache 8/6466 –**

Das Wort zur Einbringung hat der Minister für Finanzen und Digitalisierung Herr Dr. Geue.

**Minister Dr. Heiko Geue:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir legen heute einen Gesetzentwurf vor, der für die Beamtinnen und Beamten und für unsere Versorgungsempfängerinnen und -empfänger von unmittelbarer Bedeutung ist. Es sind rund 49.000 Menschen, die von dem Gesetzentwurf direkt betroffen sind. Sie wissen, am 14. Februar 26 haben die Tarifparteien für die Beschäftigten der Länder eine Einigung erzielt. Diese sieht eine stufenweise Erhöhung der Entgelte vor, zunächst um 2,8 Prozent, mindestens jedoch 100 Euro zum 1. April 2026, gefolgt von weiteren 2 Prozent zum 1. März 2027 und 1 Prozent zum 1. Januar 2028.

Erlauben Sie mir den Hinweis hier an dieser Stelle, wenn es da schon den Iran-Krieg mit den Preissteigerungen an den Tankstellen und anderen gegeben hätte, würde dieser Abschluss wahrscheinlich heute schon anders aussehen. Umso wichtiger, dass wir jetzt dieses Gesetz vorlegen.

Sie wissen, meine Damen und Herren, die Landesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag zu einer zeit- und systemgerechten Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger bekannt. Genau das setzen wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf um, meine Damen und Herren. Wir setzen damit ein klares Signal, auch in finanzpolitisch schwierigen Zeiten können sich die Beschäftigten auf die Landesregierung verlassen.

Und ja, das kostet Geld, Landeshaushalt in diesem Jahr 33 Millionen, etwas über 33, im nächsten Jahr etwas über 68 und im Jahr 28 dann knapp 88 Millionen Euro. Damit haben wir dann Gesamtkosten des Tarifabschlusses von 65 Millionen in diesem Jahr, 106 Millionen im nächsten und 175 Millionen ab dem Jahr 28. Das ist gerade vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage eine große Herausforderung, auf die wir uns aber in unseren Planungen – wir planen natürlich schon immer auch mit entsprechenden Tarifabschlüssen –, wir hatten uns in unseren Planungen im Wesentlichen darauf vorbereitet.

Gerade in den gegenwärtigen Zeiten mit den enormen Preissteigerungen, nicht nur an den Zapfsäulen, ist das für die Beamten und Versorgungsempfänger besonders wichtig, dass sie sich auf die Landesregierung verlassen können. Die erhöhten Bezüge – und ich glaube, auch das ist wichtig für unsere Beschäftigten, denen ich an dieser Stelle ganz herzlich danken möchte für die immer gute Arbeit, die Sie leisten, Handlungsfähigkeit des Staates, wir brauchen Sie, deswegen ganz herzlichen Dank an dieser Stelle –, und deswegen wollen wir auch die Bezüge rückwirkend bereits ab Juni 2026 auszahlen. Das ist ein wichtiger Schritt, um die zeitliche Lücke zwischen Beschluss und tatsächlicher Auszahlung so klein wie möglich zu halten. Natürlich immer Auszahlung vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags, das ist ganz klar.

Meine Damen und Herren, neben der Besoldungsanpassung enthält der Gesetzentwurf auch eine wichtige Modernisierung. Wir schaffen im Landesbeamtengesetz eine gesetzliche Grundlage für den Einsatz von Risikomanagementsystem in der Beihilfebearbeitung. Das ist wichtig und notwendig, weil die Zahl der Beihilfeanträge kontinuierlich steigt. Gleichzeitig erwarten die Anspruchsberechtigten zu Recht eine schnelle und zuverlässige Bearbeitung. Mit dem Einsatz moderner automatis..., automati..., automatisier..., – okay,

(allgemeine Heiterkeit)

automatisierung..., autom...,

(Heiterkeit und Zuruf von  
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

automatisierungsgestützter,

(Heiterkeit bei Christine Klingohr, SPD)

automatisierungsgestützter Verfahren – ich wusste gar nicht, dass das so schwierig ist, dieses Wort –,

(allgemeine Heiterkeit)

also dieser Verfahren, können wir genau das erreichen, schneller, als ich es gerade gesagt habe: mehr Effizienz, mehr Tempo und eine Entlastung für die Verwaltung.

Zudem haben wir mit den Gewerkschaften vereinbart, die Erschwerniszulagenverordnung bis Ende dieses Jahres weiterzuentwickeln. Auch das zeigt, wir bleiben im Dialog und arbeiten kontinuierlich an Verbesserungen, so, wie das unser Stil ist als Landesregierung, meine Damen und Herren, oder?

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Immer wieder im Dialog, so ist es doch richtig.

Was nicht in diesem Gesetzesentwurf enthalten ist, meine Damen und Herren, ist die Umsetzung der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 17. September letzten Jahres zur amtsangemessenen Alimentation. Die dort formulierten, erheblich fortentwickelten Vorgaben sind von sehr großer Tragweite. Ihre Umsetzung

erfordert weitere sorgfältige Analysen, umfassende Berechnungen – es ist wirklich hochkomplex, kann ich Ihnen sagen –, und wir brauchen weitere intensive Abstimmungen, auch mit den Gewerkschaften und dem Richterbund. Deshalb haben wir uns im Dialog mit den Gewerkschaften dazu entschieden, dieses komplexe Thema in einem gesonderten Gesetzgebungsverfahren zu behandeln und uns dafür die notwendige Zeit zu nehmen. Notwendig ist eine rechtssichere und tragfähige Lösung. Daran arbeitet mein Haus mit den Gewerkschaften, mit dem Richterbund unter Beteiligung des Landesrechnungshofs im Besoldungsdialog weiter, damit dann im neuen Landtag – das werden wir in dieser Legislaturperiode natürlich nicht mehr schaffen –, im neuen Landtag nach der Konstituierung des Landtags zügig ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt werden kann. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Minister!

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 8/6466 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss sowie zur Beratung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9:** ...

(Vizepräsidentin Beate Schlupp)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landesjagdgesetzes, Drucksache 8/6468.

**Gesetzentwurf der Landesregierung  
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung  
des Landesjagdgesetzes**

(Erste Lesung)

**– Drucksache 8/6468 –**

Das Wort zur Einbringung hat der Minister für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt Herr Dr. Backhaus.

**Minister Dr. Till Backhaus:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Nach einer Entbürokratisierungsdiskussion jetzt zum Wolf.

(Beifall Sandy van Baal, fraktionslos)

Ich will mal ausdrücklich sagen, ich glaube, dass wir Ihnen ein ...

Bin ich eigentlich zu hören?

(Minister Dr. Till Backhaus  
wendet sich an das Präsidium. –  
Vizepräsidentin Beate Schlupp  
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Ja? Alles gut!

Ich hoffe, Sie nehmen es wahr, dass wir hier Ihnen ein Gesetz vorlegen, das tatsächlich auch darauf ausgerichtet ist, möglichst unbürokratisch und relativ einfach das ganze Thema umzusetzen. Sie wissen, seit vielen Jahren haben wir in

Mecklenburg-Vorpommern an dem Thema gearbeitet, mit dem Ziel, tatsächlich, was die Wölfe anbetrifft, zu einer rechtskonformen Lösung zu kommen.

Artenschutzrechtlich ist es ein großer Erfolg, dass der Wolf wieder da ist. Seit dem Jahr 2000 gibt es in Deutschland wieder Wölfe. Aktuell haben wir 219 Rudel in Deutschland, 26 jetzt ganz brandaktuell in Mecklenburg-Vorpommern. Und ich glaube, dass man da auch sagen darf, ja, artenschutzrechtlich ist das ein Erfolg. Er ist wieder heimisch geworden. Und auf der anderen Seite nehmen wir natürlich auch zur Kenntnis, dass allein im letzten Jahr wie viele Tiere getötet worden sind in Deutschland 4.000. Und ich will ausdrücklich auch sagen, dass wir natürlich das zur Kenntnis genommen haben, welche Schäden entstehen auf der einen Seite ...

Jetzt sind wir wieder besser zu hören.

(Zuruf von Thore Stein, AfD)

... und auf der anderen Seite natürlich auch die Frage, wie gehen wir in der Zukunft damit um.

Und ich glaube, dass es gut war, dass gerade auch wir in Mecklenburg-Vorpommern dafür gearbeitet haben, die FFH-Richtlinie zu ändern, den Wolf von dem Anhang V in den Anhang IV beziehungsweise IV in Anhang V zu bekommen. Das heißt, er ist zwar noch eine geschützte Art, aber nicht mehr streng geschützt. Das war ein Erfolg, den wir in Brüssel erreichen konnten, und auch, dass die Berner Konvention gelockert worden ist.

Ich will aber an dieser Stelle auch sagen, uns geht es nicht allein und primär darum, jetzt eine Quote oder eine gewisse Zahl von Wölfen zu erlegen, sondern uns geht es primär darum, auffällige Wölfe – vielleicht haben Sie heute gerade auch in Niedersachsen gehört, ein Wolf, eine Wölfin hat 52 Schafe in Niedersachsen gerissen innerhalb von einem Tag –, dass man solche Tiere dann auch entnehmen muss, glaube ich, liegt auf der Hand. Da ist, glaube ich, auch mittlerweile Einvernehmen quer durch die Reihen entstanden. Und deswegen ist es richtig, dass wir, ich selber den Koalitionsvertrag auf Berliner Ebene ja mitgeschrieben habe und wir ganz klar die

Forderung aufgemacht haben, den Wolf in das Bundesjagdgesetz aufzunehmen, mit dem Ziel, eine Art der vernünftigen Bewirtschaftung vorzunehmen. Und das ist jetzt gelungen.

Ich nehme zur Kenntnis, ausdrücklich, dass auf Bundesebene das Bundesjagdgesetz ja auch durch Zusammenarbeit dann auch mit der Länderkammer bestätigt worden ist und wir damit die Möglichkeit haben, in Deutschland in ein System einzusteigen, wenn der gute Erhaltungszustand vorhanden ist, und der ist in Mecklenburg-Vorpommern dokumentiert, der ist auch gemeldet worden nach Brüssel, sodass dann, wenn ein tatsächlich Strategieplan vorgelegt wird, damit tatsächlich ja die Möglichkeit einer Bewirtschaftung vorhanden ist.

Und Sie wissen vielleicht – und da bin ich dann auch bei der Entbürokratisierung –, dass, wenn der günstige Erhaltungszustand erreicht ist, dann ein Managementplan vorzulegen ist. Wer ist für den Artenschutz in Mecklenburg-Vorpommern zuständig? Ich hoffe, Sie wissen das alle, es sind die Landkreise. Das würde bedeuten, dass unsere sechs Landkreise jeweils einen Managementplan entwickeln müssten. Und man weiß natürlich auch, dass die Wölfe kreisübergreifend, ja, sogar länder-, bundesländerübergreifend agieren, sodass wir in den norddeutschen Ländern dann auch eine enge Kooperation umsetzen wollen und damit im Übrigen entbürokratisiert wir in dem Landesjagdgesetz das aufnehmen werden, dass wir einen Landesmanagementplan entwickeln. Da wird auch mit Hochdruck dran gearbeitet, um damit dann auch zu einer Vereinfachung und ausdrücklich zu einer rechtssicheren und gerichtsfesten Entscheidung zu kommen.

Ich glaube daran, dass das richtig ist. Und wir glauben auch, dass es richtig ist, dass die Landesbehörde damit die geeignetste Stelle ist, im Zusammenwirken mit den Verbänden, aber auch mit den Behördenvertretungen, und in der Arbeitsgruppe Wolf den landesweiten Managementplan aufzustellen, ist ausdrücklich auch von den Verbänden tatsächlich unterstützt und auch bejaht worden.

In dem Sinne, denke ich, haben wir Ihnen einen Gesetzentwurf vorgelegt, der hoffentlich Ihre Zustimmung findet. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir das dann

möglichst schnell umsetzen könnten, um dann auch Rechtssicherheit und Rechtsklarheit zu haben. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Minister!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 38 Minuten vorgesehen. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zusätzliche Redezeit gemäß Paragraf 84 Absatz 1a unserer Geschäftsordnung angemeldet. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Stein.

**Thore Stein, AfD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister! Man könnte ja fast schon sagen, na endlich, es funktioniert ja doch, denn, auch das gehört zur Wahrheit dazu, die Problematik, der wir nun langsam doch vielleicht Herr werden können, die ist ja nicht erst seit wenigen Monaten oder seit Jahren vakant,

(Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt  
übernimmt den Vorsitz.)

sondern es ist ja nun ein Problem, was uns hier im Land seit vielen, vielen Jahren begleitet.

Und zur Wahrheit gehört auch ein bisschen dazu, Herr Minister Backhaus, auch Sie haben sich in den Anfangsjahren, als die Wolfsproblematik, um es mal so auszudrücken, hier aufkam, vehement geweigert, die entsprechenden Schritte einzuleiten. Also ich erinnere mich hier an Redebeiträge von Ihnen, aber auch damals noch von Frau Aßmann, die also quasi sich ganz entschieden gegen eine perspektivische Jagd des Wolfes ausgesprochen haben. Aber wie das in der Politik so

ist, hin und wieder kommen Kehrtwenden. Das dauert bei Wölfen zehn Jahre, bei Walen dauert es zehn Tage. Das ist ja nun auch hinreichend bekannt, dass Sie da auch mal schnell von links nach rechts schwenken, wie es gerade passt.

Jetzt haben wir also hier tatsächlich einen Gesetzentwurf vorliegen, eine Novelle, eine Änderung, die ja in sich sehr kurz und prägnant ist und absolut unterstützenswert ist. Sie haben es auch richtig gesagt, natürlich können das nicht die Landkreise machen. Die Wolfspopulation, die ist hoch mobil, Wölfe wandern. Daher muss natürlich das Land hier insgesamt dafür sorgen, dass wir einen entsprechenden Managementplan aufstellen können und dann entsprechend auch die Bejagung zielgerichtet und auch effizient umsetzen.

Hier möchte ich aber auch durchaus ermahnen, dass man hier auch den Blick darauf haben sollte, dass unter Umständen natürlich diese Entnahme, die Bejagung von Wölfen, nicht widerstandslos von der, ich nenne es jetzt mal ein bisschen Zivilgesellschaft hingenommen wird. Ja, und, Herr Minister Backhaus, Sie haben ja selber erlebt gerade, welche Emotionen da hochkommen können, wenn es um ein Tier geht. Und da bitte ich Sie auch darum, dass Sie im Ministerium die entsprechenden Schritte einleiten, dass man auch die Jägerschaft da entsprechend kommunikativ stark unterstützt und eben hier auch die Notwendigkeit der Bejagung der Wölfe ganz klar herausarbeitet, denn am Ende dürfen es nicht die Jäger sein, die dann quasi die Prügel einkassieren müssen dafür, dass man hier jahrelang den Anwachs der Wolfspopulation hingenommen hat. Das war natürlich nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, das war primär die Europäische Union, es war aber auch Berlin. Und es ist ja bekannt, dass dort Ihre Partei seit vielen Jahren mitregiert.

Also das Ganze hätte durchaus schneller kommen können, dann hätten wir auch deutlich weniger Entnahmen vornehmen müssen, denn die Zahlen haben Sie ja gesagt, wir haben mittlerweile mehrere Hundert Wölfe in Mecklenburg-Vorpommern. Und wenn wir jetzt in die Bejagung reingehen, das habe ich auch schon vor Jahren hier gesagt, dann wird natürlich die Anzahl der Tiere, die wir jetzt schießen müssen, um wieder hin zu einem erträglichen Maß zu kommen, deutlich höher sein, als wenn wir schon vor vielen, vielen Jahren angefangen hätten, hier zielorientiert an die Problematik heranzugehen und eben die von mir auch häufiger geforderten wolfsfreien

Territorien durchzusetzen, in denen wir dann eben auch freie Weidehaltung ermöglichen können. Wir hätten entsprechende Schutzräume für Wölfe, Schutzgebiete für Wölfe einrichten können, in denen eben keine Bejagung stattfindet.

Jetzt, nach ungefähr zehn Jahren, ist nun das Kind ein bisschen in den Brunnen gefallen. Wir haben 300, wir haben 400 Wölfe in Mecklenburg-Vorpommern. Ich bin sehr gespannt auf die Entwicklung in den nächsten Monaten, wenn dann hoffentlich ein entsprechender Managementplan vorliegt, der dann eben auch einmal ganz klar skizziert, wie viele Wölfe sollen es denn sein, die jetzt pro Jahr dann erlegt werden sollen, wollen Sie das landesweit durchsetzen, wollen Sie sagen, es gibt eben die von mir skizzierten Regionen, in denen man Wölfen freie Lebensentfaltung quasi ermöglicht, und es gibt eben Räume, in denen man dann die menschlichen Nutzungsansprüche höher priorisiert. Also ich bin sehr gespannt auf die Diskussion.

Heute stimmen wir natürlich diesem Gesetzesentwurf, dieser Änderung zu, denn sie entspricht ja letztlich einer Forderung, die wir seit vielen, vielen Jahren hier erhoben haben. Und ja, ich bin froh, dass es jetzt so weit gekommen ist, auch zum Wohle unserer Landwirte, und hoffe, dass die Jägerschaft die entsprechende Unterstützung erfährt, die sie jetzt auch dann nötig hat. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Für die Fraktion der CDU hat das Wort die Abgeordnete Beate Schlupp.

**Beate Schlupp,** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Selten hat man, habe ich erlebt, dass die Landesregierung eine Änderung des Landesjagdgesetzes, insbesondere hinsichtlich des Umgangs mit dem Wolf, so zügig umsetzen wollte. Während sich die Landesregierung im Bundesrat noch gegen die Novelle des Bundesjagdgesetzes sträubte und dem Bund die maßgebliche Verantwortung übertragen wollte, ist nun Eile geboten. Mit der Möglichkeit eines regionalen Bestandsmanagements bei Vorliegen eines günstigen Erhaltungszustandes des Wolfes ist es für das zuständige Ministerium schwieriger

geworden, auf fehlende rechtliche Grundlagen zu verweisen und nicht handeln zu müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es stellt sich nämlich schon die Frage, ob das Ziel des vorliegenden Gesetzentwurfes die Entlastung der unteren Jagdbehörden ist, was ich sehr hoffe, oder aber die Möglichkeit eröffnet, die Entnahme von Wölfen auch künftig zu erschweren, was ich mit Blick in die Vergangenheit nicht ganz ausschließen kann. Wie dem auch sei, meine Fraktion hat bereits seit vielen Jahren gefordert, dass die Entnahme von auffälligen Wölfen rechtssicher zu regeln ist und die Zuständigkeit bei der obersten Landesbehörde liegen muss.

Wir haben bereits im Jahr 2011 vor Problemen im Zusammenhang einer entstehenden Wolfspopulation gewarnt und nach deren Anwachsen das Überdenken des Schutzstatus für den Wolf gefordert. In einem Antrag vom 10. Januar 2024 haben wir dann konkret die Zuständigkeit für die Erteilung von Abschussgenehmigungen bei der obersten Jagdbehörde gefordert. Wölfe halten sich nun mal nicht an Verwaltungs- oder Reviergrenzen. Und genau deshalb ist es notwendig, dass derartige Entscheidungen über Verwaltungs- und Reviergrenzen hinaus durch die oberste Behörde getroffen werden.

Vor diesem Hintergrund wird meine Fraktion der Überweisung des vorliegenden Antrages in den federführenden Ausschuss zustimmen. Und lassen Sie mich am Ende noch sagen, ich freue mich sehr, dass ich eine derartige Debatte in diesem Landtag noch erleben durfte. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU  
und Sandy van Baal, fraktionslos)

**Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Für die Fraktion Die Linke hat das Wort der Abgeordnete Dirk Bruhn.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp  
übernimmt den Vorsitz.)

**Dirk Bruhn**, Die Linke: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute in Erster Lesung den Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landesjagdgesetzes. Die Linksfraktion begrüßt, dass die Landesregierung dieses Thema anfasst, und zwar so, dass es endlich möglich wird, zwei berechtigte Anliegen zusammenzubringen, die in den letzten Jahren viel zu oft gegeneinander ausgespielt wurden. Der Tierschutz und, ja, der Schutz des Wolfes stehen dabei über allem, aber zugleich der wirksame Schutz unserer Weidetiere.

Ich möchte zu Beginn klar sagen, der Wolf ist Teil unserer heimischen Natur. Er ist streng geschützt, und das hat gute Gründe. Wer Naturschutz ernst meint, wer Biodiversität erhalten will, wer ökonomische Verantwortung nicht nur als Schlagwort benutzt, der akzeptiert auch, dass ein Beutegreifer in unsere Kulturlandschaft zurückgekehrt ist.

Aber genauso klar ist, Weidetierhaltung ist keine Folklore, kein romantisches Hobby und kein Auslaufmodell. Weidetierhaltung ist eine von uns als Linke ausdrücklich gewollte und von breiten gesellschaftlichen Schichten unterstützte Haltungsform, weil sie Tierwohl konkret verbessert, weil sie Landschaftspflege leistet, weil sie regionale Wertschöpfung schafft und weil sie gerade im ländlichen Raum Arbeitsplätze und Betriebe trägt, die ohnehin unter enormem Druck stehen.

Wenn wir also beides ernst nehmen, Wolfsschutz und Weidetierhaltung, dann dürfen wir uns nicht mit symbolischen Debatten zufriedengeben, dann brauchen wir praktikable Regeln, Rechtssicherheit und vor allem eine Politik, die nicht den Starken hilft, sondern denjenigen, die tagtäglich die Arbeit machen, den Schäferinnen und Schäfern, den Mutterkuhhaltern, den Betrieben, die ihre Tiere draußen halten bei Wind und Wetter, oft mit sehr knappen Margen. Diese Menschen erleben Risse nicht als abstraktes Problem, sondern als konkrete Belastung: emotional, organisatorisch und wirtschaftlich. Wer von ihnen fordert, Weidetierhaltung zu erhalten, der muss auch dafür sorgen, dass sie unter realen Bedingungen möglich bleibt.

Aus linker Sicht ist dabei entscheidend, es geht nicht um Wolf gegen Mensch oder Naturschutz gegen Landwirtschaft, es geht um einen vernünftigen Ausgleich und um Verantwortung.

Verantwortung heißt erstens: Prävention vor Eskalation. Wir brauchen wirksamen Herdenschutz als Standard, nicht als Ausnahme. Zäune, Untergrabschutz, Herdenschutzhunde, Beratung, schnelle Hilfe bei Schäden, das muss verlässlich finanziert, unbürokratisch organisiert und flächendeckend verfügbar sein. Gerade kleinere und mittlere Betriebe dürfen nicht an den Kosten und am Aufwand scheitern. Wenn die Gesellschaft den Wolf schützt, dann muss die Gesellschaft auch solidarisch die Lasten tragen, die daraus entstehen.

Verantwortung heißt zweitens: klare Regeln für den Umgang mit Konfliktfällen. Niemand gewinnt etwas, wenn Fälle sich über Monate hinziehen, Zuständigkeiten unklar sind und Betroffene das Gefühl bekommen, alleingelassen zu werden. Genau hier ist eine Änderung des Landesjagdgesetzes ein wichtiger Schritt. Er schafft den Rahmen, damit in klar definierten Ausnahmesituationen gehandelt werden kann, fachlich begründet, rechtsstaatlich kontrolliert und mit eindeutiger Priorität für den Schutzstatus des Wolfes. Das ist keine Abkehr vom Artenschutz, sondern das Gegenteil. Ein funktionierendes, transparentes Konfliktmanagement stärkt die gesellschaftliche Akzeptanz. Und Akzeptanz ist in einer dicht besiedelten Kulturlandschaft ein zentraler Faktor dafür, dass der Wolf langfristig geschützt bleibt.

Verantwortung heißt drittens: soziale Gerechtigkeit im ländlichen Raum. Wer über Wolf und Weidetierhaltung redet, redet auch über Lebensrealitäten außerhalb der Städte. Viele Betriebe wirtschaften ohnehin nur unter schwierigen Bedingungen – steigende Kosten, unsichere Märkte, Flächendruck. Wenn dann zusätzliche Risiken dazukommen, ohne dass die öffentliche Hand wirksam unterstützt, dann droht das, was wir alle nicht wollen: Rückzug aus der Weidetierhaltung, mehr Stallhaltung oder Aufgabe ganzer Betriebe. Das wäre tierwohlpolitisch ein Rückschritt, ökologisch ein Verlust und sozialpolitisch eine Bankrotterklärung. Weidetierhaltung ist ein öffentliches Gut. Sie erhält offene Landschaften, fördert Artenvielfalt auf dem Grünland, stärkt regionale Kreisläufe. Deshalb ist es richtig, sie politisch zu unterstützen, nicht nur in Sonntagsreden, sondern mit konkreten Instrumenten.

Und noch ein Punkt ist wichtig: Sachlichkeit statt Stimmungsmache. In den Debatten der letzten Jahre haben wir zu oft erlebt, wie Angst geschürt und das Thema instrumentalisiert wurde, mal gegen den Naturschutz, mal gegen die Landwirtschaft. Das hilft niemandem, am wenigsten den Tieren. Was wir brauchen, ist eine Politik, die Fakten erkennt, die wissenschaftliche Expertise einbindet, die Verwaltung handlungsfähig macht und die Betroffenen ernst nimmt, ohne in Symbolpolitik zu verfallen. Genau deshalb bewerten wir es als positiv, wenn dieser Gesetzentwurf darauf abzielt, Verfahren zu ordnen, Zuständigkeiten zu klären und ein Handeln im Rahmen des hohen Schutzstandards zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, wir werden in den Ausschussberatungen sehr genau darauf achten, dass der Schutz des Wolfes als Leitlinie erhalten bleibt, dass Prävention und Herdenschutz die erste und wichtigste Säule sind und dass es dort, wo es nötig ist, klare und rechtssichere Wege gibt, die Weidetiere wirksam zu schützen. Wir wollen Lösungen, die funktionieren, für den Artenschutz, für die Tierhalterinnen und Tierhalter und für die gesellschaftliche Akzeptanz insgesamt. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Dr. Terpe.

**Dr. Harald Terpe,** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute über die Änderung des Landesjagdgesetzes in Mecklenburg-Vorpommern. Und lassen Sie mich zu Beginn anmerken, wir werden diesem Gesetzentwurf zustimmen, denn er schafft eine landesweite einheitliche Grundlage für das Wolfsmanagement und sorgt dafür, dass nicht acht unterschiedliche Pläne nebeneinander, sondern ein koordinierter Ansatz verfolgt wird. Das ist sinnvoll und praktikabel und es spart Verwaltungsabläufe.

Lassen Sie mich aber anmerken, dass wir Bündnisgrüne es nach wie vor für einen Fehler halten, den Wolf ins Jagdrecht aufgenommen zu haben und das Management nicht im Naturschutzrecht zu regeln, denn die Aufnahme des Wolfes ins Jagdgesetz suggeriert eine einfache Lösung, doch die Möglichkeit einer pauschalen Bejagung wird nicht automatisch zu geringeren Risszahlen führen. Wissenschaftliche Studien zeigen, wenn durch Abschüsse Rudelstrukturen zerstört werden, kann es sogar im Gegenteil zu steigenden Rissen führen.

Die überwiegende Mehrheit der Wölfe jagt ausschließlich Wild. Und genau diese Tiere brauchen wir auch für ein funktionierendes Wildmanagement und für unsere Wälder, denn unsere Wildbestände sind vielerorts zu hoch. Die Verbisschäden erschweren den klimastabilen Waldumbau erheblich. Der Wolf leistet hier einen wichtigen Beitrag zur natürlichen Regulierung und damit zur Waldverjüngung, auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern.

In Mecklenburg-Vorpommern hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass unsere Maßnahmen wirken. Welche Maßnahmen meine ich? Die Maßnahmen, die auch unsere Landwirte schützen, was den Verriss sozusagen von Tieren betrifft, von Nutztieren. Zuletzt sind die Wolfszahlen hier bei uns weiter gestiegen, aber die gemeldeten Nutztierrisse gesunken. Von 2024 auf 2025 nahm die Zahl der Wolfsrudel von 19 auf 26 zu. Die gemeldeten Angriffe auf Nutztiere sanken indes von 94 auf 54. Das ist das Ergebnis von funktionierendem Herdenschutz und zeigt doch, unsere bisherigen Anstrengungen zur Unterstützung der Weidetierhalter beginnen zu wirken. Hier müssen wir jetzt weitermachen. Unabhängig davon, wie wir nun in Zukunft den Abschuss von Wölfen regeln, unsere Weidetierhalter brauchen mehr Unterstützung.

Es braucht einen Ausbau bei den Beratungsmöglichkeiten. Außerdem braucht es eine vollständige und verlässliche finanzielle Unterstützung, nicht nur bei der Anschaffung von Schutzzäunen, sondern auch beim enormen laufenden Unterhaltungsaufwand. Gleiches gilt für die Ausbildung, die Anschaffung und die laufenden Kosten von Herdenschutzhunden. Und es gilt ganz besonders für den Schadensfall. Wenn Risse passieren, muss die Entschädigung schnell und unbürokratisch erfolgen, denn Weidetierhaltung ist weit mehr als nur Landwirtschaft. Sie ist Naturpflege,

Küstenschutz und Kulturlandschaftserhalt. Und genauso muss sie auch politisch behandelt und in unserer Agrarpolitik entsprechend honoriert werden.

Wir tragen die Zentralisierung des Managements heute mit, um ein rechtssicheres und fachlich fundiertes Handeln des Landes zu ermöglichen. Wir werden aber auch sehr genau darauf achten, dass der angekündigte günstige Erhaltungszustand nicht als Freibrief für eine populistische Bejagung missbraucht wird. Und unser Fokus bleibt Schutz durch Prävention. Auf diese Unterstützung der Weidetierhaltung, auf die Unterstützung der Weidetierhaltung sollten wir jetzt unsere politischen Anstrengungen bündeln. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Schröder.

(Zuruf von Christine Klingohr, SPD)

Nicht? Dann, bitte schön, Frau Dr. Rahm-Präger!

**Dr. Sylva Rahm-Präger,** SPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Wir haben in unserem Bundesland nach langem Ringen um die bestmöglichen Lösungen am 19.03.2024 die Novelle unseres Landesjagdgesetzes verabschiedet. In Kraft getreten ist das Gesetz am 01.04.2024. Wir haben den Wolf bereits zu diesem Zeitpunkt unter den gegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen ins Landesjagdrecht aufgenommen, wie gesagt, unter den gegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen als streng geschützte Art und damit als Doppelrechtler.

Jetzt, nahezu auf den Tag genau zwei Jahre später, ist die Novelle des Gesetzes zur Änderung des Bundesjagdgesetzes und zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29.03.26 veröffentlicht – im Bundesgesetzblatt Teil I Nummer 87, ausgegeben am 01.04. – und am 02.04. dieses Jahres in Kraft getreten.

Wesentlicher Inhalt der Novelle des Bundesjagdgesetzes ist die Aufnahme des Wolfes ins Bundesjagdrecht und die Absenkung seines Schutzstatus von „streng geschützt“ auf „geschützt“. Die zusätzlichen Regelungen für die Tierart Wolf sind in den Paragrafen 22b bis f und ganz wesentlich im Paragrafen 43 geregelt.

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten drei Jahren eine Vielzahl von Debatten zum Thema Wolf geführt und unser Minister Dr. Backhaus hat sich in den letzten Jahren auf allen Ebenen für einen sachlichen Umgang mit dieser Spezies eingesetzt. Ich erinnere an die EntschlieÙung des Bundesrates vom 19.03.25 auf Antrag der Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Hier ging es auch um die Forderung an den Bund und die Europäische Union zur Verstärkung der Unterstützung für Präventionsmaßnahmen zum Schutz von Nutztieren, vor allem für die Deich-, Alm- und Weidewirtschaft. Und es ging um eine Verbesserung des Wolfsmonitorings, denn wir brauchen verlässliche Daten, denn der günstige Erhaltungszustand ist nach wie vor zu gewährleisten.

Jetzt zum Bundesjagdgesetz und zu unserem Entwurf zur Änderung des Landesjagdgesetzes. Laut Bundesgesetz werden jetzt die Landkreise, das wurde hier schon gesagt, berichtspflichtig und pflichtig, die Managementpläne für den Wolf zu erstellen und für den guten Erhaltungszustand zu sorgen. Das wurde hier auch schon gesagt, die territorialen Ansprüche der Rudel sind sehr groß, die Rudel halten sich nicht an die Grenzen der Landkreise und auch schon gar nicht an die Landesgrenzen, also sie überschreiten die Territorien. Deswegen ist die Anzahl der Rudel auch nicht stabil. Im Moment sind es 26 gezählte Rudel.

Das bedeutet, dass das Management für die Tierart Wolf bei der oberen Jagdbehörde unseres Bundeslandes angesiedelt werden muss. Das Wolfskompetenzzentrum unseres Landes wird ins Ministerium integriert. Das war in einer Pressemitteilung aus dem Landwirtschaftsministerium herauszulesen und ich denke, das ist allen bekannt.

Was aber jetzt dieses Bundesjagdgesetz mit uns macht, und das ist sicherlich nicht ganz trivial, im Paragrafen 22d werden Ausnahmeregelungen von der Jagdzeit für die Spezies Wolf vorgenommen. Zu diesen Ausnahmeregelungen zählt, wenn ein Wolfsriss auch außerhalb dieser Jagdzeit festgestellt wurde. Ist dieser Wolf in einem

Umfeld von nicht mehr als 20 Kilometern, in einem Umkreis von nicht mehr als 20 Kilometern und nicht länger als sechs Wochen, darf er dann bejagt werden, also außerhalb der Schonzeit. Ich muss mal sagen, das ist die Gretchenfrage, die jeweils territorial angepasst werden muss. Das ist eine sehr große Aufgabe, die jetzt sozusagen die obere Jagdbehörde hat, denn sie muss bei einem Rissvorfall definieren, wie groß ist nicht größer als 20 Kilometer, wie lang ist nicht länger als sechs Wochen.

Also uns hilft das Bundesjagdgesetz. Und da möchte ich noch mal vielleicht kurz ergänzen: Unser Minister hat dem Entwurf ja damals nicht zugestimmt, weil es keine Rechtssicherheit für die Entnahme dieser Wölfe gibt, auch nicht mit dieser neuen gesetzlichen Regelung.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Es wird wieder auf die Bundesländer verlagert. Also eine sehr nebulöse Forderung, die wir, oder Formulierung, die wir sicherlich ausfüllen müssen.

Eine weitere Formulierung ist sicherlich dann zu definieren oder wie wir damit umgehen, das ist sozusagen eine Entnahme von Wölfen außerhalb der Jagdzeiten, unter Paragraph 22 Punkt 3d genannt. Hier sind Weidegebiete genannt oder Gebiete, die nicht schützbar sind, naturräumlich gegeben, oder aus anderen Gründen eben nicht schützbar sind, aber beweidet werden. Ich denke, dass wir hier noch einen weiten Weg vor uns haben, weil wir werden für diese Bereiche wildtierökologische Raumplanungen haben müssen. Wir werden die Nutzungsansprüche von Weidetieren, Menschen, Tourismus und allem übereinanderlegen, um solche Räume dann eventuell festlegen zu können. So aus dem Hut heraus wird es nicht funktionieren. Also es ist eine große Aufgabe, die auch zukünftig vor uns liegt.

Und was noch, und da möchte ich Herrn Dr. Terpe beruhigen, im Paragraphen 43 ist die Berichtspflicht erwähnt. Die Berichtspflicht, das bedeutet, dass wirklich im Jahr 2030 das erste Mal ein Bericht vorzulegen ist, wie ist der Erhaltungszustand also, und das ist immer wieder vorzulegen. Insofern glaube ich schon, dass wir auf dem richtigen Weg sind und es, ich sage mal, vielleicht das, was wir jetzt Jagdzeit nennen, vielleicht gar nicht braucht, weil wir durch Entnahme auffälliger Wölfe einfach die Reduktion

schon vornehmen und gar nicht zur Bejagung von Wölfen kommen werden. Aber das nur am Rand.

Vielleicht noch eins: Die Kompensationszahlungen von 270.000 Euro, das ist nicht trivial, die wir geleistet haben – aus den Mitteln, die uns auch zur Verfügung gestellt worden sind – an die Weidetierhalter. Genau darum geht es. Und Herr Bruhn hat es hier auch schon noch mal deutlich gemacht, es geht darum, weiterhin die Weidetierhalter zu unterstützen, die Herdenschutzhunde weiter zu finanzieren, den Bau der Zäune weiter zu finanzieren, um im Prinzip die Weidetierhaltung und den Wolf parallel in unseren Breiten auch am Leben erhalten zu können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt für die Gruppe der FDP der Abgeordnete Herr Böhringer.

**Noah Böhringer, FDP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es ist richtig und wichtig, dass wir handeln. Ich freue mich, dass endlich was gemacht wird. Und ja, natürlich könnten wir jetzt darüber streiten, wer was zuerst, wer zuerst gesagt hat, was wir gegen den Wolf machen. Ich glaube, wir haben alle gehandelt. Viele von uns haben gehandelt.

(Stephan J. Reuken, AfD: Jürgen Strohschein.)

Und eine Sache, die mir persönlich sehr wichtig ist, auch wenn wir als FDP natürlich im ersten Moment, wenn es darum geht, etwas zu zentralisieren, erst mal ein bisschen auf die Barrikaden gehen, handeln wir natürlich immer mit Vernunft. Und in dieser Situation ist es vernünftig, weil wir sehen ganz klar, dass eine Entbürokratisierung damit geschafft werden kann.

Und ein Punkt, der uns persönlich auch noch sehr wichtig ist, ist, dass wir durch einheitliche Regelungen auch einfach dafür sorgen können, dass Bürgerinnen und Bürger entkriminalisiert werden. Weil man muss ja einfach mal realistisch sein, die Leute, die von uns im ländlichen Raum unterwegs sind, die wissen doch, wie die Bürgerinnen und Bürgerinnen damit handeln. Es spricht zwar keiner darüber, aber die Leute werden selber aktiv und der Wolf wird am Ende irgendwo verscharrt. Deswegen finde ich es gut, dass wir dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger bei uns entkriminalisiert werden.

Was mir persönlich auch noch wichtig ist, dass Bürgerinnen und Bürger halt auch einfach Sicherheit haben, dass ich eine Sicherheit habe, dass mein Vieh nicht gerissen wird, dass ich eine Sicherheit habe, dass ich weiß, dass mein Tier geschützt ist. Und, ja, auch wenn der Wolf normalerweise keinen Menschen angeht, ich glaube, der letzte Fall war jetzt leider sehr zeitnah in Hamburg, aber davor sehr lange nicht mehr, dass einfach die Leute in unserem Land eine gewisse Sicherheit haben, dass es ihnen gut geht.

Wir als Gruppe der FDP begrüßen den Gesetzesentwurf deswegen ganz klar. Wir werden natürlich darauf achten, dass wir nicht aus dem ein Bürokratiemonster schaffen und dass es vernünftig geregelt wird, und freuen uns dann auf die weitere Debatte.

(Beifall Barbara Becker-Hornickel, FDP)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Das Wort hat jetzt die fraktionslose Abgeordnete Frau van Baal.

(Nikolaus Kramer, AfD: Ah, Sandy! –  
Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,  
und Sandy van Baal, fraktionslos)

**Sandy van Baal**, fraktionslos: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ach, was ich mich freue, Herr Minister, einen Schritt weiter sind wir! Wir brauchen unbedingt diesen Managementplan, und aus meiner Sicht macht es auch völlig Sinn, das bei der obersten Jagdbehörde anzusiedeln. Die wird dann praktisch die Hegegemeinschaft Wolf fürs ganze Land. Ja, wunderbar, finde ich gut. Wir müssen aber für die Zukunft noch ein paar andere Sachen – sachliche, örtliche Zuständigkeit, wie ist nachher die Kommunikation mit den Landkreisen –, das muss gut durchdacht werden, wie sind Pflichten, Rechte der Jagdausübungsberechtigten, muss auch noch mal drüber gesprochen werden, Jagdschutz, Aneignungsrecht, das sind alles Themen, die noch beachtet werden müssen.

Auf jeden Fall hoffe ich wirklich, dass es auch zu einer praktischen und rechtssicheren Umsetzung für die Jägerschaft hier im Land kommt, nicht, dass nachher wir als Jäger da wieder stehen und sagen, okay, einerseits darf ich es, aber ich bin wieder rechtlich nicht sicher. Das muss alles Hand und Fuß haben, Herr Minister. Da freue ich mich auf den Austausch auf jeden Fall im Ausschuss. Und es darf auch wirklich nicht allzu lange dauern, weil die Population nimmt auch zu.

Und, Herr Dr. Terpe, die Angst kann ich Ihnen nehmen auch, Frau Dr. Rahm-Präger hat das auch gesagt, der Wolf bleibt ja ein Doppelrechtler. Er ist ja trotzdem noch im Naturschutzrecht, ne?!

(Zuruf von Dr. Harald Terpe,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also da brauchen Sie keine Angst zu haben. Die Jägerschaft ist da auch nicht so scharf drauf, hier in MV den Finger krumm zu machen und einen Wolf zu erlegen. Wir als Jäger, wir haben eine Hegeverpflichtung allem Wild gegenüber. Und da braucht sich hier keiner Sorgen zu machen, dass wir wildbiologisch nicht sinnvoll irgendetwas tun, brauchen Sie keine Sorge zu haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

In diesem Sinne, ich freue mich auf den Austausch.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

(Heiterkeit bei Thore Stein, AfD:

Das war doch geflunkert.)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 8/6468 zur Beratung an den Agrarausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11:** ...

(Vizepräsidentin Beate Schlupp)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Brandschutz-Ehrenzeichen-Gesetzes, Drucksache 8/6469.

**Gesetzentwurf der Landesregierung**  
**Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung**  
**des Brandschutz-Ehrenzeichen-Gesetzes**

(Erste Lesung)

– **Drucksache 8/6469** –

Das Wort zur Einbringung hat für die Landesregierung der Minister für Inneres und Bau Herr Pegel.

**Minister Christian Pegel:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Brandschutz-/Katastrophenschutz-Ehrenzeichen, all das geht mit diesem Gesetz weiter. Wir würden Ihnen gerne vorschlagen, das vorhandene und etablierte Brandschutz-Ehrenzeichen-Gesetz zu ergänzen. Bisher sehen wir vor, nach 10-, 25- und 40-jährigem aktiven Dienst in der Feuerwehr ein Brandschutz-Ehrenzeichen an die Kameradinnen und Kameraden zu verleihen. Das geschieht seit vielen Jahren konsequent und kontinuierlich und wird begleitet von sogenannten Jubiläumsszuwendungen. Bei 10 Dienstjahren gibt es 100 Euro des Landes, bei 25 Dienstjahren 200 Euro und bei 40 Dienstjahren 250 Euro als einmalige Jubiläumsszuwendung.

Wir wissen miteinander, dass der Brandschutz hier bei uns im Bundesland vor allem auf ehrenamtlichem Engagement beruht. Etwas über 27.000 vornehmlich ehrenamtliche Kameradinnen und Kameraden in 957 Freiwilligen Feuerwehren sorgen in den entsprechenden Situationen, in denen wir vielfältigste Hilfe benötigen, von der Notfallsituation, vom Brand über eine Vielzahl von technischen Hilfeleistungen sind die Kameradinnen und Kameraden, aber natürlich auch die der sechs Berufsfeuerwehren und der drei Werksfeuerwehren für die Menschen in unserem Land hier.

Wir wollen, und das tun wir bereits bislang, dieses besondere ehrenamtliche Engagement besonders wertschätzen und würdigen, vorhin bereits mit dem neuen Katastrophenschutz-Ehrenzeichen, auch für diesen Bereich ganz ausdrücklich vorgesehen, für den Brandschutz, für die Feuerwehren schon seit Längerem etabliert, bislang aber eben maximal bis 40 Jahre. Vermutlich war das bei Einführung des Brandschutz-Ehrenzeichens auch konsequent, weil der Regelfall der dienstlichen Aufnahme 16 Jahre ist. Wir haben in der Regel damals noch 65 Jahre als Renteneintrittsalter gehabt, von daher sah das Gesetz bislang auch vor, dass mit 65 aus dem aktiven Dienst ausgeschieden wurde. Und wenn Sie zwischen 16 Lebensjahren und 65 Lebensjahren schauen, werden Sie in der Regel auf keine 50 kommen.

Ich erlebe aber momentan, dass es wiederholt genau diese Ehrungen gibt, die momentan im Übrigen quasi ein bisschen als Stellvertretung der Landesfeuerwehrverband mit seiner eigenen Ehrungsmöglichkeit vornimmt. Hintergrund ist, dass zum einen, zumindest in den letzten Kriegsjahren und in den ersten Jahren nach dem Kriege, offenbar nicht wenige auch mit 14 und 15 bereits in die Feuerwehren eingetreten sind – sicherlich geschuldet der Situation, dass viele lebensältere Männer nicht mehr verfügbar waren, auch Frauen, aber vor allen Dingen damals sehr männlich geprägt – und im Übrigen zwischenzeitlich das Rentenalter auf 67 angehoben ist und Kameradinnen und Kameraden eben auch länger im Dienst bleiben.

Wir würden gerne Ihnen vorschlagen, diese 50 Jahre, die ja so ein bisschen wie die Goldene Hochzeit bei der Eheschließung sind – das ist schon ein ganz besonderes Datum, dass wir gerade die bislang nicht vorsehen, finde ich persönlich immer schwerlich erklärbar. Ich weiß, dass der Landesfeuerwehrverband das in großartiger Weise mit seiner Ehrung abbildet. Wir glauben gleichwohl, dass gerade dieses Datum, diese 50 Jahre, auch Aufnahme in die Landesehrung finden sollte, und schlagen Ihnen deshalb eine Ergänzung um diese 50 Jahre vor.

Wir würden ebenfalls vorschlagen, das dann beim 50. Ehrenamts- oder Feuerwehrjubiläum mit einer Jubiläumsszuwendung von 300 Euro zu begleiten und die ersten Ehrungen für dieses Jahr vorzusehen. Ich weiß, dass es immer eine Diskussion

über Gerechtigkeit gibt, so ist das mit den Stichtagen. Sie können natürlich auch die letzten fünf Jahre rückverfolgen, dann kommen Sie aber in erheblichen Aufwand. Und, noch einmal, der Landesfeuerwehrverband hat bislang auch schon die 50-jährige Mitgliedschaft ausdrücklich mit seiner Ehrung geehrt. Vor dem Hintergrund glaube ich, dass wir gut vertreten können, ab dem 01.01.26, sofern Sie uns in zwei Lesungen mit diesem Gesetz begleiten mögen, die Ehrungen dann ab diesem Jahr vorzunehmen.

Und Sie finden noch einen zweiten, kleinen weiteren Ausflug im Gesetz. Wir würden Ihnen vorschlagen wollen, wenn das Gesetz ohnehin angepackt wird, aus der bisherigen 10-jährigen Ehrung, die die sogenannte Ehrenzeichen-Ehrung in Bronze gewesen ist, gleichermaßen eine entsprechende Abzeichen-Ehrung zu machen. Wir haben das a) gerade vorhin im Katastrophenschutz-Ehrenzeichen-Gesetz für alle dort Beteiligten vorgesehen, und zum Zweiten würde es in die Logik der 25, 40 und 50 Jahre hineinpassen, also eine kleine Anpassung.

Und ich sage das deshalb bewusst, weil wir an der Stelle Ihnen im Gesetz vorschlagen, diese Veränderung – da gibt es die Ehrung heute schon mit der entsprechenden Ehrenspange –, diese Veränderung, das in ein reguläres Ehrenzeichen wie die anderen zu verwandeln, ab 01.01.27 vorzunehmen, weil wir relativ lange Vorlaufzeiten haben mit den Landkreisen und kreisfreien Städten und die wiederum dann mit den Gemeinden und Ämtern und den Feuerwehren vor Ort. Mit diesem Vorlauf wäre es relativ schwer, im laufenden Jahr mal eben umzuschichten. Wir würden da ungern jemanden durchs Rost fallen lassen. Das, glaube ich, wäre immer der schwerste Fauxpas, der uns da passieren kann. Von daher ist der Vorschlag, 50-jähriges Jubiläum bereits ab diesem Jahr zu ehren, und die Veränderung bei dem Bronze-Ehrungskontext, bei den zehn Jahren, erst ab dem kommenden Jahr zum Tragen kommen zu lassen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns dabei begleiten. Haushaltsvorsorge haben wir mit Ihnen gemeinsam bereits im Haushalt getroffen. Es könnte also miteinander relativ schnell gehen. Ich glaube, dass alle Kameradinnen und Kameraden es verdient haben und erst recht die, die 50 Jahre kameradschaftliche Mitarbeit ihr Eigen nennen. Das sind schon ganz besondere Jubiläen, die haben wir nicht so oft, aber die haben es umso mehr verdient,

(Beifall Rainer Albrecht, SPD)

als besondere anerkennenswerte Vorzeigeprojekte auch gezeigt zu werden. –  
Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Minister!

Im Ältestenrat vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 8/6469 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke! Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12:** ...

(Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrags von 2021, auf Drucksache 8/6471.

**Gesetzentwurf der Landesregierung**  
**Entwurf eines Gesetzes zum**  
**Zweiten Staatsvertrag zur Änderung**  
**des Glücksspielstaatsvertrags 2021**  
**(Zweites Glücksspieländerungsstaatsvertrags-**  
**gesetz 2021 – 2. GlüÄndStVG 2021 M-V)**  
(Erste Lesung)  
– **Drucksache 8/6471** –

Das Wort zur Einbringung hat der Minister für Inneres und Bau Herr Christian Pegel.

**Minister Christian Pegel:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch auf die Gefahr hin, dass Sie mich demnächst geteert und gefedert gemeinschaftlich aus dem Saal tragen, würde ich noch einen Gesetzentwurf gerne einbringen. In der Tat ein Ratifizierungsgesetzentwurf. Warum? Weil das Glücksspielrecht seit vielen, vielen Jahren von den Ländern gemeinschaftlich in einem Glücksspielstaatsvertrag gehandelt wird. Hintergrund ist, dass das Glücksspielrecht in der föderalen Struktur zwar Länderaufgabe ist, aber spätestens mit der Digitalisierung und in Wahrheit schon vorher Glücksspielrecht in einem Land alleine regulierbar schwerlich umsetzbar ist, und erst recht gilt das für die entsprechenden Kontrollen. Durch das Internet können Sie nicht mehr bundesländerscharf die entsprechenden Glücksspielregulierungen vornehmen.

Es gibt deshalb einen Glücksspielstaatsvertrag aus dem Jahr 2021, der einheitliche Schutzstandards festlegt, der allerdings bei einer Zwischenevaluierung im Jahr 2023 gewisse Vollzugspraxis Herausforderungen, um das freundlich zu beschreiben, offengelegt hat, die zu unterbinden momentan die Idee eines entsprechenden Ergänzungsstaatsvertrags ist, den wir Ihnen hiermit zur Ratifizierung vorlegen. Dabei

geht es vor allen Dingen darum, illegales Online-Glücksspiel effizienter und besser, als wir es bislang können, zu unterbinden. Darüber hinaus wollen wir Erleichterungen schaffen für die Gemeinsame Glücksspielbehörde. Der Staatsvertrag sieht also nicht nur gemeinsame Regeln vor, sondern eine Gemeinsame Glücksspielbehörde. Da haben wir noch ein paar bürokratische Pirouetten drin, die es etwas schwieriger machen.

Und zu guter Letzt geht es auch darum, unerlaubte Angebote im Internet wirksamer gemeinsam zu bekämpfen und zu guter Letzt verbesserte Zuverlässigkeitsprüfungen – wenn Sie über diese Gemeinsame Glücksspielbehörde entsprechende Glücksspielanbieter zulassen –, verbesserte Zulässigkeitsprüfung vornehmen zu können.

Vielleicht zunächst zu dem Letzten: Wenn ich also über die Gemeinsame Glücksspielbehörde entsprechende Zulassungen erteilen will, soll es künftig dieser Glücksspielbehörde erlaubt sein, Abfragen bei den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden vorzunehmen. Sie können dann also jemand ... Oder ein Unternehmen mit einem Geschäftsführer, ein Einzelunternehmer möchte ein neues Glücksspiel zugelassen wissen. Sie sollen dann künftig diese Glücksspielbehörde, Kolleginnen und Kollegen sollen dann künftig in allen Bundesländern, vor allen Dingen natürlich im Heimatbundesland desjenigen oder derjenigen, die oder der dort entsprechend tätig werden will, auch die Möglichkeit haben, die Polizei- und Strafverfolgungsbehörden abzufragen. Wenn sich jemand in der Vergangenheit schon mit Betrugsstraftaten wiederholt als unzuverlässig erwiesen hat, wäre es gut, wenn die Gemeinsame Glücksspielbehörde das weiß, auch wenn es nicht in ihrem Bundesland liegt.

Und vor dem Hintergrund brauchen wir hier eine entsprechende Ermächtigungsgrundlage, um in den einzelnen Bundesländern diese Abfrage vornehmen zu können, und zwar direkt als Glücksspielbehörde und nicht über das jeweilige Innenministerium des Bundeslandes, um das es geht. Die Glücksspielbehörde soll ein Stück weit flüssiger arbeiten können, als es immer nur über die jeweiligen Landesbehörden vermittelt zu tun.

Zweitens. Es geht darum, die Nutzung der Spielersperrdatei zu präzisieren. Da geht es also darum, unerlaubtes Glücksspiel deutlich stärker einschränken zu können. Auch an der Stelle geht es darum, dass in Bundesländergrenzen gedacht vieles in der Vergangenheit leichter war. Ich habe Ihnen gesagt, wir wollen darüber hinaus Vereinfachungen der entsprechenden Regelungen für die Gemeinsame Glücksspielbehörde erreichen.

Um Ihnen zwei Beispiele zu nennen: Der Verwaltungsrat, da sitzen alle 16 Bundesländer drin, muss bisher bei schon kleinsten Verträgen zustimmen. Es geht jetzt darum, Wertgrenzen in diesen Staatsvertrag zu schreiben, bis zu denen die Glücksspielbehörde ohne die einzelne Befassung des Verwaltungsrates vorgehen kann. Damit muss der Verwaltungsrat seltener zusammentreten. Das macht das Ganze flüssiger, reduziert Aufwand. Das Gleiche gilt für die Frage, wer die Abschlussprüfer der Glücksspielbehörde, die Sie jedes Jahr brauchen, auswählt. Auch da haben Sie momentan immer noch die Notwendigkeit, verschiedene Rechnungshöfe der Länder beteiligen zu müssen. Die Idee ist, künftig beteiligt die Glücksspielbehörde nur noch den Landesrechnungshof, in dessen Bundesland sie liegt, hat damit trotzdem eine entsprechende Prüfung, wie sie alle anderen Landesrechnungshöfe auch vornehmen, aber man tut das Ganze nicht sechzehnmal, sondern einmal. Es geht also um relativ minimalinvasive Möglichkeiten.

Es geht darüber hinaus vor allen Dingen darum, Online-Glücksspiel besser und individueller und schneller durch die Gemeinsame Glücksspielbehörde regulierbar zu halten. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns im Zweifel auf diesem Prozess – die Ratifizierung hat leider den Haken, dass wir nicht mehr lauter Details ändern können, dann würden 16 Bundesländer 16 Staatsverträge beschließen –, aber ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns auf diesem Prozess wohlwollend begleiten.

Ich freue mich auf die Debatten und im Zweifel auch Nachfragen zu einzelnen Detailregelungen und hoffe, dass wir gemeinsam in die Ausschüsse überweisen können und dann in einen konstruktiven Dialog im zuständigen Ausschuss eintreten.  
– Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

**Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt:** Vielen Dank, Herr Innenminister!

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 8/6471 zur Beratung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Vielen Dank! Die Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** ...

(Vizepräsidentin Beate Schlupp)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**: Beratung des Tätigkeitsberichtes des Petitionsausschusses gemäß Paragraf 68 der Geschäftsordnung des Landtages – Die Tätigkeit des Petitionsausschusses des Landtages Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2025, Drucksache 8/6416.

**Tätigkeitsbericht  
des Petitionsausschusses (1. Ausschuss)  
gemäß § 68 der Geschäftsordnung  
des Landtages Mecklenburg-Vorpommern  
Die Tätigkeit des Petitionsausschusses  
des Landtages Mecklenburg-Vorpommern  
im Jahr 2025  
– Drucksache 8/6416 –**

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Petitionsausschusses Herr Krüger.

**Thomas Krüger, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, Ihnen heute den Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses für das Jahr 2025 vorzustellen und Ihnen ein Bild darüber zu vermitteln, welche Themen die Menschen in unserem Land bewegen.

Im vergangenen Jahr sind 358 Petitionen und damit über 100 Petitionen mehr als im Jahr 2024 beim Petitionsausschuss eingegangen. Darunter sind auch 13 Sammelpetitionen mit insgesamt 1.836 Unterschriften. Wie auch im Vorjahr stammten die meisten Eingaben aus dem Bereich des Verkehrswesens. Hier klagten die Petenten über Lärmbelästigungen, zu hohe Geschwindigkeiten und damit einhergehend über Gefahren insbesondere für Schulkinder.

Zu einer solchen Petition hatten wir auch eine Ortsbesichtigung in Neu Jabel im Landkreis Ludwigslust-Parchim durchgeführt. Hier hatte der Petent das massiv gestiegene Verkehrsaufkommen vor allem in der morgendlichen Spitzenverkehrszeit

beklagt, wodurch insbesondere die Schulkinder gefährdet seien. Der Petitionsausschuss konnte erreichen, dass verschiedene Maßnahmen, wie beispielsweise die Einführung eines Geschwindigkeitsdisplays, die Beleuchtung der Bushaltestelle und das Versetzen des Ortsschildes, erreicht werden konnten.

19 Ausschusssitzungen hat der Petitionsausschuss im Berichtszeitraum 2025 durchgeführt, davon zwei Ortsbesichtigungen und einen Informationsbesuch im NDR-Landesfunkhaus. In drei weiteren Fällen wurden einzelne Abgeordnete beauftragt, sich die Situation vor Ort anzuschauen und mit den Vertreterinnen und Vertretern, den Behörden und den Bürgerinnen und Bürgern zu erörtern. 179 Petitionen wurden im Landtag aufgrund der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses im Jahr 2025 abgeschlossen. In 16 Fällen konnte dem Anliegen in vollem Umfang entsprochen werden.

So ist es allein der Intervention des Petitionsausschusses zu danken, dass eine Anwohnerstraße in Elmenhorst für den öffentlichen Verkehr gewidmet wurde. Diese Widmung war seinerzeit versehentlich unterblieben, und in der Zwischenzeit wurde das Straßengrundstück sogar privatisiert. Der Käufer der Straße verlangte nun Wegezoll von seinen Nachbarn und sperrte die Straße sogar mit einem Container. Es kam sogar zu körperlicher Gewalt. Der Petitionsausschuss hat mit Nachdruck die Festsetzung eines B-Plans angeregt, in dessen Zuge die Widmung der Straße für den öffentlichen Verkehr erfolgt ist. Mittlerweile hat der Eigentümer das für den öffentlichen Verkehr gewidmete Straßengrundstück verkauft.

In 17 Fällen ...

(Beifall Dirk Stamer, SPD)

Genau, das war ein wichtiger Erfolg.

In 17 Fällen hat der Landtag auf Empfehlung des Petitionsausschusses die Petition an die Landesregierung überwiesen, damit der Vorgang noch einmal überprüft wird, noch einmal geprüft wird und die Petition gegebenenfalls genutzt wird, um Initiativen, Gesetzentwürfe und Verordnungen einzubeziehen.

(Patrick Dahlemann, SPD: Vielen Dank!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dies ist der letzte Petitionsbericht in dieser Wahlperiode. Erlauben Sie mir deshalb einen kurzen Rückblick auf die vergangenen fünf Jahre: Den Petitionsausschuss erreichten seit Beginn der Wahlperiode 1.277 Eingaben, die wir in bisher insgesamt 82 Ausschusssitzungen beraten haben. Unsere heute ebenfalls auf der Tagesordnung stehende Beschlussempfehlung mitgerechnet, haben wir Ihnen in dieser Wahlperiode insgesamt 14 Sammelübersichten vorgelegt, mit denen insgesamt 963 Petitionen nach einer aufwendigen Bearbeitung abgeschlossen wurden.

Ich denke, das sind beeindruckende Zahlen, die zeigen, wie umfangreich die Arbeit im Petitionsausschuss ist, aber auch, wie viele Menschen wir mit unserer Arbeit erreichen können. Es ist eine große Herausforderung, aber auch eine Chance, die wir nicht ungenutzt sein lassen sollten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,  
Die Linke und Barbara Becker-Hornickel, FDP)

Mir ist es ein besonderes Anliegen, den Ausschussmitgliedern für ihre intensive und im Wesentlichen auch konstruktive Zusammenarbeit im Ausschuss zu danken. Mein Dank gilt ebenfalls den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung, ohne deren sachgerechte Zuarbeit wir die Bearbeitung der Petitionen gar nicht erreichen hätten können.

Und mein besonderer Dank gilt auch – und das ist ein wirklich besonderer Dank – den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sekretariats. Die Mitarbeiterinnen im Sekretariat haben all die Petitionen für uns vorbereitet, aufbereitet, zugearbeitet, und ohne deren Wirken hätten wir die Arbeit nicht erledigen können. Dafür einen herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,  
Die Linke und der Gruppe der FDP)

Gestatten Sie mir zum Schluss noch eine Bemerkung, dass ich mich eben über jede eingegangene Petition freue, denn jede Petition ist eine Belebung der Demokratie. Die künftigen Abgeordneten der 9. Wahlperiode kann ich daher nur ermuntern, sich den Petitionsausschuss vorzunehmen. Sie bekommen dort eine lebensnahe Arbeit.

(Heiterkeit bei Barbara Becker-Hornickel, FDP)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Ich bitte um Zustimmung zum Tätigkeitsbericht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und Die Linke)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Ausschussvorsitzender!

Ich denke, ich spreche im Namen aller Abgeordneten, indem ich den Mitgliedern des Petitionsausschusses, aber auch dem Ausschussekretariat danke. Da ich selber langjährig im Petitionsausschuss war, weiß ich, mit wie viel Arbeit das verbunden ist, und von daher, denke ich, haben sie den Dank wirklich verdient.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD,  
CDU, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der  
Gruppe der FDP und Sandy van Baal, fraktionslos)

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, oder soll ich das als einen Widerspruch werten?

(Zurufe aus dem Plenum: Nein!)

Nein, gut, dann ist das so beschlossen.

(Heiterkeit bei Marc Reinhardt, CDU:  
Die Demokratie steht Kopf.)

Im Rahmen der Berichterstattung ist seitens des Vorsitzenden beantragt worden, dem Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses auf Drucksache 8/6416 zuzustimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Tätigkeitsbericht auf Drucksache 8/6416 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: ...